

Istmo

Studien zu Zentralamerika

Zeitschrift der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft Zentralamerika(ssz)

Heft 3 (Februar 1983)

Reiner Hage: Eigene Wirtschaftsinteressen der BRD in Zentralamerika?

Peter Merten: Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik

Andreas Gampert: Die NATO: Kriegsbandnis zur Durchsetzung der Weltherrschaft des Kapitals

Manfred Kron: Neue deutsche Wende (II): Lob des Marktmechanismus. Zur wirtschaftspolitischen Grundorientierung der Entwicklungspolitik der CDU/CSU

Gaby Gottwald: Ideologie und Praxis konservativer Entwicklungspolitik

Abonnement: 10 Einzelhefte DM 28,--

Bestellungen bitte an: ssz, Coerdestr. 42(imHof) 4400 Münster

Einzelpreis dieser Doppelnummer(ca100 S.)DM 6,--

Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

ila - pressedokumentation

Die ila-Pressedokumentationen enthalten die wichtigsten Artikel der deutschsprachigen Presse. Sie sind für folgende Länder erhältlich:

Achtung

Pressedokumentation 1981 zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala zusammen nur DM 10,00*

* Bei Abnahme von je 5 Exemplaren und für Buchläden: 30 % Rabatt.

El Salvador	1982 (60 S.)	DM 6,00*
	1981 (75 S.)	DM 6,00*
	1980 (88 S.)	DM 3,00*
Nicaragua	1982 (38 S.)	DM 4,00*
	1981 (64 S.)	DM 5,00*
	1980 (72 S.)	DM 5,00
Guatemala	1982 (64 S.)	DM 6,00*
	1981 (82 S.)	DM 6,80*
Bolivien	1981 (50 S.)	DM 6,80*
	1980 (75 S.)	DM 6,80

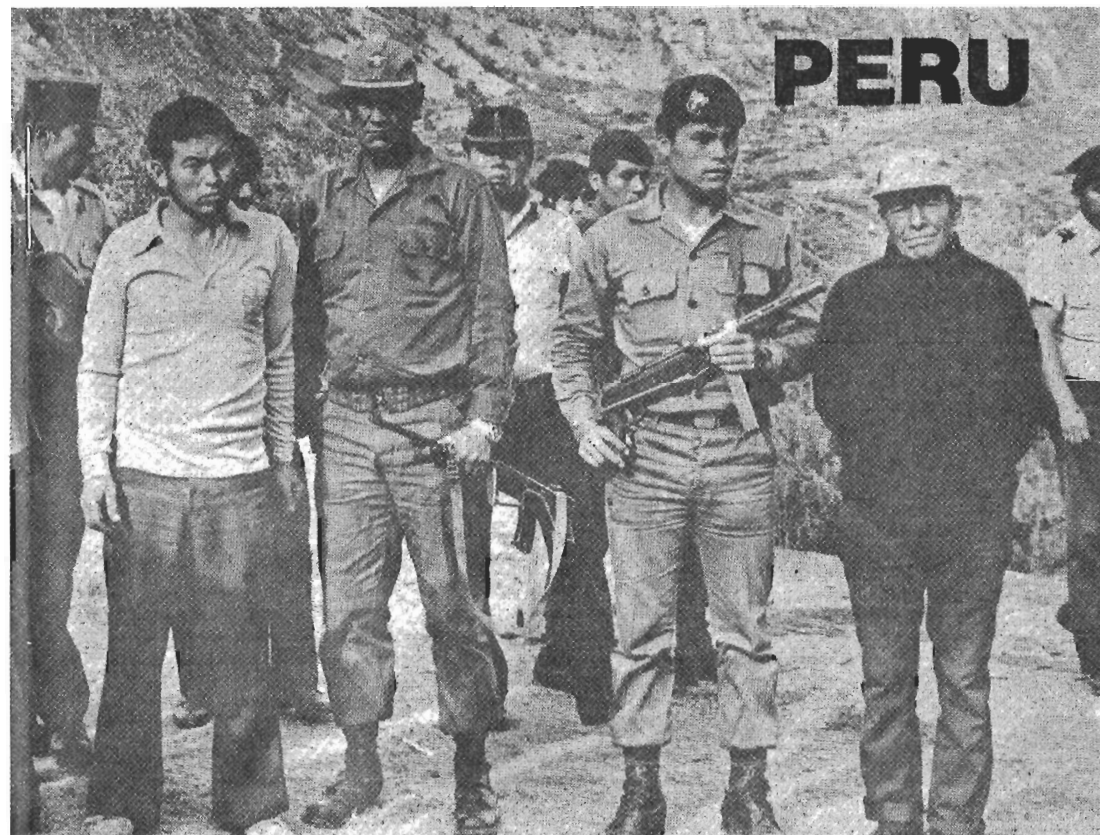
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 112

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1983

Solidaritätspreis DM 3,50



Eine alltägliche Szene: Polizisten stellen sich und Gefangene für die Fotografen in Pose

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

Peru: Menschenrechtsverletzungen — **PARAGUAY:** Herbstliche Unruhe — **BOLIVIEN:** Krise in der UDP-Regierung — **ARGENTINIEN:** Wirtschaftskrise und soziale Not — **CHILE:** Sozialismus à la Chicago — **NICARAGUA:** neue Indianerumsiedlung

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	3
— PERU: Menschenrechtsverletzungen	4
Offener Brief an den Präsidenten von Peru	9
Auf den Pfaden von Sendero Luminoso	11
— PARAGUAY: Der Musterknabe	18
Herbstliche Unruhe im Lande des Patriarchen	20
— BOLIVIEN: Krise in der UDP-Regierung	23
Résistance und bolivianischer Widerstand gemeinsam gegen Barbie/Altmann	28
— ARGENTINIEN: Wirtschaftskrise und soziale Not	31
— BRD-ARGENTINIEN: Strafanzeige gegen Genscher	36
— CHILE: Sozialismus à la Chicago?	38
Im 10. Jahr der Militärdiktatur — Ergebnisse und Perspektiven	43
— NICARAGUA: Revolutionäre, Indianer und Unsereiner	47
An Nicaraguas Nordgrenze neue Indianerumsiedlung »Wie gigantische Ameisenkolonnen«	55
— GUATEMALA: Rolle der evangelikalen Sekten im Counterinsurgency-Programm Rios Montts	62
Das Volk hat ein Recht auf bewaffneten Widerstand	69
— MEXIKO: Ländliche Entwicklung in Mexiko — Beobachtungen	71
— EL SALVADOR: Film: »Carta de Morazán«	75
— SOLIDARITÄT: Das argentinische Komitee für Demokratie (BRD)	78
Solidarisches Fasten für den Frieden in Mittelamerika	79
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	82
— REZENSIONEN: Gabriel García Márquez: Die Geiselnahme	83
Die Kinder von San José	
Tagebuch der sandinistischen Revolution	
Broschüre über Repression und Freiheitskampf in Guatemala	

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20.1.1983

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Aus Peru werden zunehmend Menschenrechtsverletzungen unter der zivilen Regierung Belaundes bekannt; unser Beitrag geht auf die Situation der Bevölkerung insgesamt, besonders aber auf die der Gefangenen, ein, die sich mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt haben.

Über die Guerrilla Sendero Luminoso sind wir nach längerer Diskussion in der Redaktion zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt; wir verschieben einen eigenen Beitrag auf die nächste Nummer. Zur Information über die Guerrilla fassen wir eine umfangreiche Reportage aus der peruanischen Zeitschrift "Que hacer" zusammen.

In Paraguay ließ sich der dienstälteste Diktator Südamerikas durch "Wahlen" für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigen. Was geschieht angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise in der sozialen Basis des Regimes, der Unternehmerschaft? Inder Arbeiterschaft regt sich Widerstand, ohne vorerst das Regime zu gefährden.

Der wichtige Koalitionspartner MIR ist aus der bolivianischen Mitte-Linksregierung ausgeschieden. Die Kritik des MIR an der laschen Verfolgung der Drogenhändler und rechten Paramilitärs durch die Regierung bildet nur den Anlaß. Dahinter steht grundsätzlich das Verständnis von politischer Integrität. Diesem Anspruch ist auch die Ausweisung Klaus Barbies zu verdanken, der sich in Bolivien lange Jahre unbehelligt nicht nur wegen seiner Dienste für die Rechten und die Militärs halten konnte, sondern auch wegen der Verfilzung mit dortigen demokratischen Parteien- z.B. dem MNR.

Unsere Berichterstattung über Argentinien gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 82; ein Bericht aus der Tageszeitung "El Clarin" über Volksküchen schildert die Auswirkungen auf die Mittelschichten.

Neben der wirtschaftlichen Lage bleiben die Verschwundenen ein zentrales Thema, unter denen sich auch Deutsche befinden. Was hat die Bundesregierung für sie getan? Ein Rechtsanwalt erstattete Anzeige gegen Außenminister Genscher wegen "unterlassener Hilfestellung".

In zwei Beiträgen gehen wir auf die wirtschaftspolitische Situation in Chile ein. Zu der Darstellung der aktuellen Krise, die zu staatlichen Eingriffen in das Bankwesen führte, und den dritten Wirtschaftsminister innerhalb eines Jahres verschloß, tritt der Versuch, eine Bilanz des Militärregimes im 10. Jahr nach dem Putsch zu ziehen.

Zwei kontroverse Artikel setzen sich mit dem Konflikt zwischen der sandinistischen Regierung und den Indianern der Atlantikküste auseinander. Während der eine aktuelle Aspekte der Umsiedlung in den Vordergrund stellt, setzt der andere historische Akzente; er ist aus einer Seminardiskussion am Berliner Lateinamerika-Institut der F.U. hervorgegangen.

Ende Januar tagte in Madrid das Ständige Völkertribunal. Es klagte die Regierung Guatemalas der permanenten Verbrechen gegen die Menschlichkeit an und betont dabei das Recht des Volkes auf bewaffneten Widerstand. Zu Sprache kam auch die Komplizenschaft einer Reihe von Ländern. Bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung enthielt sich übrigens die BRD (wie schon im Falle Chiles) der Stimme.

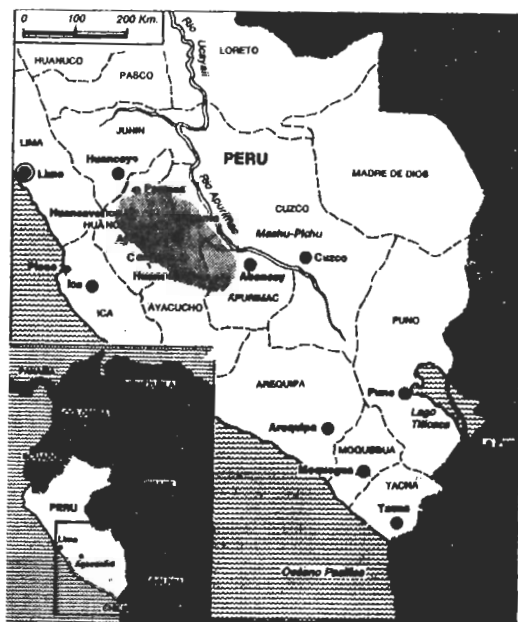
Mexiko belegt nach Brasilien einen Spitzenplatz auf der Liste der verschuldeten Länder. Beispielhaft werden einige Probleme der Förderung der ländlichen Entwicklung dargestellt und erörtert.

Menschenrechtsverletzungen

Die Situation der Menschenrechte in Peru hat sich dramatisch zugespitzt. Im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Guerilla-Bewegung von Sendero Luminoso wurde in einigen Provinzen des Regierungsbezirks Ayacucho in den südlichen Anden (Hauptschauplatz der Kämpfe) der Ausnahmezustand verhängt, der die verfassungsmäßigen Garantien aufhebt und Notverordnungen erlassen. Diese Gebiete stehen seit dem Einsatz der Armee völlig unter deren Kontrolle.

Im Rahmen dieser Maßnahmen kommt es immer mehr zu Übergriffen, schweren Menschenrechtsverletzungen und Folterungen unter denen in erster Linie die indianische Bevölkerung zu leiden hat.

Unter dem Vorwand der "Terrorismusbekämpfung" werden politisch Verdächtige, Gewerkschafter und Angehörige ethnischer Minderheiten pauschal verfolgt, inhaftiert und brutal gefoltert.



Die schattierte Zone stellt in etwa das Aktionsgebiet von Sendero Luminoso in den Regierungsbezirken Ayacucho, Apurimac und Huanca Velica dar.

Bevölkerung bedroht

"El Diario" und andere fortschrittliche Zeitungen berichten laufend von Polizeiübergriffen auf die Bevölkerung bei den zahlreichen Razzien auf dem Land und in der Stadt. Besonders berüchtigt ist das Vorgehen der "Sinchis", einer Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung. Sie stürmen ganze Dörfer und Stadtteile auf der Suche nach vermeintlichen Sendero-Leuten, nehmen willkürlich Leute gefangen, vergewaltigen Frauen, plündern Läden und stecken Häuser in Brand. Viele Menschen, darunter auch zahlreiche Kinder wurden bei ihren gewaltsamen Operationen erschossen oder schwer verletzt.

Folter und Mord an Gefangenen

Mehrere Gefangenen sagten aus, daß sie nach ihrer Festnahme an den Füßen aus sehr hoch fliegenden Hubschraubern gehängt wurden unter der Drohung, daß das Seil durchgeschnitten würde, wenn sie sich nicht als Terroristen zu erkennen gäben. Auf diese Weise sollten falsche Geständnisse abgepresst werden. (El Diario 22.10.82)

Selbst vor Minderjährigen macht die Repression nicht halt. In mindestens zwei Fällen wurden 14 und 15 jährige Jugendliche längere Zeit von der Polizei festgehalten, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß Minderjährige nicht länger als 24 Stunden in Haft bleiben dürfen. Der Besuch von Familienangehörigen wurde nicht gestattet. Ein Anwalt, der sich ihres Falls annahm, konnte zumindest bei einem der Jugendlichen feststellen, daß er unter Drogen stand. (El Diario 13.12.82)

Einer der bekanntesten Fälle ist der von Edith Lagos. Die 19-jährige Studentin galt als eine der Führerinnen von Sendero Luminoso und kam nach offiziellen Verlautbarungen am 3. September 1982 bei einem Zusammenstoß mit Polizeikräften ums Leben. Die Angehörigen und ihr Anwalt, die sich mit dieser Version aber nicht zufrieden gaben, forderten die Herausgabe des Leichnams. Die Obduktion durch unabhängige Ärzte ergab, das Edith Lagos an Stichen in den Unterleib, den Kopf und Hals starb, die womöglich von einem Bayonett herrührten. Diese Behandlung erlitt sie nach ihrer Festnahme. Der Schuß in den Rücken erfolgte als sie bereits tot war. (El Diario 12.9.82)

Zustände in den Gefängnissen

Aus Lima erreichte uns ein Bericht des Koordinierungskomitees für Menschenrechte über die Zustände in den verschiedenen Gefängnissen in Lima und die Situation der politischen und gemeinen Gefangenen dort. Grundlage dieses Berichts bildete der Besuch des linken Parlamentariers Hugo Blanco in Begleitung eines Kollegen sowie zweier Rechtsanwälte des Sekretariats für Menschenrechte und Soziales der peruanischen Landarbeiter vereinigung (CCP) in den Männergefängnissen Lurigancho und El Fronton und dem Frauengefängnis Callao am 9., 10., 13., 21., 22. und 23. Dezember 1982. Diese Besuche fanden mit Zustimmung des Direktors der Gefängnisverwaltung statt. Im wesentlichen bestätigt der Bericht die anderorts bereits bekanntgewordenen Tatsachen:

- Die Gefängnisse sind alle heillos überbelegt. Die Zellen befinden sich in hygienisch untragbaren Zuständen. Es gibt nicht genügend Betten für alle Gefangene.
- Das Essen ist unzureichend und ungenießbar. Beimischungen von Glassplitter und toten Ratten sind häufig.
- Die medizinische Versorgung ist miserabel. Viele Gefangene leiden an akuten Krankheiten oder Verletzungen, die ihnen in der Haft zugefügt worden sind, ohne daß sich ein Arzt um sie kümmert.
- Die politischen Gefangenen fordern den Status als Kriegsgefangene, der ihnen bisher nicht gewährt wird. Sie sind ständigen Angriffen von seiten der Bewacher und anderer Gefangener ausgesetzt.
- Die Verbindung mit ihren Familienangehörigen und Anwälten wird ihnen häufig unmöglich gemacht.
- Einige Gefangene, darunter auch Frauen, befinden sich immer noch in Haft, obwohl sie bereits freigesprochen worden sind.

Brief aus dem Gefängnis "El Fronton"

Die Besuchsdelegation, die all diese Probleme aufgriff und dem Direktor der Gefängnisverwaltung vorlegte, erhielt die Antwort, daß dieser für diese Zustände auch nicht verantwortlich sei!

Boris Aibar Galvan ist Dozent an der Universität San Marco und der katholischen Universität in Lima. Er ist Mitglied der Vereinigung der Lehrkräfte von San Marco. Er wurde am 22. August 1982 unter der Anklage des Terrorismus verhaftet und befindet sich zur Zeit auf der Strafinsel El Fronton. Über die nationale Menschenrechtskommission in Lima erreichte uns sein Brief aus dem Gefängnis:

Strafkolonie "El Fronton" den 29.11.1982

An den Präsidenten des Nationalkomitees für Menschenrechte

Mit meiner Hochachtung:

Ich wende mich mit den besten Empfehlungen und diesem Schreiben an Sie, um Sie über die Umstände meiner Verhaftung und Internierung auf der peruanischen Strafgefangeneninsel "El Fronton" zu informieren:

Ich bin Dozent an der Universität Mayor de San Marco und an der Katholischen Universität in Peru. In der Nacht des 22.8.1982 um 2.30 Uhr drangen Angehörige der Anti-Terrorgruppe des peruanischen Amtes für Verfassungsschutz (Policia de Investigaciones del Peru - PIP) in meine Wohnung ein, holten mich aus dem Bett und nahmen mich fest, ohne einen Haftbefehl zu besitzen: sie durchsuchten meine Wohnung und beschlagnahmten unter Verletzung des Briefgeheimnisses meine persönliche Korrespondenz sowie Bücher über die Theorie des Marxismus. In ihrem Polizeibericht versuchten sie anschließend daraus Beweise zu konstruieren, um mich als "Terroristen" verdächtigen zu können. Ich wurde in die Zentrale der PIP gebracht und dort mehr als 19 Tage in Isolierhaft gehalten. Die Polizei weigerte sich, meine Familienangehörigen über meinen Aufenthaltsort zu informieren, und gestatteten mir auch nicht, von meinem Recht Gebrauch zu machen und einen Anwalt hinzuzuziehen.

In den Räumen der Anti-Terroreinheit (DICOTE) wurde ich von Polizisten seelisch und körperlich mißhandelt; sie wollten mich dadurch zwingen, mich selbst des "Terrorismus" zu bezichtigen und mir völlig unbekannte Sabotageakte und Verbrechen zu gestehen. Nach brutalen Schlägen auf Rücken, Kopf und Ohren wurde ich einem Verhör unterzogen, bei dem die Polizisten eine ihrer beliebtesten Foltermethoden anwandten, die "la tina" (die Wanne) genannt wird: ich wurde mit auf dem Rücken gefesselten Händen nackt auf ein Brett gebunden und mein Kopf so lange unter Wasser gedrückt, bis Symptome des Ertrinkens auftraten. Zwischendurch zog man mich jeweils kurz aus dem Wasser, um mich zu Geständnissen von mir völlig unbekannten Delikten und Vergehen zu zwingen. Die Polizisten waren mit meinen Auskünften jedoch nicht zufrieden; sie drückten meinen Kopf jedes Mal ein wenig länger unter Wasser, um so falsche Informationen aus mir herauszupressen - im kritischen Augenblick, wenn man glaubt, es nicht länger unter Wasser aushalten zu können, dann platzen einem fast die Lungen; der ganze Organismus kämpft ums Überleben, der Körper krümmt sich in unkontrollierbaren Zuckungen gegen das Brett, Unterleib und Füße sind vollkommen wund, man schluckt Wasser ... die Verzweiflung ist unvorstellbar.

Durch diese unmenschliche Behandlung wollten die Geheimpolizisten mich dazu zwingen, eine schon vorbereitete Aussage mit erfundenen Beschuldigungen zu unterschreiben. Die wissenschaftliche Abteilung der Anti-Terroreinheit produziert auf diese Art und mit Hilfe von Drohungen ihr genehme Falschaussagen, die sie für ihre Zwecke brauchen kann. Und sie erpreßt hilflose Gefangene mit gefälschten Polizeiberichten, um eine Politik zu realisieren, die ihre Absichten und Programme durch Gesinnungspogrome, legalisierte Lügen, Repressionen und Rache durchzusetzen versucht.

Als Folge dieses "Ertränkens" habe ich jetzt einen schweren Lungenschaden und litt tagelang unter heftigen Kopfschmerzen, die unerträglich wurden, wenn ich mich hinlegte. Wir Gefangenen mußten ohne Unterlage auf dem kalten Fußboden schlafen.

Die Angehörigen der Antiterrorgruppe mißhandelten und verhöhnten uns bei jeder Gelegenheit, wobei ihre verrohte Unwissenheit und Entartung deutlich wurde.

Später wurde ich mit einem mich schwer belastenden Polizeibericht dem Staatsanwalt vorgeführt, in dem man mich terroristischer Aktionen beschuldigte. Da keinerlei Beweise gegen mich vorlagen, stützte man die Anklage auf den Besitz von Büchern von Marx, Engels und Mao Zedong, die die Polizei in meiner Wohnung beschlagnahmt hatte.

Wir, des Terrorismus verdächtigen Gefangenen, wurden am 14. September in Handschellen auf die Strafgefangeneninsel "El Fronton" überführt. Unterwegs wurden wir von Angehörigen der peruanischen Guardia Republicana gedemütigt und gequält: sie zogen uns völlig nackt aus und schlugen rücksichtslos mit Knüppeln auf uns ein. Sie stießen uns grundlos vor sich her, traten uns mit unverhohlenem Sadismus mit den Füßen und stahlen uns Kleidung und Decken, mit allem, was darin war, wie z.B. Geld usw.

Auf "El Fronton" gibt es nicht genug zu essen und in den Mahlzeiten befinden sich Glasscherben, Stecknadeln und tote Ratten. Zeitweise verweigert man uns unter fadenscheinigen Begründungen den ganzen Tag lang jegliche Nahrung oder gibt uns keinen Tropfen Wasser, nicht einmal zum Trinken. Es gibt auch keinen Arzt hier, obwohl die vielen Kranken dringend ärztliche Hilfe brauchen. Wenn sie Lust dazu haben, veranstalten die Wärter sogenannte "Durchsuchungen", bei denen sie die Habseligkeiten und Nahrungsmittel der Gefangenen plündern. Dabei stehlen und zerstören sie unsere Besitztümer und die Nahrungsmittel, die uns unsere Angehörigen gebracht haben. Um uns zu terrorisieren, täuschen die Wachen Scheingriffe vor und schießen durch Türen und Fenster, wobei einige Gefangene angeschossen worden sind. "El Fronton" ist ein richtiges Konzentrationslager, das eigens für Häftlinge eingerichtet worden ist, die des "Terrorismus" beschuldigt werden. Mehr als 300 politische Gefangene sind hier auf engstem Raum zusammengepfercht und werden wie Assoziale und Schwerverbrecher behandelt.

Von den über 300 Häftlingen dieser Insel sind viele einzig aufgrund einer Denunzierung hier. Ich selbst befinde mich endgültig in Haft, obwohl den Behörden keinerlei Beweise gegen mich vorliegen, außer den marxistischen Büchern aus meiner Wohnung und einem gefälschten Polizeibericht.

Ich appelliere an Sie, Herr Präsident, diese Repressalien und Verletzungen der Persönlichkeitsrechte in aller Öffentlichkeit anzuklagen. Diese Rechte werden in der Menschenrechtserklärung proklamiert und auch von der peruanischen Verfassung garantiert; ihre Verletzung soll einzig dazu dienen, den unterdrückerten herrschenden Klassen ihre Privilegien zu erhalten.

Ich erkläre hiermit meine Unschuld und protestiere gegen meine willkürliche Verhaftung.

Mit solidarischen Grüßen

BORIS AIBAR GALVAN

Wahlausweis No. 4873846

Eine internationale Öffentlichkeit schaffen

Bisher ist über die aktuellen Zustände in Peru - von der Ermordung von 8 linken Journalisten Ende Januar 1983 abgesehen - noch nicht viel an die internationale Öffentlichkeit gedrungen.

Seit geraumer Zeit nun haben sich in Peru und im Ausland (Frankreich und Schweiz) Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Peru gebildet, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Verbrechen der aktuellen Regierung an die Öffentlichkeit zu bringen.

Sie veröffentlichen Namenlisten von gefolterten, gefangenen und ermordeten Gefangenen und nennen die Namen der für die Foltern verantwortlichen Personen der Sicherheitskräfte. Sie berichten über die Zustände in den Gefängnissen und führen Unterschriftskampagnen zur Unterstützung der politischen Gefangenen durch.

Die zahlreichen Protestbriefe, die die Regierung bisher schon erreicht haben, sind kein gutes Aushängeschild für die "Demokratie". Belaunde spricht daher von einer internationalen Verschwörung gegen Peru und sieht darin den Beweis für die ausländische Hilfe, die die Guerilla erhalten soll.

Die Arbeit derjenigen Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit der Bekanntmachung und Aufklärung dieser Menschenrechtsverletzungen befassen, wird immer gefährlicher. Aus Lima wurde berichtet, daß der linke Parlamentarier Rolando Brena mitten in der Stadt von Uniformierten festgehalten und brutal verprügelt wurde unter der Drohung, daß ihm Schlimmeres passieren würde, wenn er sich aus diesen Sachen nicht rausziehen ließe. Ein Journalist, der diesen Vorfällen nachgehen wollte, wurde ebenfalls überfallen, jedoch von Zivilisten, und mit dem Tode bedroht.

Mehr denn je fordern diese Komitees daher die Mitarbeit anderer Gruppen und Einzelpersonen.

KONTAKTE:

Peru:

Comision Nacional de Derechos Humanos CONADEH
Rio de Janeiro No. 337-339
Jesus Maria
LIMA

Coordinadora de Derechos Humanos de Lima
c/o Nadia de Gutierrez
Agrupamiento Risco Block E 201
Av. Cesar Vallejo
Lince
LIMA 14

Schweiz:

Association Suisse-Perou pour la Défense des Droits de l'Homme
Case postale 331
1211 Genève 4

Frankreich:

Comite francais pour la Defense des Droits de l'Homme au Perou
174 rue Raymond Losserand
75014 Paris



Offener Brief an den Präsidenten von Peru

Senor Presidente de la REPUBLICA DEL PERU, Palacio de Gobierno, Plaza de Armas, Lima, PERU

Sehr geehrter Herr Präsident,

angesichts der alarmierenden Meldungen über fortdauernde und zunehmende Menschenrechtsverletzungen, die von Ihrer Regierung begangen werden, wenden wir uns an Sie. Wir verurteilen aufs Schärfste die zahllosen Mißbräuche, die von Ihren Sicherheitskräften begangen wurden; unter anderem wie folgt:

- a) willkürliche Verhaftungen und Massaker wie geschehn am 30. Juli in dem Dorf Rancha, in Ayacucho oder in Lima, in den vergangenen Wochen auch in Tarapoto und in der Dorfgemeinschaft Jicamarca etc.
- b) Folter und Vergewaltigung an hunderten von politischen Gefangenen im ganzen Land. Wobei sich die grausamen Foltern auch gegen Frauen, Kinder und Alte richten, wie in dem Fall der 16-jährigen Bauerntochter Georgina Gamboa, die nach der Vergewaltigung durch 7 Sinchis schwanger wurde und das Kind im Gefängnis austragen mußte. Ana Maria Chunga und die Dozentin Catalina Ariansen erlitten nach der Verabreichung von Drogen bzw. Folter Geistesstörungen. Selbst der 72-jährige Bauer Nicanor Castillo blieb von der Folter nicht verschont.
- c) Fortgesetzte Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien in den verschiedenen Provinzen Perus, mit dem Ziel die polizeilichen Übergriffe auf die Bevölkerung zu decken.
- d) Die Errichtung von Konzentrationslagern für politische Gefangene, wie zum Beispiel auf der Insel El Fronton für Männer und in Callao für Frauen. Die Gefangenen sollen seelisch und körperlich zerstört werden. Ihnen wird Nahrung und Wasser entzogen. Sie werden in unbeschreiblich unmenschlichen Verhältnissen gehalten. Außerdem versucht das Gefängnispersonal ständig, Aufstände zu provozieren, um somit einen Vorwand zu haben, auf die Gefangenen zu schießen.
- e) Durch die Ermordung von Gefangenen wird der Wiedereinführung der Todesstrafe vorausgegriffen:
Am 3. März 1982 ermordete die Polizei 3 verwundete politische Gefangene im Krankenhaus von Ayacucho. Eine verwundete Gefangene konnte dank ihrer Mitpatientinnen dem Tod entkommen. Ein durch Folterung verletzter Bauer wurde mit seinen eigenen Schläuchen erwürgt.
Ebenfalls im März 1982 ermordete die Polizei 5 Bauern in Tarapoto (in der Nähe von Ayacucho).
Im selben Monat schießt das Wachpersonal auf Gefangene des Frauengefängnisses in Chorillo. Viele werden verwundet, eine Gefangene erleidet Querschnittslähmungen.
Im April 1982 schießt das Wachpersonal in die Zellen des Gefängnisses Callao: Viele werden verletzt, der Lehrer Donato Mendez findet den Tod.
Im April 1982 schießt die Polizei in eine friedliche Demonstration von Lehrern und Studenten. Der Student Vilcapoma wird dabei getötet. Im April wird auch der Lehrer Edgar Valer Pinto (51) in Abancay erschossen. Er war Funktionär der Lehrergewerkschaft SUTEP.
Am 23. Juni 1982 schießt das Wachpersonal auf die Gefangenen der Strafinself El Fronton. Es bleibt ungeklärt, wieviele verletzt oder getötet wurden.
Im September wird Edith Lagos, eine Führerin des Sendero Luminoso, nach ihrer Festnahme von der Polizei zu Tode gefoltert.
Im Januar 1983 werden 8 Journalisten ermordet. Angeblich sollen sie von Bauern umgebracht worden sein, die von den Sicherheitskräften zu diesem Mord angestiftet wurden.

ihre Unterstützung herbekommen, ist doch auffällig, daß die Mehrzahl der gefangengenommenen Parteimitglieder aus der Provinz stammen und es sich vornehmlich um 15- 25 jährige handelt.

Die Situation der Landbevölkerung

Um die Frage beantworten zu können, warum die Senderistas ausgerechnet in Ayacucho operieren und dort auch offensichtlich Unterstützung durch die Bevölkerung erhalten, ist es notwendig, auf die wesentlichen Merkmale dieser Provinz hinzuweisen. Die Natur scheint gegen die Bewohner der Provinz feindlich gesonnen zu sein: In einer der ärmsten Gegenden Perus sind 45% des Bodens kaltes Hochland ohne Vegetation, 24% sind schneebedeckt, nur 18% bestehen aus Wald und subtropischem Bergland, und 4% können beackert werden. Von dem Ackerland werden wiederum nur 2% bewässert, der Rest dient als Weide und liegt zum Teil brach oder ruht. Von den 400 000 Einwohnern leben 60% auf dem Land und schlagen sich mit Landwirtschaft und Viehzucht durch.



Versorgung jeglicher Art und Infrastruktur existieren praktisch nicht. In den meisten Gemeinden gibt es weder Elektrizität noch Trinkwasser. Bildungseinrichtungen erreichen lediglich 36,5% der Bevölkerung, woraus eine Analphabetenquote von 68,5% resultiert, eine der höchsten Lateinamerikas und der Welt. Von medizinischer Versorgung zu sprechen wäre zynisch: auf 17860 Einwohner kommt ein Arzt, der zu meist noch in der Stadt lebt. Ansteckende Krankheiten verbreiten sich rasend schnell: aufgrund von schlechter bzw. Unterernährung - Statistiken belegen, daß die Menschen in den Zonen um Ayacucho oft nicht mehr als 420 Kcal zu sich nehmen, während es laut WHO unmöglich ist, über einen längeren Zeitraum mit weniger als 850 kcal auszukommen! - haben die Menschen nur geringe Abwehrkräfte, und dementsprechend ist die Sterblichkeitsrate erschreckend hoch.

Angesichts dieser katastrophalen Situation sah sich der Staat bisher nicht veranlaßt, die Provinz in besonderem Maße zu unterstützen: in den Jahren 1968 bis 1982 betrug die staatliche Zuwendung für Ayacucho jährlich 0,6% der Gesamtsumme für die Departements!

Sendero Luminoso im Kontext der Misere

Inmitten dieser harten Realität ist Sendero Luminoso entstanden, hat dort Wurzeln gefaßt und beginnt zu wachsen. Lange Zeit lebten die Menschen um Jahrhunderte zurück, und erst seit 1973 versuchen Studenten ihnen klarzumachen, daß es noch eine andere Welt gibt, in der es den Menschen besser geht, eine Welt, die nicht die ihre ist und deren Außenseiter sie mithin sind. Kommen sie nach Lima, müssen sie sich ihrer Sprache, Hautfarbe und Kleidung schämen, worauf einige mit Enttäuschung, andere mit Empörung reagieren. Dies kann aber nicht der einzige Grund sein, warum Ayacucho fruchtbarer Boden für Sendero Luminoso ist. Sendero hat den Campesinos während der breit angelegten Arbeit

eines Jahrzehnts ein politisches Programm gegeben, was sie wohl kaum verstehen, vor allem aber einen Glauben und eine Hoffnung. Möglicherweise hätten das "Linguistische Sommerinstitut" oder die "Kinder Gottes" ähnliche Unterstützung gefunden, wenn sie zuerst gekommen wären, denn die Campesinos brauchten eine Hoffnung, die ihnen nicht nur der Staat verwehrt sondern auch alle politischen Parteien. Diese haben die Verantwortung, die sie gegenüber diesen Menschen haben, bisher nicht übernommen. Ein Büro der 'Accion Popular' existiert nicht, die 'Partido Popular Cristiano' ist unbekannt, die 'APRA' zählt nicht, und die gesamte Linke glänzt durch Abwesenheit.

Aus diesem Grund verstecken die Ortsansässigen ihre Unterstützung für Sendero Luminoso nicht, deren auf dem Lande operierenden Kader sich in die Dörfer integrieren, nicht weil sie sich anbiedern wollen, sondern weil sie die Traditionen respektieren. "Neulich", sagt eine Bäuerin, "kamen sie ins Dorf und halfen, die Kirche zu reinigen. Die Jungen haben hart gearbeitet, und am nächsten Tag waren sie sogar bei der Prozession dabei!" Wer würde glauben, was die Bäuerin sagt, daß Abimael Guzman, Führer der Gruppe, Maoist, Leninist, Marxist, an einer Dorfprozession teilnimmt? Die Erklärung ist einfach: ein Großteil der Senderistas rekrutiert sich aus der Gegend. Es sind Campesinos, die wohl weder wissen was Sendero will noch was im Staat passiert. Sie machen mit, weil Sendero ihnen eine Hoffnung gibt, eine Alternative, die einzige, die sie meist haben. Darum ist in den Gemeinden, wo Sendero schon gewesen ist, eine gewisse Komplizenschaft zu spüren. Alle haben einen Sohn, Bruder, Neffen, Onkel oder Freund, der in das Abenteuer verwickelt ist.

Jedoch haben die Bewohner Ayacuchos auch Angst; einige haben etwas gegen Sendero zu verteidigen. Der Händler hat Probleme, über die er aber nicht gerne spricht. Studenten sind offener: mit einem Abschluß der Universität von Huamanga (ursprünglicher Name Ayacucho, d. Verf.), bekommen sie kaum Arbeit. An andere Universitäten können sie auch nicht wechseln, da die Polizei einschreiten würde: Sendero exportiert Terroristen. So steht der Student, der Karriere machen und sozial aufsteigen will, mit dem Rücken zur Wand und wird im Kampf mit der Polizei, in Auseinandersetzung mit den Behörden, geradezu in die Linien der Senderistas geworfen.

Frage an umstehende Campesinos: "Würden Sie sagen, daß es sich bei Sendero um eine Campesino-Bewegung handelt, die somit auch die Unterstützung der Bevölkerung hat?" Einhellige Antwort: "Es ist eine Bewegung, die von den Jungen aktiv unterstützt wird. Die Alten sind resigniert, aber sie helfen ihren Söhnen. Jung war auch Edith Lagos, kürzlich von der Polizei getötet. Ihrem Sarg folgten 15 000 Menschen, eine Menge, die sich nie zuvor in Ayacucho öffentlich versammelt hatte."

Organisation und Kampfform

Die Überfälle, die - ausgenommen die "Hinrichtungen" - Sendero zugeschrieben werden, waren drei unterschiedliche Kampfformen. Terroristische Attentate, wie die Bomben, die sie in Kinos in Lima warfen oder in verschiedene Handelshäuser; Sabotageakte, wie das Sprengen von Elektrizitätstürmen und Sendeanlagen und dann Guerilla - Aktionen im wahren Sinne des Wortes, wie die Angriffe auf verschiedene Polizeistationen und das Gefängnis von Ayacucho, wo sie anscheinend eine stattliche Zahl ihrer wichtigsten Kader befreiten. In Ayacucho haben die Senderistas alle diese Kampfformen kombiniert. Die wichtigsten Aktionen



sind für sie jedoch nicht die obengenannten, sondern die "Besetzungen", die sie in einigen Dörfern durchführen, wobei es sich dabei um Dörfer oder Gebiete handelt, die sie als geographisch besetzt, jedoch nicht als befreit betrachten. In diesen Zonen, die Sendero militärisch kontrolliert, wo keine Polizei hinkommt und z.T. nie gewesen ist, realisieren sie das Wichtigste ihrer politischen Arbeit. Das tägliche Leben geht dort weiter wie bisher. Der Handel läuft, die Straßen sind offen, Zweigstellen öffentlicher Einrichtungen wie die Banken, funktionieren weiter. Bisher versucht Sendero nicht, diese Dörfer zu isolieren oder sich einzumischen, sondern - im Gegenteil - sucht Unterstützung. "Als sie ankamen", erzählt eine Bäuerin, "baten sie darum, daß man sie der Erntearbeit zuteilen soll. So geschah es, und am nächsten Tag arbeiteten sie und verdienten ihr Essen."

Meistens respektieren die Senderistas die örtliche Autorität und haben bisher nicht oder selten versucht, Umwandlungen durchzuführen. Dies liegt wohl einem Soziologen aus Ayacucho zufolge daran, daß es nichts zu verteilen, zu verwandeln gibt. So konzentrieren sie ihre Arbeit zunächst darauf, die Bevölkerung von sekundären Problemen wie Räubern und Wucherhändlern zu befreien.

Jedoch sind nicht alle Senderistas Campesinos. "Zweifellos", so ein Professor, Ex-Sympathisant von Sendero, "hat der außerhalb von Ayacucho Kämpfende einen höheren Rang als der, der hier kämpft. Ist er kein Campesino, so hat er Erfahrung mit dem Stadtleben und kann nach Lima gehen. Sie arbeiten als Campesinos, ein Großteil jedoch hat die Universität besucht. Man vergesse nicht, daß Sendero auch in San Marcos, in la Cantuta und sogar in der Universität San Martín, wo auch Edith Lagos ein Jahr studierte..." Den Aussagen der Polizei zufolge kennen sie sich sehr gut in Geographie aus. Sie überqueren ein Gebirge in zwei Stunden, wofür die Polizei 8 Stunden braucht. Der Strategie von Sendero kann sie nur defensiv begegnen, und zwar durch verstärkten Schutz der Gefängnisse und Installationen wie Elektrizitätswerken, Einsatz von Hubschraubern, etc. Der Einsatz

der von der Bevölkerung gefürchteten Anti-Terror-Einheit "Sinchis" sowie die Verhängung des Ausnahmezustandes über Ayacucho haben die Aktivitäten Senderos nicht stoppen können. Auch hat Sendero seinen eigenen Geheimdienst: Ein alter Freund eines Sendero-Führers (er selbst kein Senderista) hatte einer Gruppe von Freunden gegenüber sein Befremden darüber geäußert, daß jener für kürzlich begangene Tötungen verantwortlich zeichnete. Einen Tag später fand er einen Brief unter seiner Tür, in dem genauestens dargelegt wurde, warum die erwähnten Personen hingerichtet wurden.



Warum konnte Sendero so wachsen? Leute, die seit etwa 10 Jahren in Ayacucho wohnen, sagen: "Sendero hat seit vielen Jahren geduldig gearbeitet. Sie sprechen nicht erst seit zwei Jahren vom bewaffneten Kampf. Schon 1973/74 fing es damit an, daß sie ihre Mitstreiter aufforderten, ihr ganzes Leben der Partei unterzuordnen. Die Persönlichkeit des Führers Abimael Guzmán scheint - laut der Aussage eines weiteren Befragten - eine große Rolle zu spielen." Er konnte gut reden, aber auch gut zuhören. Der Campesino weiß, ob er ernstgenommen wird oder nicht; ihm gefällt es, mit Respekt behandelt zu werden. Guzmán war ein sehr feinfühleriger und vorsichtiger Mensch, berufen, das zu führen, was wir heute sehen."

Die Partei entstand außerhalb der Universität, ihre Aktivitäten begannen jedoch mit Gremienarbeit an der Universität, u.a. mit ihrer Zeitung "Auf den Leuchtenden Pfaden von Mariategui", die der Gruppe später den Namen gab. Viel Zeit ist seit jenen Diskussionen vergangen, wo ihnen zugerufen wurde, sie sollten doch den Kampf aufnehmen, wenn sie soviel davon sprächen und die anderen in Ruhe lassen. Sie gingen, und seitdem ist in Peru niemand mehr ruhig. Während der neue Präfekt glaubt, mit gutem Willen und Preisnachlässen Sendero eliminieren zu können, leben die Menschen weiter in Unsicherheit und Verzweiflung. Immer wieder kommt man auf die Sinchis zu sprechen, die ihre Vollmachten mißbrauchen.

Morde oder Hinrichtungen?

Seit Sendero sich auf dies Abenteuer eingelassen hat, sind viele Personen gestorben. Polizisten in Ausübung ihres Amtes, Politiker, die um Anerkennung kämpften, fanden einen nicht angekündigten, unerwarteten Tod. Sie starben jedoch meist in einer Schlacht, einer Konfrontation. Hingegen starben andere, die keine Chance hatten, sich zu verteidigen. Dies sind die von Sendero Hingerichteten, die als Betrüger, Verräter oder Spitzel von ihnen zum Tode verurteilt wurden. Erklärungen beschränken sich meist auf ein Papier, das neben den Toten liegt, z.B. "So sterben die Verräter!"

Niemand erklärt der Bevölkerung die Motive, bis auf einige Ausnahmen. Als Sendero am 3. August 1982 die Hacienda der Universität von Ayacucho zerstörte und dabei 25 Kühe tötete, 4 Zuchtbullen enthäutete und 25 Rinder raubte (die später in den Nachbardörfern wiedergefunden wurden), reagierten die Ayacuchaner mit absolutem Unverständnis. Diese Barbarei erinnerte an den traurigberühmten Pol Pot. So sahen sich die Senderistas gezwungen, auf Märkte, Straßen und in Busse zu gehen, um den Leuten zu erklären, daß die Existenz dieser Hacienda eine Provokation bedeute, da sie der Bevölkerung keinen Nutzen brachte, im Gegenteil nur ihre Lebensstrukturen zerstöre.

Auch die "Hinrichtungen" können innerhalb dieser Logik legitimiert werden. In der Tat kommen die Senderistas in den Dörfern an, wo nichts zu verteilen gibt, da alle arm sind. Um eine Legitimität für ihre Aktivität zu haben, versuchen sie, alle Elemente zu beseitigen, die das Dorfleben stören, wie Räuber, Betrüger oder auch Händler, die durch Kreditvergabe lokale Macht erlangt haben und hohe Zinsen für ihre Kredite fordern. Für die Senderistas gibt es jedoch noch andere Personen, die sterben müssen. Dies sind Leute, die der Polizei helfen und damit ihrer Sache schaden. Der 68-jährige Postdirektor mußte sterben, weil er Senderistas verraten hatte und eine Frau vergewaltigt: nach der Ermordung wurde ihm die Zunge abgeschnitten und kastriert wurde er auf die Plaza de Armas geworfen. Ebenso wurde ein Händler ("Sie sind ein Verräter, Sie helfen den Sinchis") von ihrem "Volksgesicht" zum Tode verurteilt; auch Minenarbeiter, die "Spitzel" waren und ein Lehrer - ehemaliger Senderista - der sich dann Belaundes Linie anschloß. Die Liste ist lang, und in Ayacucho sind die "Hinrichtungen" und deren Rechtfertigungen ständiges Gesprächsthema.

Senderos Thesen über den peruanischen Staat

1. Peru ist ein abhängiger, halbfeudaler und halbkolonialer Staat. Die Bauern bilden den rückständigsten und unterdrücktesten Teil der Gesellschaft. Somit befinden sich die sozialen Hauptwidersprüche auf dem Land.

2. In einem halbkolonialen und -feudalen Staat kann es keine Demokratie geben. Institutionen wie das Parlament sind nur eine Karikatur und dienen nur dem Weiterbestehen der vorhandenen Strukturen.

3. Während der 12-jährigen Militärdiktatur errichtete das Militär eine neue Staatsform, den korporativen, faschistischen Staat, der sich nun unter Belaunde festigt. Zwischen den drei Regierungen (Velasco, Morales Bermudes, Belaunde, d. Verf.) gibt es keinen Unterschied. Sie alle verkörpern die faschistische Kontinuität.

4. Wichtigstes Kennzeichen ist nicht die Repression - sie ist nur eine Methode der Unterdrückung - sondern das verfolgte politische Ziel: die Errichtung des korporativen Staates und damit die Vernichtung aller Anzeichen von Demokratie.

5. Wirtschaftliches Ziel der Militärregierung war die Verfestigung des bürokratischen Kapitalismus und die Neuordnung der peruanischen Gesellschaft in diesem Sinne. Dies bedeutet laut Sendero, daß die Interessen des Monopolkapitals, die dem Imperialismus untergeordnet sind, denen der traditionellen Großgrundbesitzer entgegenstehen.

6. Die Wirtschaftskrise und der zunehmende Kampf des Volkes zwangen das Militär zur Machtübergabe an Belaunde, der hinter der Fassade der Demokratie den begonnenen politischen Prozeß weiterführt.

7. Die Gültigkeit demokratischer Freiheiten ist zweitrangig und dient nur der Verfestigung des bürokratischen Kapitalismus. Dadurch können sich halbfeudale Strukturen weiterhin erhalten und entwickeln, wobei die Großgrundbesitzer alten und modernen Typs die Hauptvorteile haben.

8. Da die Demokratie im korporativen Staat nur eine Karikatur ist, muß der parlamentarische politische Kampf wirkungslos sein. Der einzige Weg für die Befreiung von der Unterdrückung ist der revolutionäre Volkskrieg.

9. Der revolutionäre Volkskrieg ist hauptsächlich ein Bauernkrieg, der vom Land in die Stadt getragen wird.

10. Der nach dem Sieg der Revolution zu errichtende Staat soll eine "neue Demokratie" (im Sinne Maos, d. Verf.) sein, deren wichtigste Basis ein Bündnis von Arbeitern und Bauern ist. In diesem Bündnis haben die Arbeiter die ideologische Leitung, die Bauern aber sind der wichtigste Motor der Revolution.

PARAGUAY

Der Musterknabe

Diktatoren, Präsidenten, Generäle gehen auf und gehen nieder. Nur von einem melden die Heldenlieder, daß er ewig bleibt: Diktator Präsident General Alfredo Stroessner von Paraguay, ein Held der Westlichen Welt.

Wo gibt es das schon, daß die Opposition eines Landes wesentlich mehr Parlamentssitze erhält, als ihr nach ihrem Stimmenanteil eigentlich zustehen würden? Welche Regierung kann sich diesen Luxus leisten? Richtig, die Regierung des Generals und Diktators Alfredo Stroessner in Paraguay.

Aber kann man dann eigentlich von Diktatur sprechen? Immerhin wurde bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen vom 6. Februar richtig gewählt und um Stimmen gekämpft. Stroessner und seine Colorado-Partei konnten hinterher stolz verkünden, daß sie ihren Stimmenanteil von 89,62 % auf 91,02 % gesteigert haben. In der Stadt Ciudad Presidente Stroessner erhielten sie sogar genau 16 020 von 16 051 abgegebenen Stimmen und in dem Ort Colonia Stroessner gar 5 555 von 5 555 Stimmen. Doch das sind Sonderfälle. Die Liberal-Radikale Partei und die Liberale Partei stellten sich trotz aller Behinderungen gehorsam der Wahl als amtlich erlaubte Opposition und verloren gegenüber dem Ergebnis von vor fünf Jahren wieder ein paar Stimmen, besetzen aber nach der Verfassung wieder ein Drittel des Parlaments.

Seit seinem Putsch im Jahre 1954 regiert Stroessner ununterbrochen das Land. Den Rekord von Dr. Francia, der im vorigen Jahrhundert 26 Jahre lang Paraguay regierte, hat er längst gebrochen, und mit seiner Wiederwahl wird er auch bald den mexikanischen Diktator Porfirio Díaz übertreffen, der sein Land 31 Jahre lang regierte. Und niemand kann sicher sein, daß er sich nicht 1988, dann erst 75 Jahre alt, erneut zur Wahl stellt und natürlich wieder 90 % der Stimmen erhält. Stroessner ist, was politische Stabilität angeht, der Musterknabe.

Paraguay ist eins der Länder, in denen die politische Herrschaft am engsten mit Schmuggel, Korruption und Drogenhandel verzahnt ist. Anderswo stürzen die Regierungen darüber, in Paraguay nicht.

Paraguay hat immer Zuflucht für alte Nazis geboten und auch für Diktatoren vom Schlage Somozas. Andere Länder fühlen sich vom Ausland unter Druck gesetzt, Paraguay nicht.

Paraguay hat immer die politischen Gefangenen mit den längsten Haftzeiten der Welt gehabt, aber die Empörung der Weltmeinung richtete sich immer zuerst gegen andere Diktaturen, nicht gegen Paraguay.

Paraguays Wirtschaft erlebt gegenwärtig eine ziemlich heftige Rezession. In anderen Ländern, denen es ähnlich geht, wanken die Militärdiktaturen, in Paraguay nicht.

In Paraguay führt die Mehrheit des katholischen Klerus einen mutigen Kampf gegen die Mißachtung und Unterdrückung der Menschenrechte. Wenn die Kirche in anderen Ländern nur halb so entschieden auftritt, muß die Regierung auf der Hut sein, in Paraguay nicht.

Der Diktator Präsident General Alfredo Stroessner - natürlich deutscher, d.h. fränkischer Abstammung und deshalb ein Star der Regenbogenpresse - hat alles bestens eingerichtet.

Die Sozialisten und Kommunisten und alles, was er dafür hält, sind in Haft oder im Ausland. Die authentischen Liberal-Radikalen, die Sozialdemokraten, die Christdemokraten und die Demokraten aus der Colorado-Partei sind ihrer Rechte beraubt oder ins Ausland verbannt. Die brave Opposition darf das Demokratie-Spielchen mitspielen. Sie ist zugelassen, wenn auch in ihren Rechten beschnitten, und gibt sich als Feigenblatt her.

Und das alles funktioniert mit einem Programm, das auf drei sehr einfachen und leicht zu verstehenden Punkten beruht:

Erstens und vor allem Kampf gegen den Kommunismus.

Zweitens, und das ergibt sich fast von selbst daraus: die Verteidigung der Werte der Freien Westlichen Welt.

Und drittens als Krönung: Wirtschaftlicher Liberalismus, oder wie man sagt: freie Marktwirtschaft.

Mit diesem Programm nun unterscheidet sich Stroessner weder von Pinochet und García Meza, noch von Figueiredo oder Galtieri, um ein paar Diktatoren der Nachbarländer zu nennen, die es immer viel schwerer gehabt haben.

Was Stroessner von diesen unterscheidet, ist die politische Stabilität in seinem Land, ist die Unbestrittenheit seiner Herrschaft.

Man spricht ja heute nicht mehr ohne weiteres vom Imperialismus, aber hier kommt man kaum darum herum: Don Alfredo Stroessner ist ein Präsident, ganz nach dem Geschmack der Imperialisten alten und neuen Stils. So reibungslos müßte das Imperium überall funktionieren!

Hoch die Freiheit, piepsen sie
Freiheit und Democracy!

Erst wenn auch Diktatoren vom Schlage Stroessners nicht mehr das Sagen haben, wird Lateinamerika wirklich frei sein und seine Zukunft demokratisch bestimmen können.

Bis dahin wird es aber wohl noch lange dauern. Beängstigend ist, daß auch schon vor fünf Jahren ein Artikel genau gleichen Inhalts wie dieser hätte geschrieben werden können - und ungefähr so auch geschrieben worden ist. So wenig ändern sich die Zeiten.

Herbstliche Unruhe im Lande des Patriarchen

Seine Exzellenz gab sich die Ehre der Wiederwahl und dazu wie alle fünf Jahre seinem Volk einen Tag frei vom seit 1954 bestehenden Belagerungszustand. (Wahl-)Pflichtgemäß erschien dieses massenbaft an den Urnen und brachte Herrn Stroessner erneut einen überwältigenden Vertrauensbeweis dar.

Dieser Wahlakt war allerdings nach allgemeiner Übereinstimmung eher ein Schauspiel für das Ausland, aber nicht - wie böswillige Kommentatoren unterstellen - weil es in Wahlverfahren und -durchführung Unregelmäßigkeiten gegeben hätte; vielmehr deutet die Tatsache, daß 80% der Wahlberechtigten eingeschriebene Mitglieder in Stroessners "Asociación Nacional Republicana" (Colorados) sind, auf einen derart hohen Grad bewußte politischer Zustimmung zur Politik des "exzellenten Schachspielers" (FAZ), daß dieses Wahltheater doch wirklich eigentlich überflüssig wäre. In Armee, Justiz und Verwaltung beträgt die Mitgliedschaft gar 100%, so daß sie kurzerhand zur "Pflicht" erklärt wurde - bei soviel Begeisterung eigentlich eine unnötige Maßnahme.

Unter miesepetriger Perspektive könnte allerdings am Wahlergebnis auch Negatives gefunden werden, macht doch bei ca. 90%iger Wahlbeteiligung Stroessners Stimmanteil von 90% eben die genannten 80% Parteimitglieder aus: Sollte es so sein, daß wirklich kein parteiloser Paraguayaner dem "Caudillo alter Schule" (wieder FAZ) seine Stimme gab?

Abseits des absurden Theaters paraguayenischen Wahlkrampfs lassen sich Anzeichen von Unzufriedenheit und Unruhe registrieren, die klarmachen, wie trügerisch das Bild von Ruhe und Eintracht ist. Kritik und Widerstand äußern sich sowohl innerhalb der sozialen und politischen Basis des Regimes als auch außerhalb.

Die Partei Stroessners, die Asociación Nacional Republicana (Colorados), repräsentiert traditionellerweise die brasilienorientierten Strömungen der paraguayenischen Politik und Wirtschaft. Unter Stroessner kam eine enge Verbindung der Partei mit dem Militär hinzu. Weiterhin besteht eine enge Assoziation mit TNK-Kapitalinteressen. Wenn schließlich die weitgefächerten Engagements Stroessners selbst und seines Familiencamps berücksichtigt werden, ergibt sich zum einen das Bild eines kompakten ökonomisch-politisch-militärischen Interessengeflechts, zum anderen ist klar, daß andere Teile des Bürgertums nicht direkt bei der Verteilung des Kuchens dabeisitzen. In der gegenwärtigen Krise können diese nicht durch begrenzte Teilhabe an den Gewinnen ruhiggestellt werden: Das Bruttosozialprodukt pro Kopf sank 1982 um 5,4%.

* Transnationale Konzerne



Alfredo Stroessner, 29 Jahre Machthaber in Paraguay

Zudem eröffnen sich neue Fronten, z.B. Finanzsektoren einerseits und Industrie und Importhandel andererseits, wenn es um die Frage der Abwertung des Guaraní geht. Die Schwäche der nationalen Währung wird durch die Spekulation deutlich, die den Wechselkurs auf dem Markt zu großen Sprüngen bringt. Die Regierung lehnt eine Abwertung mit starken Worten ab und legt ihren Schwerpunkt auf die Inflationsbekämpfung. Hohe Zinsen und durch das Festhalten am offiziellen Wechselkurs von 126 Guaraníes für einen US-Dollar bedingte begrenzte Exporterlöse bringen aber viele Schuldner in Zahlungsprobleme, so daß 1982 alle Banken Defizite machten, weswegen sie auf Abwertung drängen.

Feprinco, die Vertretung von Industrie und Handel, fordert hingegen die Stärkung des Guaraní, Begrenzung der Bürokratie, Exportförderung und staatliche Investitionsprogramme, holte sich damit aber eine heftige Abfuhr vom Industrie- und Handelsminister Ugarte, der meinte, die Unternehmen sollten sich um die eigenen Probleme kümmern, sei es doch gerade die Privatverschuldung, die die Regierung zu Bürgschaften und schließlich zu Steuererhöhungen zwingt. Er bietet neben der Inflationsbekämpfung Investitionsanreize und Auslandskredite als Lösungen.

Ein weiterer Kritikpunkt seitens paraguayischer Unternehmer ist die Bevorzugung brasilianischer Gesellschaften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, was vor dem Hintergrund der erwähnten alten Brasilienfreundschaft der Colorados und der Brasilianisierung beträchtlicher Teile Paraguays im Zuge des Baus des Itaipú-Staudammes und immenser Landaufkäufe im Osten des Landes zu sehen ist.

Die schwierigen Verhältnisse schaffen auch Unruhe auf dem Land. Während die großen, eng mit Auslandskapital liierten Exporteure und Produzenten entweder durch Schmuggel die offiziellen Tauschbedingungen umgehen oder die Ernte horten, bis es zur Abwertung kommt, mußten die kleinen Produzenten der Hauptexportprodukte Baumwolle und Soja, die durch die schlechten Preise von 1980/81 verschuldet sind, die Ernte sofort zu niedrigen Preisen verkaufen.

Politisch äußert sich die schlechte Lage der landbesitzenden, marktorientiert produzierenden Campesinos, die allgemein als systemkonform gelten, v.a. durch Unruhe in der Colorado-Partei selbst. Im agrarischen Flügel, der traditionellerweise in begrenztem Gegensatz zum militärischen steht, da dieser ihn aus dem

Zentrum der Macht verdrängte, versuchten einige Parteiführer, die Unruhe in politische Stärke umzusetzen. Durch rasche innerparteiliche Disziplinierung gelang es Stroessner jedoch zunächst, die Machtstrukturen zu erhalten.

Vertreter desselben, auch "populistisch" genannten Flügels unterstützten auch einen Vorgang, dessen Tragweite noch nicht abzusehen ist. Trotz Streikverbots und des Kontrollinstruments der regierungskonformen Confederación Paraguaya de Trabajadores (CPT) gelang erstmals seit 1958 ein Erfolg unabhängiger Gewerkschafter. Ort der Handlung war der lokale Coca-Cola-Abfüller, Paraguay Refrescos, deren Hauptaktionär Stroessner selbst sein soll. Als die mit Erlaubnis der Regierung durchgeführte und von ihr durch bewaffnete Polizeikräfte gesicherte "Säuberung" des Betriebes von unabhängigen Gewerkschaftern im September in der Entlassung von sieben Gewerkschaftsführern gipfelte, kam es zu breitem Widerstand. In Zusammenarbeit mit 17 anderen, z.T. unabhängigen, z.T. abweichlerischen Colorado-Gewerkschaften wurde ein Boykott des braunen Saftes und der anderen Produkte des Unternehmens propagiert. Der Absatz ging um über die Hälfte zurück, und als ein "Protesttag gegen Gewerkschaftsverfolgung" angekündigt wurde, beeilten sich Unternehmen und Arbeitsministerium, die Entlassung rückgängig zu machen. Diese unangenehme Unruhe wäre nämlich voll in die Zeit Stroessners Wahlkampagne geraten.

Für den Diktator natürlich nur ein verlorenes Scharmützeln, zeigen diese Vorgänge aber doch, daß das schöne Bild von Ruhe und Eintracht nicht stimmt. Um das System abzusichern, sieht sich der mittlerweile 70-jährige Stroessner weiterhin gezwungen, in die bekannte Kiste südamerikanischer Repression zu langen. Als der Vizepräsident der legalen, oppositionellen Radikalliberalen Partei ein Buch über Somozas Aktivitäten in Paraguay veröffentlichte, fühlte der Beschützer Mengeles sich wohl mit seinem Ex-Kollegen "verleumdet", ließ den Herausgeber verhaften, die Bücher einziehen und den Autor ausweisen.

Quellen: Latin America Regional Reports, Latin America Weekly Report, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung

BOLIVIEN

Krise in der UDP-Regierung

Nur drei Monate nach Regierungsantritt befindet sich die Koalition der UDP in einer schweren politischen Krise. Diese Tatsache wurde öffentlich, als bekannt wurde, daß 6 Minister, die dem MIR (Movimiento Revolucionario de Izquierda) angehören Rücktrittsgesuche eingereicht haben.

Die Führer des MIR erklärten, daß ihre Versuche, die Krise in der UDP zu überwinden, gescheitert seien, und daß sie sich deshalb verpflichtet sahen, sich aus der Regierung zurückzuziehen und die Diskrepanzen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Gründe, die sie anführten waren zweideutig: "das Fehlen einer einheitlichen Regierungslinie und die Unfähigkeit des Innenministers (MNRI) der Betätigung der paramilitärischen Gruppen und der Drogenhändler ein Ende zu setzen." Der MIR forderte eine Neubildung des Kabinetts, um eine kohärentere Politik zu ermöglichen.

Zuerst schien alles auf ein Übereinkommen hinauszulaufen, da Siles Zuazo angekündigt hatte, die 6 MIR-Minister zu bestätigen. Doch am 19. Januar enthielten sich die Führer des MIR ihrer Stimmen, als sich der Kongreß versammelt hatte, um über den Staatshaushalt und die Europareise des Präsidenten abzustimmen. Sie wollten damit ihren Protest gegen die Reise des Präsidenten in einem Moment der politischen Krise und anscheinend auch gegen den erhöhten Haushalt ausdrücken. Dieses Verhalten interpretierte Siles als einen Akt der Unloyalität. Er akzeptierte daraufhin die Rücktrittsgesuche der MIR-Minister und reorganisierte das Kabinett ohne den MIR einzubeziehen. Damit wurde zwar die Kabinettskrise teilweise gelöst, gleichzeitig jedoch eine neue Krise erzeugt, deren Umrisse noch antagonistischer und konfuser sind: Eine der drei fundamentalen Kräfte der UDP (MNRI, PCB, MIR) ist nicht an der Regierung beteiligt und geht tendenziell in die Opposition.

Natürlich können diese Ereignisse der "Realpolitik", für sich allein genommen, die Gründe der Krise nicht erklären. Es ist notwendig daran zu erinnern, daß ein fundamentales Charaktermerkmal der UDP darin besteht, daß sie versucht, widersprüchliche Interessen zu vereinen; die der Arbeiter- und Bauernbewegung und die der wichtigen Unternehmensbereiche und der herrschenden Klasse, im Rahmen eines abhängigen, kapitalistischen Systems.

Dieses reformistische Projekt wurde noch widersprüchlicher, da die UDP die Regierung übernahm, als das Land mitten in einer tiefen ökonomischen Krise steckte und die staatlichen Ressourcen knapp waren. Gleichzeitig sah sie sich einer breiten Volksbewegung mit großen Erwartungen gegenüber, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Das Volk vergißt und entschuldigt die Verantwortlichen für die momentane Situation nicht, die Dikta-

toren, die ihre Macht mißbrauchten und die besten Kämpfer des Volkes ermordeten. Die wichtigsten Parteien der UDP repräsentieren unterschiedliche politische Auffassungen, Perspektiven und Gruppeninteressen. Daß daraus politische Diskrepanzen entstanden, die bis zur Krise führten, war in dem reformistischen Projekt von Anfang an angelegt.

Ein anderer wichtiger Faktor besteht in der unterschiedlichen Form, mit der MIR und MNRI mit der Ausübung der Macht umgehen. Im MIR sind jugendliche Berufstätige vereint, die keine große Regierungserfahrung haben und die einen moralisierenden Geist in die Staatsbürokratie bringen. Sie sind voller "guten Willens", die Aufgaben, die das Land erfordert im Rahmen einer parlamentarischen Regierung zu erfüllen. Auf der anderen Seite sind die Führer und vor allem die "Klientel" des MNRI, die große Machterfahrung haben und keine größeren Ambitionen in Richtung sozialer Reformen zeigen. Sie sind daran gewöhnt, die Macht zu "benutzen", d.h. unter sich Pöstchen zu verteilen und Geschäfte abzuwickeln etc. Auch der MIR trachtete danach, seinen Einfluß in den unterschiedlichen Bereichen des Staates zu erweitern, um seine "Sozialreformen" durchzusetzen. Nun sieht er sich von den "Elementen der Realpolitik", die die "Normalform des bürgerlichen Staates" konstituieren, zum Gefangenen und Komplizen gemacht.

Die Entwicklung der Ereignisse zwang die Führung des MIR dazu, öffentlich auf einige der tieferen politischen Gründe seiner Differenzen mit dem MNRI einzugehen. Nachdem Präsident Siles entschieden hatte, ein neues Kabinett zu bilden, gab die Führungsspitze auf einer Pressekonferenz ein "Programm zur Kurskorrektur der Regierung der UDP und des demokratischen Prozesses" bekannt. Sie präsentierten der UDP dieses Programm als Alternative, um die Krise zu lösen, doch der MNRI wies es zurück. Da dieses Dokument bezüglich der Erhellung der inneren Schwierigkeiten des Projektes der UDP sehr wichtig ist, drucken wir es im Folgenden in Auszügen ab.

"....wir haben die Krise nicht erzeugt. Was wir getan haben, ist, dem Volk die kritische Situation offenzulegen, da es ein Vergehen war, das Volk darüber im Dunkeln zu lassen, was sich innerhalb der Regierung abspielte...." Darauf wies J.P. Zamora hin, als er die "grupo palaciego" (eine Machtelite innerhalb der Regierung) für die Krise verantwortlich machte. Er bemerkte weiterhin, daß sich "grupo palaciego", angeführt von Minister Roncal und Herrn Rospigliosi, nicht auf das Votum des bolivianischen Volkes berufen kann, da das Volk sie nicht einmal kannte.

Jaime Paz Zamora erklärte, daß sein Amt als Vizepräsident nicht auf dem Spiel stünde. Der MIR und er werden sich weiterhin dafür einsetzen, daß die Demokratisierung fortgesetzt wird und daß Fehler, die auf diesem Wege gemacht worden sind, anerkannt und korrigiert werden. "Nun bleibt die UDP-Spitze und nicht die UDP-Basis in der Regierung". Er setzte noch hinzu, daß die neue Regierung weder der Einheitsfront, noch dem Programm, für welches sie das Volk mobilisiert hatten und für das sie gewählt worden seien, entspreche.

Programm zur Kurskorrektur der Regierung der UDP und des demokratischen Prozesses:

1. Über die politische Kurskorrektur der Regierung und des Prozesses.
1.1. das Nationale Exekutivkomitee (cen), unter der Führung des Präsidenten der Republik und Präsidenten der Front, ist die wichtigste Entscheidungsinstanz des Prozesses und der Regierung.

1.2. Die Permanente Exekutivkommission (cep) ist die Instanz der Organisation, Ausführung und Kontrolle der Regierungsführung.

1.3. Es werden UDP-Kommissionen eingerichtet für die Bereiche der Regierungsführung. Sie stehen unter der politischen Führung des **CEN**, der operativen Koordination des **CEP** und des Präsidenten der Exekutive oder von den Ministern der entsprechenden Bereiche. Diese Kommissionen setzen die fundamentalen Richtlinien für die Aktionen in jedem Bereich fest, innerhalb des Rahmens der UDP, damit die Einheit und der Zusammenhalt der Front in der Führung des Staates garantiert sind.

In erster Linie handelt es sich um folgende Bereiche:

1) Ökonomie, 2) Sicherheit und Recht, 3) Verteidigung, 4) Soziales, 5) Information, 6) Außenpolitik, 7) Kongress, 8) Gewerkschaftliches

1.4. Als wichtiger Bestandteil der Anstrengung bezüglich der Organisation, Einheit und Mobilisierung der UDP, werden in regelmäßigen Abständen UDP-Veranstaltungen auf nationaler, Bezirks-, regionaler, Provinz- und Sektorebene realisiert.

2. Über die Beteiligung und Mobilisierung des Volkes:

2.1. Um die Ebenen der öffentlichen Beteiligung an der Regierungsführung zu erweitern, wird festgesetzt:

1) Die Errichtung - so schnell wie möglich - einer höheren Instanz für Wirtschaftsplanung und -entscheidung, unter der Beteiligung von Vertretern der Regierung, der Arbeitergewerkschaft, der Bauerngewerkschaft und der Vereinigung der Privatunternehmer.
2) Permanente Instanzen zur Information und Beratung der Regierung mit der COB und der CSUTCB (Bauerngewerkschafts-Dachverband).
3) Andere Beratungsinstrumente auf Sektorebene.

2.2. Beschleunigung der Angleichung der juristischen und administrativen Mittel, die nötig sind, um die Mitbestimmung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben sofort rechtskräftig zu machen.

2.3. Im Verlauf dieses Jahres müssen Wahlen durchgeführt werden, damit die Gemeinden demokratisch organisiert werden können. Die Regierung wird die notwendigen Maßnahmen zur baldigen Veröffentlichung des neuen Gemeindegesetzes ergreifen.

2.4. Im Rahmen einer soliden Politik der Einheit und Nationalen Integration, werden sofortige Initiativen entwickelt, um ein System von administrativer Dezentralisation auf allen Ebenen von Sicherheit und Recht zu errichten.

3.1. Entfaltung einer baldigen Aktion zur effektiven Aufdeckung der paramilitärischen Gruppen. Jeder Fall muß rechtzeitig und rigoros, bis zur Sanktion der damit verflochtenen Elemente verfolgt werden.

3.2. Definition einer globalen und kohärenten Politik der Ausrottung des Drogenhandels. Im Rahmen des nationalen Interesses und der nationalen Souveränität müssen adäquate Mechanismen entwickelt werden, die ihn sofort unterbinden.

3.3. Beschleunigung der legalen Prozesse, um diejenigen vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, die Verbrechen gegen die Wirtschaft des Staates oder gegen die Rechte und Garantien von Personen verübt haben, während der Diktaturen.

3.4. Wegen der Größe der Vergehen, die gegen das bolivianische Volk während der vorherigen Regierungen verübt wurden, müssen wir die Kollektivierung der Aufgaben von Sicherheit und Recht anstreben. Im Rahmen der konstitutionellen Normen muß sich jeder Bürger für die Wiederherstellung der Rechtskräftigkeit des Gesetzes und der öffentlichen Sicherheit verantwortlich fühlen und an ihr teilhaben.

4. Über die neue Wirtschaftspolitik

4.1. Beibehaltung und Perfektionierung des Prinzips der kollektiven und solidarischen Arbeit bezüglich der Definition und Anwendung der Wirtschaftsmaßnahmen und -reglementierungen, die erlassen wurden, und denen, die noch in Zukunft erlassen werden. Sie konsolidieren die weitergehenden Eroberungen wie gleitende Löhne, staatliche Devisenlenkung und "Entdollarisierung" der Wirtschaft.

5. Über das Ministerkabinett

5.1. Innerhalb der 100 Tage, die vom Präsidenten zur Erfüllung des ersten Abschnittes der neuen Wirtschaftspolitik gegeben wurden, muß das Ministerkabinett neu gebildet werden, wobei die Ministerien respektiert werden müssen, die jeder Partei zugewiesen wurden. Dieses Programm der Kurskorrektur des Prozesses wird dadurch erfüllt und garantiert.

Die ersten Reaktionen auf die politische Krise der UDP und die Position des MIR waren zusammengefaßt folgende: Die COB und die CSUTCB drückten ihre Besorgnis über die politische Krise aus, die die demokratischen Eroberungen aufs Spiel setze, und forderten eine Lösung, die eine Vertiefung des allgemeinen Prozesses erlaubt. Damit schienen sie die Vorschläge des MIR indirekt zu unterstützen.

Die Vereinigung der Privatunternehmer, die reaktionäre Presse, MNR und ADN nutzten die Situation, um die Unfähigkeit der Linken anzuprangern, den demokratischen Prozeß zu festigen. Sie kritisierten den MIR als unnachgiebig und unverantwortlich. Die radikalere Linke wie PS 1 in Übereinstimmung mit der COB stellte fest, daß für die UDP ein entscheidender Moment gekommen sei. Nun müsse die UDP entweder hinnehmen, daß sie sich weiter nach rechts entwickelt, was das Ergebnis einer Vereinigung der MNRI mit der MNR wäre und eine Isolierung der linken Kräfte bedeuten würde. Oder sie radikalisiert sich in der Form, daß sie im öffentlichen Sektor entscheidendere Schritte zu Gunsten der Arbeiter trafen, wobei die Bourgeoisie stärker zurückgedrängt werden würde.

Die Ablehnung der Vorschläge des MIR von Seiten des MNRI, die Reaktionen der anderen sozialen Sektoren, die Mobilisierung des MNR-Mittelbaus, der die totale Wiedervereinigung aller "movimientistas" (der Bewegung Angehörige) proklamierte, legen die Vermutung nahe, daß es sich ganz offensichtlich um eine Rechtswendung der Regierung handeln muß.

Es gibt jedoch andere Tatsachen, die das Panorama verwirren und dieser ersten Interpretation widersprechen. Die erste ist, daß das neue Kabinett von Siles Zuazo diesen "Rechtsrutsch" nicht widerspiegelt. Von den neuen Ministern gehören 3 dem MNRI an, von denen wiederum einer, Javier Torres Goitier, als PCB-Sympathisant bekannt ist. Auch von den anderen drei "unabhängigen" Ministern soll einer zum PCB hin tendieren, und ein anderer, Flavio Machicado, war ökonomischer Berater der COB und kandidierte unter der Regierung von W. Guevara für die Vize-Präsidentschaft.

Bis jetzt hatte der PCB eine abwartende und schweigende Haltung gegenüber der Krise eingenommen - eine Haltung, die viele als Angst davor interpretierten, ebenfalls aus der Regierung hinausgeworfen zu werden. Ohne Zweifel agiert der PCB im Unterschied zu MNRI und MIR auf der Basis eines internationalen Horizontes. Sein Handeln wird durch die Kontinental- und Weltpolitik der Sowjetunion und der Notwendigkeit, sich nicht von seiner proletarischen Basis zu entfernen, vorherbestimmt.

In den letzten Wochen haben nun die unterschiedlichen Sektoren der öffentlichen bürgerlichen Meinung, wie die einflußreiche Wochenzeitung IPE und sogar die katholische Tageszeitung "Presencia" eine fruchtbare antikommunistische Propagandakampagne gestartet. Sie denunziert die wachsende Repräsentation des PCB in allen staatlichen Sektoren, und bezeichnet die Gruppe "Siglo XX" (eine Gruppe von radikalisierten Intellektuellen, die mit der kubanischen Regierung sympathisiert. Sie ist erst in den letzten Jahren in den MNRI eingetreten, dort wurde sie zur "Vertrauensmännergruppe" des Präsidenten) als Komplizin in dieser Politik der wachsenden kommunistischen Einflußnahme. Die Evidenz dieses Einflusses werde in der, von der Regierung entwickelten internationalen Politik deutlich, die eine Annäherung an die PLO, Nicaragua und Kuba impliziert. Die Rechten sind der Ansicht, daß die Blockfreien Verbindungen zu "Kapital und Direktorien der Finanzwelt", die doch für die Überwindung der Krise unentbehrlich seien, verhindern würden. Sie sagen: "Das Gefährlichste ist eine Zunahme der 'Utopie'-Anhänger, die planen, den IWF mit Hilfe der Allianz mit Moskau und Havanna zu zerstören" und für die sich der MIR nun plötzlich in "den gesündesten und aufrichtigsten Teil der Regierung" verwandelt hat, der "ausgeschlossen wurde." (IPE, 24.1.83)

Zu all diesem kommt noch die spektakuläre Auslieferung von Klaus Altmann alias Barbie an die französischen Behörden, die der bolivianischen Regierung ein eher linkes Image verlieh.

In Anbetracht der unterschiedlichen Aspekte der Krise und unter Berücksichtigung des neuen Kurses, den die Regierung einschlägt, ist es sehr schwer, von einem Rechts- oder Linksrutsch der UDP zu sprechen. Es gibt Beobachter, die meinen, daß es sehr folgerichtig sei, daß die UDP auf nationaler Ebene nach rechts schwenke und sich in der Außenpolitik radikalisiere. Dies schlägt sich in der Koexistenz einer Tendenz zur Wiedervereinigung des MNR und einem PCB nieder.

Es ist ja bekannt, daß gerade bezüglich der bolivianischen Politik politische Analysen nicht ausreichen, um zukünftige Ereignisse vorherzusehen. Abrupte Wendungen sind das Charakteristische der bolivianischen Geschichte. Sicher ist nur, daß zumindest die Arbeiter und das Volk, die in der COB und CSUTCB organisiert sind, für die Verteidigung und die Vertiefung der demokratischen Eroberungen kämpfen werden.

Résistance und bolivianischer Widerstand gemeinsam gegen Barbie/Altmann

Als Klaus Altmann 1964, dem Jahr in dem der rechte General von US Gnaden, Barrientos, sich in Bolivien an die Macht putschte, in eine schmucke Villa mit Garten an der calle Abdon Saavedra mit herrlichem Blick auf La Paz zieht, ist dies merkwürdig in mehrfacher Hinsicht.

Einmal ist Vermieter und Eigentümer Mario Torres, der nicht etwa zu der Clique der rechten Militärs gehört, sondern zu den Führern der Minengewerkschaft des Juan Lechin und der MNR (nationalrevolutionären Bewegung) bzw. sogar deren linken Abspaltung PRIN. Zum anderen hat Altmann die Villa nicht requirieren lassen, wie dies mit dem Besitztum exponierter Mitglieder der PRIN durchaus möglich gewesen wäre, nachdem das Militär an der Macht war, sondern ganz im Gegenteil hat Torres Altmann seine Villa überlassen, um sie dadurch vor der Beschlagnahme zu retten. Denn der Ex-Minister für Minen und Öl in der vorangegangenen MNR-Regierung war ein Freund Altmanns. Schon damals war einer der Führer der MNR und bis 1960 sogar Präsident Boliviens Siles Zuazo, der seit Oktober 1982 wieder Boliviens gewählter Präsident ist. Altmann war also nicht nur Berater, Planer und vielseitiger Helfer, der "Don Klaus", der faschistischen Militärs in Bolivien, sondern er unterhielt auch über Jahrzehnte beste persönliche und geschäftliche Beziehungen zu hohen Funktionären der MNR. Die wußten, daß er ein deutscher Nazi war, aber sie kannten nicht seine Identität als "Barbie".

Erste solche Kontakte Altmanns stammen aus der Zeit seiner Ankunft in Südamerika im Jahre 1951, als er in dem Buenos Aires der Regierung Peron auf die Bolivianer traf, die dort im Exil lebten und die Revolution in Bolivien vorbereiteten.

Derselbe Barbie, der in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland noch im Dienste des US-Geheimdienstes CIA mit einem Monatslohn von 1 700 Dollar gestanden und dem der Dienst den Fluchtweg nach Bolivien geebnet hatte, macht sich ideologische Gemeinsamkeiten zwischen deutschen Nazis und linken Südamerikanern zunutze, u.a. den Haß gegen den US-Imperialismus.

Unter der Regierung des MNR-Präsidenten Siles Zuazo erhielt Altmann 1957 auch vorzeitig die bolivianische Staatsbürgerschaft. Die guten Verbindungen in alle Richtungen sind wohl auch der Grund, warum Altmann nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch den Präsidenten Zuazo im Oktober 1982 nicht sofort und noch rechtzeitig nach Argentinien oder Paraguay geflohen ist wie seine Putschkameraden, die Kokain-Militärs Arce Gomez und Garcia Meza. Noch auf dem Weg zum Militärflughafen von La Paz letzte Woche, ja noch in der bolivianischen Militärmaschine auf dem Flug von La Paz nach Cayenne in französisch Guyana glaubte Altmann, er werde nach Miami gebracht.

Umso erstaunlicher ist die Ausweisung Altmanns nach Frankreich durch die Regierung des MNRI-Präsidenten Siles Zuazo. Sicher, es waren auch die hohe Politik, das Bemühen, das Ansehen der demokratischen Regierung zu heben, vielleicht auch wirtschaftliche Interessens - weniger wohl die besseren juristischen Argumente - die die Ausweisung Altmanns durch die sozialistische Regierung Boliviens an die sozialistische Regierung Frankreichs möglich machten. Aber auch persönliche Beziehungen und Erfahrungen von Mitgliedern beider sozialistischer Regierungen spielten eine entscheidende Rolle. Und das hat Altmann wohl übersehen:

Nicht nur, daß der französische Botschafter Raymond Césaire nach dem Putsch von 1980 dem damals gerade neu gewählten, jetzigen Präsidenten Siles Zuazo geholfen hatte, nach Lima zu kommen. Auch nicht nur, daß auf Betreiben der französischen Regierung der Vorsitzende der Gewerkschaft (COB) Genaro Flores schwer verletzt aus dem Gefängnis in Bolivien freikam, wo ihn die Militärs nach dem letzten Putsch zu Tode gefoltert hätten, und sogar nach Paris zur ärztlichen Behandlung ausreisen konnte. Sondern vor allem war Paris seit Jahren das Zentrum für politische Flüchtlinge aus Lateinamerika. Auch zahlreiche Bolivianer hatten hier Zuflucht gefunden, während sich in ihrer Heimat die Militärdiktaturen ablösten, so z.B. die MIR-Führerin Gloria Ardaya. Sie arbeiteten in Solidaritätskomitees zusammen mit französischen Sozialisten und Kommunisten, sie demonstrierten auf der Straße gegen die Militärregime in ihrer Heimat und es entstanden häufig sehr enge persönliche Beziehungen.

U.a. ist die Frau des französischen Staatspräsidenten Mitterrand an hervorragender Stelle in der Solidaritätsbewegung engagiert. Und der Berater der französischen Regierung in Sachen Lateinamerika ist Régis Debray, ein compagne von Che Guevara. Debray ist wegen seiner Veröffentlichungen über das Leben im Untergrund Lateinamerikas in der Linken umstritten. Er war es aber der in besonderer Mission in den letzten Wochen in La Paz war und dort selbst vor Ort die Verhaftung und Auslieferung Altmanns betrieben hat. Noch vor der Ausweisung Altmanns erklärte sein Rechtsanwalt Constantino Carrion in einer Pressekonferenz in La Paz, Régis Debray sei der Ursprung allen neuen Ärgers für seinen Mandanten. Und der Anwalt machte Debray verantwortlich für den Tod von 220 bolivianischen Soldaten und 7 Offizieren, die im Kampf gegen die Guerilla Che Guevaras gefallen sind. Der Anwalt meinte, eine andere Bolivianische Regierung könnte die Auslieferung Debrays von Frankreich wegen dieser Taten verlangen.

Außerdem hat Altmann wohl etwas zu schnell verdrängt, in welchem Maße er selbst an Folter und Mord des letzten Militärregimes der Kokain-Mafia beteiligt gewesen ist.

Der Putsch unter Führung des Obersten Arce Gomez hatte im Sommer 1980 mit dem Überfall der paramilitärischen Banden auf die in der Gewerkschaftszentrale in La Paz versammelten demokratischen Führer begonnen. Einige wurden getötet und die anderen gefangengenommen. Unter den Getöteten der junge charismatische Führer der linksradikalen Partei PS-1, Quiroga Santa Cruz. Und noch am 15. Januar 1981 hatten Paramilitärs und die Sicherheitskräfte des berüchtigten Innenministers Gomez eine Versammlung von Führern der MIR überfallen. Drei von ihnen wurden auf der Stelle ermordet und die anderen in der Haft bestialischer Folter unterworfen, an der bis auf Gloria Ardaya alle anderen gestorben sind. Diese paramilitärischen Banden waren nach dem Vorbild der deutschen SA und SS von Altmann und seinen Freunden aufgestellt worden, die Sicherheitskräfte hatte Altmann selbst in der Anwendung der Verhörs- und Foltermethoden unterwiesen, die er als Barbie in Lyon schon praktiziert hatte.

Die Festnahme der MIR-Führung in Sopocachi im La Paz von 1981 und Folter und Mord an den Gefangenen aus dem bolivianischen Widerstand haben ihre Parallelen in der Festnahme der Führung der Résistance um Jean Moulin und deren Folter im Lyon von 1943.

Der Vizepräsident Boliviens ist heute Jaime Paz Zamora. Ein Mann, der gezeichnet ist von schweren Verbrennungsnarben, die er bei einem von Paramilitärs 1978 verübten Flugzeugattentat erlitten hatte. Er ist Vorsitzender der MIR. Nach der Verhaftung Altmanns äußerte er sofort: "Ich glaube, diesmal wird Barbie/Altmann sich nicht wieder erfolgreich entziehen." Die MIR ist Teil der linken Regierungskoalition Boliviens. Sie will sich bewußt und offen absetzen nicht nur von den Militärregimen der Vergangenheit, sondern auch von Korruption, Machtmißbrauch und Vetternwirtschaft früherer gewählter MNR-Regierungen. Die MIR will die moralische Erneuerung, den Bruch mit dieser Vergangenheit. Aus Protest gegen die ihrer Meinung nach allzu große Zurückhaltung einiger Minister der mitregierenden MNRI bei der Verfolgung und Bestrafung der früheren kompromittierten Machthaber und deren Helfer hatte die MIR ihre Minister bis auf Paz Zamora im Januar dieses Jahres aus der bolivianischen Regierung zurückgezogen. Zur Ausweisung Barbie/Altmanns nach Frankreich hat die MIR erklärt: "Wir haben auch unseren Jean Moulin. Das sind die Gewerkschafter und Politiker, die getötet und gefoltert worden sind von solchen wie Barbie".



ARGENTINIEN

Wirtschaftskrise und soziale Not

Die anhaltende Wirtschaftskrise hat sich auch im vergangenen Jahr weiter verschärft. Die sozialen Auswirkungen der Krise mit Reallohnabbau und steigender Massenarbeitslosigkeit zeigen sich exemplarisch daran, daß immer mehr Volksküchen eingerichtet werden müssen, wo nicht nur Arbeitslose, sondern auch Arbeiter und Angehörige der Mittelschicht oft ihre einzige warme Mahlzeit erhalten. Die argentinische Tageszeitung EL CLARIN veröffentlichte eine Reportage über die Volksküchen, die wir auszugsweise abdrucken.

VOLKSKÜCHEN UND ARMUT

"Zuerst machten wir es der Kinder wegen", erklärte Pater Gino Cardenal; dabei weist er auf einen einfachen EBsaal hin, in dessen Ecken vier große Töpfe mit Maisbrei kochen. "Eines Tages merkten wir aber, daß die Mütter der Kinder auch hungrig waren; was sollten wir machen? Wir können sie nicht einfach so gehen lassen. Zur Zeit essen bei uns ca. 350 Leute pro Tag, Erwachsene und Kinder. Die Männer kommen nicht her; manchmal bringen sie ihre Kinder, bleiben aber doch weit entfernt, als würden sie sich schämen."

Viele sind Arbeitslose, Betroffene der Politik, die zur Rezession und zur Vernichtung der Arbeitsplätze geführt hat. Andere sind berufstätig: "Ja, ich arbeite. Meine Kinder bleiben bei einer Nachbarin, während ich mich als Aushilfe auf dem Markt betätige", erklärt uns Margarita Pérez, die mit ihren drei Kindern zur Volksküche in der Medalla Milagrosa-Gemeinde kommt. Ihr Gesicht strahlt dennoch Mut aus. "Ja, trotz meiner Arbeit reicht das Geld nicht zum Essen. Das ist unser einziges Essen am Tag." Dazu meint Faustina Pérez: "Wer das nicht selbst erlebt hat, kann sich unsere Verzweiflung durch die Unterernährung unserer Kinder, die zu Krankheiten führt, gar nicht vorstellen." Die Volksküchen sind ein Ausweg, den viele Priester der betroffenen Gemeinden gefunden haben. "In vielen Ortschaften reicht das normale System der kirchlichen Hilfe für diesen Notzustand nicht mehr aus", erklärt Pater José Andrés, Vikar der Sozialaktion und Koordinationssekretär der Bischöflichen Solidaritätsgesellschaft von Quilmes. "In vielen Gemeinden von 300 bis 400 Gläubigen half man 10 bis 12 Familien, plötzlich merkten wir, daß die Zahl der Bedürftigen auf 200 stieg."

Die Kirche Unserer Lieben Frau liegt an einer ungepflasterten Straße zwischen einfachen Häusern und alten Bäumen. "Nie war das ein Elendsviertel", sagt Pater Cardenal. "Die Leute arbeiteten in Fabriken, die bankrott machten. Schon seit einem Jahr ist die Situation unerträglich. Seit Dezember (1981) essen bei uns täglich fast 300 Kinder. Eltern, die 6 bis 7 km entfernt wohnen, holen sich täglich die Ration für ihre Kinder. Wir staunen über das soziale Bewußtsein der Leute; sie sind verständnisvoll und wollen anderen trotz ihrer Armut helfen."

"Ich sehe meinen Mann kaum; er sieht unsere Kinder fast nie", erklärt Rosa Peyra. "Seit vier Monaten geht er ganz früh morgens in die Stadt. Er läuft hin, da das Geld für den Bus nicht reicht. Abends kommt er erschöpft heim. Aber oft reicht sein Lohn nicht aus. Er arbeitet als Angestellter, aber oft mußten wir

mit den Kindern hierher kommen, weil sein Gehalt so niedrig ist."

Denn das Sinken der Löhne und die steigende Arbeitslosigkeit wirkten auf die Gesundheit und die geringen Mittel der Familien, bis sie nichts mehr besitzen. Pater Cardenal sagt: "Eine ganze Familie, die seit sechs Monaten arbeitslos ist, mußte ihre ganzen Möbel verkaufen, bis auf den Kühlschrank."

Die Krise betrifft auch die Mittelschichten. Zu denen gehören viele, die die Volksküche der Gemeinde Reginae Martyrum besuchen. Sie liegt im Stadtteil Congreso in der Innenstadt. Hier muß man die Schwierigkeiten, die Anonymität der Großstadt dazurechnen. Man ist schweigsamer, die Hoffnung fast noch geringer. Jeder bekommt einen Platz, nachdem er seine Nummer vorzeigt. Eine solche Nummer bekommt nur, wer beweisen kann, daß er absolut keine Mittel mehr hat. Ein großer Teil bleibt draußen, da nur 35 Plätze in jeder der zwei Schichten zur Verfügung stehen.



Kinder in einer Volksküche in Buenos Aires

"Ich bin gesunken, gesunken", sagt Pablo Martínez, ein 35jähriger Mann, der viel älter wirkt. "Ich hätte nie gedacht, daß ich so tief unten sein könnte. Immer arbeitete ich gut. In Miramar besaß ich ein Dekorationshaus, das ich durch einen Betrug verlor. Meinen ganzen Besitz habe ich verkauft. Dennoch dachte ich, daß ich aus dieser schwierigen Lage wieder herauskommen würde. Es ist mir nicht gelungen. Ich erkrankte und mußte in die Großstadt ziehen. Ich kam mit 4-5 Millionen nach Buenos Aires, aber das Geld habe ich für Medikamente ausgegeben. Hier fand ich auch keine Arbeit. Schließlich befand ich mich da, wo ich jetzt bin. Ich esse hier und schlafe auf den Plätzen im Freien. Das Schlimmste ist, daß man in diesem Zustand immer weiter runtersinkt. Ich kleide mich schlecht; so habe ich keine Möglichkeit, Arbeit zu finden. Und da ich keine finde, kann ich mich nicht besser kleiden. Meine Tasche liegt im Schließfach von Constitución, aber jetzt müßte ich sicher 500 000 Pesos zahlen, um sie abzuholen."

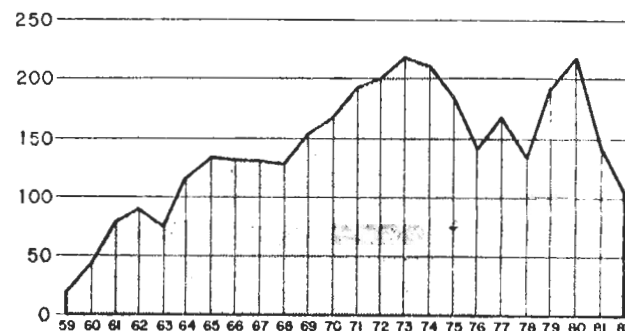
Das Schicksal von Antonio Gonzales verlief ähnlich. Der 40jährige Mann aus Corrientes ißt ebenfalls in Reginae Martyrum. "Alles begann mit dem Tod meiner Frau 1977. Sie litt an einer unheilbaren Krankheit. Dabei gingen unsere ganzen Mittel zu Ende. Ich hoffe, wieder arbeiten zu können. Ich bin Elektriker und habe immer gut gearbeitet." Nach einigen Jahren in anderen Städten geht er nach Buenos Aires, wo er früher schon gearbeitet hatte. "Ich hatte 12 Millionen in der Tasche. Ich wollte davon leben, bis ich eine Arbeit finden würde. Doch alle Firmen, die mich kannten, hatten geschlossen. Ich mußte meine Wohnung aufgeben und mietete ein Zimmer in einer Pension. Das einzige, was ich nach vielem Suchen fand, ist eine Arbeit als Putzhilfe am Bahnhof Retiro. Doch das Geld reichte nicht zum Essen. Dadurch habe ich abgenommen, fühlte mich schwach und erkrankte. Das war der Anfang vom Ende. Jetzt besitze ich überhaupt nichts mehr."

DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG 1982

Die beschriebene Verelendung muß auf dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise gesehen werden, die auch 1982 zu weiteren Bankrotten und einer Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Besonders stark betroffen sind Lohnabhängige und Arbeitslose von der Inflation, die bis November 1982 auf 204,6% angestiegen ist. Dies ist die höchste Inflationsrate seit 5 Jahren. Der Preisanstieg wird dabei keineswegs durch die Lohnerhöhungen ausgeglichen, die immer unter der Inflationsrate liegen.

Von der Krise ist vor allem die verarbeitende Industrie betroffen, die auf Absatz in Argentinien selbst angewiesen ist. Dies zeigt sich besonders deutlich an der Automobilindustrie, die einer der wichtigsten Industriezweige des Landes

PRODUKTION VON AUTOS
(in Tausend)



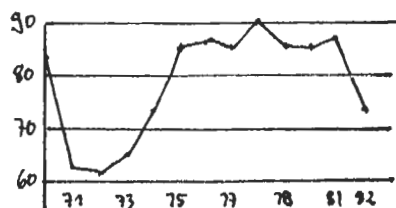
ist. 1982 fiel die Auto-
produktion gegenüber dem
Vorjahr um ein Viertel,
gegenüber 1980 sogar um
die Hälfte. Zeitweise
legten die großen Auto-
produzenten die Produk-
tion still, schick-
ten die Arbeiter mit
Lohneinbußen in Zwangs-
urlaub und entließen
Beschäftigte, weil die
Produktionskapazität
teilweise nur noch zu
ca. 50% ausgenutzt wird.
Auch für die nächsten
Monate haben die Auto-
konzerne weitere Pro-
duktionsschließungen
und Entlassungen an-
gekündigt: VW will 200

Beschäftigte entlassen. Zusätzlich sollen Beschäftigte freiwillig vorzeitig in den Ruhestand treten; aber in den Fabriken in San Justo und Monte Chingolo, wo 3 200 Menschen arbeiten, haben sich dazu nur 5 Beschäftigte bereiterklärt, da unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum jemand bereit ist, seinen Arbeitsplatz aufzugeben. Ende Januar demonstrierten deshalb die Beschäftigten von VW vor dem Arbeitsministerium, um die angekündigten Entlassungen zu verhindern. Der Rückgang des Autoverkaufs ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß ein billiger Wagen ca. 350 Millionen Pesos kostet; das entspricht dem Jahreslohn eines gutbezahlten Angestellten.

Im Gegensatz zu der schrumpfenden Industrieproduktion gibt es in der Landwirtschaft eine Rekordgetreideernte. Allerdings sind die Getreidemärkte weltweit sehr gut, so daß die Weltmarktpreise für Weizen sinken. Hauptabnehmer des argentinischen Getreides mit 61% des gesamten Getreideexports ist wieder die Sowjetunion.

Auch die Fleischexporteure sind von den sinkenden Weltmarktpreisen betroffen: zwischen Januar und Oktober stieg die Rindfleischausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 15%, gleichzeitig sanken aber die Exporterlöse von 660 auf 594 Mio \$. Wegen überhöhter Schlachtungen und Überschwemmungen sank der Viehbestand soweit ab, daß sich die Fleischpreise im Inland erheblich verteuerten und eine akute Fleisch-

FLEISCHVERBRAUCH
pro Kopf der Bevölkerung in kg



tärdiktatur. Aber 1982 kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den Landwirtschaftsverbänden um die Währungspolitik. Der rasante Verfall des Pesokurses, der die Importe stark verteuerte und damit auch die Inflation anheizte, führte zu einer Entscheidung des Wirtschaftsministers, diesen Kurs zu spalten in einen Handels- und in einen Finanzkurs. Während sich der Finanzkurs frei einpendelte, wurde der Handelskurs künstlich hochgehalten, um die Importe nicht zu verteuern. Damit aber sanken die Einnahmen der Exporteure, die zum offiziellen Handelskurs tauschen mußten. So lag z.B. am 2. September der Finanzkurs bei 38 950 Pesos pro Dollar, der Handelskurs dagegen bei "nur" 24 790 Pesos. Die Landwirtschaftsproduzenten griffen zu einem probaten Mittel: sie schmuggelten einen großen Teil des Getreides und des Schlachtviehs in die Nachbarländer. Dadurch sparten sie Steuern und konnten ihre Dollars - wenn sie sie nicht gleich im Ausland ließen, - zum Schwarzmarktkurs von über 50 000 Pesos pro Dollar eintauschen. Durch den Schmuggel sank der "normale" Export im Juni auf die Hälfte der durchschnittlichen Menge. In diesem Konflikt gab der Wirtschaftsminister nach, wertete den Handelspeso ab und vereinigte die Kurse wieder auf einem sehr niedrigen Niveau.

Dieser Kursverfall verschärft auch das Verschuldungsproblem Argentiniens. Die Auslandsverschuldung liegt derzeit bei 43 Mrd. \$. Zwar hat Ende letzten Jahres Argentinien mehrere Kredite für Umschuldungsmaßnahmen erhalten (vgl. LN 111), aber die können das Problem nicht lösen, sondern verschärfen es letztlich wegen der Kurzfristigkeit der Kredite und der hohen Zinsen. Der STERN hat ausgerechnet, daß Argentinien 1983 153%(!) seiner Exporterlöse brauchen würde, um dem Schuldendienst nachzukommen. Zusätzlich ist der stand-by-Kredit des IWF mit Auflagen verbunden, die eine Sparpolitik fordern, was Entlassungen im staatlichen Sektor, Kürzung der Sozialausgaben und eine restriktive Lohnpolitik mit Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate bedeutet. Dies wird zu einer weiteren sozialen Verelendung und auch zu erheblichem Widerstand seitens der Gewerkschaften führen.

Das Militärregime hat auch wegen der Wirtschaftskrise, die es mit seiner neoliberalen Politik produziert hat, und die es jetzt nicht in den Griff bekommt, ein Interesse daran, die direkte Verantwortung für die Regierung an die zivilen Parteien abzugeben. Diesen Parteien hinterläßt es damit aber eine schwere Hypothek, von der noch vollkommen unklar ist, wie die Parteien sie beseitigen wollen. Ohne eine durchgreifende Veränderung des Wirtschaftssystems - die aber von keiner Partei ernsthaft angestrebt wird - werden auch die Parteien letztlich den Forderungen des IWF folgen müssen und damit soziale Konflikte provozieren. Nicht nur Schwarze befürchten, daß diese Konflikte wiederum mit Hilfe des Militärs nach einer gewissen Übergangszeit unterdrückt werden werden.

verknappung auftrat. Deshalb wurde zeitweise vom damaligen Wirtschaftsminister Dagnino Pastore der Verkauf von Fleischgerichten in Restaurants an zwei Wochentagen untersagt - und das in einem Land mit einem traditionell sehr hohen Fleischverbrauch. Das Sinken des Fleischverbrauchsindex ist gleichzeitig ein Zeichen für die Verschlechterung der sozialen Lage.

Die großen Landwirtschaftsproduzenten und -exporteure gehörten in den letzten Jahren zu den mächtigsten Stützen der Militä-

familiares de desaparecidos y detenidos por razones políticas

SOLICITADA

A LA OPINION PUBLICA

- La existencia de sepulturas de N.N. pertenecientes a **DETENIDOS-DESAPARECIDOS**, sobre cuyo destino ni la Justicia ni el Ministerio del Interior dieron noticias a sus familiares desde el año 1976, es una trágica realidad que nos afecta.
- Es también una trágica realidad la existencia de detenidos-desaparecidos en **CARCELES ILEGALES** reveladas por la aparición de detenidos-desaparecidos en el territorio argentino. Los "aparecidos" fueron liberados en algunos casos en forma individual, en otros en forma grupal, provenientes de lugares donde había más personas en la misma situación.
- Ante ambos hechos, **Familiares de Desaparecidos y Detenidos por Razones Políticas**
 - **EXIGE LA INVESTIGACION DE LAS DENUNCIAS SOBRE LAS PERSONAS SEPULTADAS COMO N.N. EN DIVERSOS CEMENTERIOS, SU IDENTIFICACION, EL ESCLARECIMIENTO DE LOS RESPONSABLES Y EL CASTIGO DE LOS CULPABLES.**
 - **URGE LA APARICION CON VIDA Y LA LIBERTAD DE LOS DETENIDOS-DESAPARECIDOS QUE ESTAN PASANDO AÑOS DE INHUMANO SUFRIMIENTO.**
 - **PORQUE NUESTROS HIJOS, NIETOS, ESPOSOS, PADRES, HERMANOS, SON MILES DE CIUDADANOS QUE PERFECTAMENTE IDENTIFICADOS FUERON DETENIDOS CON VIDA, EN SUS HOGARES, LUGARES DE ESTUDIO O TRABAJO, EN LA VIA PUBLICA CON TESTIGOS, ETC. POR "FUERZAS DE SEGURIDAD", Y CONFORMARON ASI LA LARGA LISTA DE LOS DETENIDOS-DESAPARECIDOS.**
 - **EXIGIMOS QUE IMPERE LA VERDAD Y LA JUSTICIA SOBRE LOS HECHOS DE BARBARIE QUE HAN ASOLADO NUESTRO PAIS.**

Una vez más solicitamos a los partidos políticos, entidades religiosas, laborales, profesionales, estudiantiles, vecinales, etc., se pronuncien con urgencia en torno de nuestras demandas, como condición indispensable para transitar el camino hacia la recuperación democrática del país. Esta Solicitada ha sido solventada con la recaudación de "Canciones y Poemas para el Reencuentro", prohibida el 4-10-1982.

Buenos Aires, 12 de Noviembre de 1982

Wir bitten noch einmal die Parteien und die religiösen, gewerkschaftlichen, studentischen und mchbarlichen Organisationen, sich dringlich hinter unsere Forderungen zu Landes ist.

Angehörige von Verschundenen und politischen Gefangenen

AN DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG

* Die Existenz von anonymen Gräbern von Verhaftet-Verschundenen, über deren Schicksal weder die Justiz noch das Innenministerium Auskunft gaben, ist eine tragische Realität, die uns sehr betrifft.

* Eine weitere trgische Realität ist die Existenz von Verhaftet-Verschundenen in illegalen Lagern, die durch das Auftauchen von Verhaftet-Verschundenen in Argentinien enthüllt wurde. Die "Aufgetauchten" wurden in einigen Fällen individuell freigelassen, in anderen in Gruppen; sie kommen aus Orten, an denen es weitere Menschen in der gleichen Situation gibt.

* Angesichts dieser Tatsachen

- verlangen die Angehörigen der Verschundenen und politischen Gefangenen eine Untersuchung der Anzeigen über anonym begrabene Leichen in den verschiedenen Friedhöfen, ihre Identifizierung, die Aufklärung der Verantwortung und die Bestrafung der Schuldigen.
- drängen sie auf das lebendige Wiederauftauchen und Befreiung der Verhaftet-Verschundenen, die jahrelang unmenschlich gelitten haben.
- Denn unsere Söhne, Enkel, Gatten, Eltern, Geschwister sind tausende von Bürgern, die vollkommen identifiziert lebendig aus ihren Häusern, Arbeits- oder Studienorten vor Zeugen von "Sicherheitskräften entführt wurden und damit die lange Liste der Verhaftet-Verschundenen bilden.
- WIR VERLANGEN, DASS DIE WAHRHEIT UND DIE GERECHTIGKEIT OBER DIE BARABAREI, DIE UNSER LAND VERWOSTET HAT, DEN SIEG DAVON-TRAGEN.

Wir bitten noch einmal die Parteien und die religiösen, gewerkschaftlichen, studentischen und mchbarlichen Organisationen, sich dringlich hinter unsere Forderungen zu Landes ist.

Angehrige der immer dringlicheren Nachfragen nach dem Schicksal der Verschundenen, hat sich im Januar der berüchtigte Repressionsgeneral CAMPS in einem Interview mit einer mexikanischen Zeitschrift geäußert. Camps erklärte, es gäbe keine lebendigen Verschundenen mehr. Selbstherrlich erklärte er: "Ich übernehme die volle Verantwortung für die 30 000 Männer, die ich im Kampf geführt habe. Die Regierung muß stolz sein und öffentlich die Verantwortung für alle ihre Handlungen übernehmen... Alle Handlungen gegen die Subversion geschahen immer auf Anweisung der höchsten militärischen Autoritäten, auch wenn wir oft in Zivil auftreten mußten".

BRD-ARGENTINIEN

Strafanzeige gegen Genscher

Jahrelang haben die Angehörigen von Verhaftet-Verschwundenen und Solidaritätskomitees Bundesaußenminister Genscher vergebens aufgefordert, sich energisch für die tausenden Verschleppten in Argentinien, und besonders für die 60 deutschen und deutschstämmigen Entführten einzusetzen. Da seine "stille Diplomatie" zu keinem Erfolg führte (vgl. LN 111) und er sich weigerte, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, sieht nun Rechtsanwalt von Wedel den Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung als gegeben an und hat im Auftrag von zwei Familienangehörigen Strafanzeige gegen Genscher erstattet. Wir dokumentieren Auszüge aus der Strafanzeige.

"Strafanzeige gegen Herrn Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister, und andere Beamte des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft in Argentinien wegen unterlassener Hilfeleistung gemäß § 323 c (330c alter Fassung) StGB.

Die Angezeigten haben es unterlassen, den Ehemann bzw. Vater der Anzeigenden, Herrn Federico Jorge Tatter, nach seiner Festnahme durch argentinische Soldaten am 15.10.1976 in Buenos Aires die erforderliche und zumutbare Hilfe zu leisten. Das gleiche gilt hinsichtlich weiterer 59 Deutscher in Argentinien."

Nach der Entführung wurde die Deutsche Botschaft sofort informiert "und bat die argentinischen Behörden um Auskunft. Weitergehende Schritte unternahm sie jedoch ebenso wenig wie das Auswärtige Amt, das ebenfalls umfassend informiert wurde. Herr Tatter wurde nur auf eine Liste von Deutschen gesetzt, die den argentinischen Behörden zum Zwecke der Überprüfung übermittelt wurde."

Die Entführung durch argentinische Sicherheitskräfte wurde durch den Major Peyrano vom Nachrichtendienst bestätigt, der mit der Deutschen Botschaft bei der Suche nach den verschleppten Deutschen zusammenarbeitete. Er sagte: Was los ist, ist, daß verschiedene Gruppen gehandelt und einige Unvorsichtigkeiten begangen haben, so daß der Gefangene etwas gesehen hat und man ihn nicht freilassen kann, weil sie Zeugen einer unangebrachten Sache waren." Auch diese Aussage war kein Grund für die bundesdeutschen Beamten, sich verstärkt um den Fall zu kümmern.

"Trotz vielfacher Bitten, sich energischer einzusetzen, lehnt die Bundesregierung weitgehendere Schritte mit der Begründung ab, die stille Diplomatie sei die beste Methode der Hilfe.(...) Durch die "stille Diplomatie" ist jedoch, jedenfalls für die 60 genannten Deutschen, nichts erreicht worden. Dies gestehen sogar Mitglieder der Deutschen Botschaft in Argentinien zu."

In der strafrechtlichen Beurteilung stellt der Rechtsanwalt fest, daß bei diesem Verhalten alle Kriterien des Straftatbestands der unterlassenen Hilfeleistung gegeben sind: bei dem "Unglücksfall", der Herrn Tatter betraf, war Hilfe nötig und diese Hilfe war den Angezeigten zumutbar. Diese Hilfeleistung ist vor allem eine verfassungsrechtlich festgeschriebene Pflicht der Organe der Bundesrepublik. Außerdem muß dem Paragraphen zufolge Hilfe möglich sein. "Die Bundesrepublik un-

terhält gegenüber Argentinien diplomatische Beziehungen. Ihr stehen also alle völkerrechtlichen Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen und der ihrer Bürger zur Verfügung. Dies gilt für förmliche Proteste, Einschränkung und Abbruch der Beziehungen und alle anderen Mittel der Intervention, einschließlich von Repressalien und Sanktionen. Gegenüber Argentinien boten sich vor allem wirtschaftliche Maßnahmen an. Zwischen der Bundesrepublik und Argentinien bestehen umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen. So ist die argentinische Landwirtschaft auf den deutschen Markt angewiesen. Die argentinische Industrie ist besonders an der Lieferung technischer Anlagen, z.B. Atomreaktoren, interessiert. Hierzu sind Ausfuhrgenehmigungen und Exportbürgschaften erforderlich. Auch der argentinische Staatshaushalt ist auf deutsche Kredite angewiesen. So hat die Bank für internationalen Zahlungsausgleich der argentinischen Regierung einen Überbrückungskredit von 500 Mio \$ zugesagt. Dieser wird im wesentlichen von der Bundesbank aufgebracht (FAZ vom 27.1.1983). Vor allem ist die argentinische Regierung an der Lieferung von Kriegswaffen interessiert. So ist mit Genehmigung der Bundesregierung im Dezember 1982 die erste von vier zugesagten Fregatten für die argentinische Kriegsmarine geliefert worden. Die Bundesregierung hatte also die Möglichkeit, durch diplomatische, vor allem durch wirtschaftliche Mittel den Verschleppten zu helfen."

Während die Bundesregierung in diesem Fall den Einsatz derartiger Mittel ablehnt, hat sie "ihre wirtschaftliche Macht gegenüber Argentinien ohne Gefahr und ohne Verletzung bei Schutzpflichten gegenüber anderen Deutschen bei der britischen Intervention im Falklandkonflikt eingesetzt. Sie hat sich an den Wirtschaftssanktionen der EG gegenüber Argentinien beteiligt, obwohl die Interessen Deutscher nicht berührt waren."

Für den Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung ist es nötig, daß "bedingter Vorsatz" beim Täter vorliegt, der gegeben ist, "wenn der Täter es für möglich hält, daß durch seine Unterlassung der strafbare Tatbestand erfüllt wird und sich damit abfindet". (...) "Der angezeigte Hans-Dietrich Genscher kannte alle Tatumstände. (...) Als Außenminister kannte er insbesondere die Hilfsmöglichkeiten diplomatischer und wirtschaftlicher Natur, die gegenüber Argentinien eingesetzt werden konnten. Er wußte auch, daß er allein in der Lage war, die erforderlichen Kabinettsbeschlüsse zum Einsatz der bezeichneten Mittel zu veranlassen. Es muß schließlich angenommen werden, daß er sich der Pflicht bewußt war, deutschen Staatsangehörigen gegenüber dritten Staaten Schutz zu gewähren, wie sie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. (...) Die strafbare Handlung der Angezeigten dauert an. Es ist möglich, daß Herr Tatter und andere betroffene Deutsche noch leben und durch Eingreifen der Bundesregierung gerettet werden könnten. Da der angezeigte Außenminister Hans-Dietrich Genscher und die anderen Verantwortlichen durch Bitten und Aufforderungen nicht zu einem wirkungsvollen Vorgehen veranlaßt werden konnten, ist es erforderlich, sie gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen."

SPENDENAUFRAF

Gerade in der gegenwärtigen politischen Situation benötigen die

ARGENTINISCHEN MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN

dringend finanzielle Unterstützung, um ihre Bemühungen um die Verhaftet-Verschwundenen und Gefangenen verstärkt fortsetzen zu können.

Wir bitten um Spenden auf das Konto

FDCL, PSchA Berlin West, Kto. Nr. 17 69 66 - 104 oder

FDCL, Bank für Gemeinwirtschaft, Kto. Nr. 1617647300

Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

CHILE

Sozialismus à la Chicago?

Wirtschafts- und Finanzminister Lúders wurde nach nur sechsmonatiger Amtszeit ausgewechselt, wenige Tage, nachdem er von einer Reise zu US- und europäischen Banken zurückgekehrt war.

Kurz zuvor traten sowohl der Verteidigungs- wie der Außenminister zurück. Die Tatsache, daß Pinochet sein Kabinett schrittweise und nicht - wie zu erwarten gewesen wäre - in einem Zug umbildet, deutet kaum auf eine zusammenhängende strategische Konzeption des Generals.

Am 13. Januar dieses Jahres kündigte die chilenische Regierung die Liquidierung dreier Finanzinstitutionen sowie die Intervention weiterer fünf Banken an. Diese Maßnahme schlug ein wie eine Bombe. Sie offenbart nachdrücklich den von vielen Wirtschaftsfachleuten schon seit langem erkannten, von Vertretern und Anhängern des neoliberalen Monetarismusmodells immer wieder blauäugig in das Reich der Fantasie verbannten Bankrott der Volkswirtschaft Chiles. Auch diesmal behauptet das Team im Wirtschafts- und Finanzministerium wieder, die se wäre der letzte noch notwendige, staatliche Eingriff zur Sanierung des chilenischen Finanzsystems, doch erscheint dies mehr als unglauwbüdig, wurde dasselbe doch bei jeder der vorangegangenen Aktionen dieser Art - sie begannen mit der Intervention von vier Banken und ebensoviele Finanzgesellschaften im November 1981 - ebenfalls behauptet. Dazu muß man sich vor Augen halten, daß die betroffenen Banken, darunter die größten des Landes, allein 50% der Einlagen und 37% des Kapitals plus Reserven des gesamten Finanzsystems des Landes repräsentieren. Die Auswirkungen auf die chilenische Volkswirtschaft, in der die Banken als Zentrum der großen Konzerne eine übergeordnete Rolle spielen, kann man sich leicht ausmalen. Geschlossen werden Banco Hipotecario de Chile (BHC - wichtigste Bank des Vial - Konzerns), Banco Unido de Fomento (BUF - zum Cruzat-Konzern gehörend) und die Finanzgesellschaft CIGA. Das bedeutet nicht nur das Verschwinden dieser Institutionen aus dem chilenischen Finanzsystem, sondern vor allem auch den Verlust eines großen Teils bzw. des gesamten Kapitals für Einleger und Aktionäre. Für die intervenierten Banken (Banco de Chile, Colocadora Nacional de Valores, Banco de Concepción, Banco de Santiago, Banco Internacional) hat der Staat bis zum Jahresende eine Bürgschaft für die am Tag des Eingreifens, dem 13.1.1983, notiert waren. Wie die Regierung dieser Garantieverpflichtung nachkommen wird, bleibt abzuwarten; momentan scheint jedoch langfristig der erhöhte Einsatz der Gelddruckmaschinen der einzige Ausweg zu sein.

Über die nationalen Konsequenzen der staatlichen Maßnahme - die von Teilen der Rechten als Schritt auf dem Weg zum Etatismus, sprich Sozialismus, kritisiert wurde (!) - hinaus wird sie auch eklatante Auswirkungen auf die Beziehungen Chiles zum internationalen Finanzmarkt haben. Die betroffenen Banken vereinigen 56% der an chileni-

sche Privatbanken vergebenen Auslandskredite auf sich, das sind gut 4 Milliarden Dollar. Die politische Kurzsichtigkeit der derzeitigen Regierung wurde offenkundig, als der damals noch amtierende Wirtschafts- und Finanzminister Lúders lauthals verkündete, der chilenische Staat werde, da es sich um nicht verbürgte Kredite handle, nicht in die Bresche springen. Die Aufruhr in den Zentren des transnationalen Kapitals war groß, und wenig später beeilte sich Lúders zu versichern, die Regierung des Landes werde die Rückzahlung der Schulden dieser Privatbanken garantieren.

Nur wenige Tage später, am 19. Januar, erhielt Chile vom Internationalen Währungsfond (IWF) einen Stand-By-Kredit im Umfang von 882,5 Millionen Dollar, der auf zwei Jahre befristet ist. Vor dieser Entscheidung hatte es angesichts der Auslandsverschuldung von 18 Milliarden und dem Rückgang der internationalen Währungsreserven Chiles auf 2,45 Milliarden US-Dollar zwischen dem von der Militärregierung General Pinochets beherrschten Land und der internationalen Finanzinstitution ein fast viermonatiges Ringen und diese für das südamerikanische Regime überlebenswichtige Geldspritze gegeben. Sie bedeutet auch nichts anderes als eine Hinauszögerung der drohenden Zahlungsunfähigkeit Chiles, das sich damit anderen lateinamerikanischen Staaten wie Mexiko, Brasilien oder Costa Rica anschließen würde, indem es durch Umschuldungsverhandlungen seinen eigenen Bankrott eingestehen müßte.

Mitte Januar erhielt Chile vom Internationalen Währungsfond (IWF) einen Stand-by-Kredit im Umfang von 882,5 Millionen Dollar, der auf zwei Jahre befristet ist. Vor dieser Entscheidung hatte es angesichts der Auslandsverschuldung von 18 Milliarden und dem Rückgang der internationalen Währungsreserven Chiles auf 2,45 Milliarden US-Dollar zwischen dem von der Militärregierung General Pinochets beherrschten Land und der internationalen Finanzinstitution ein fast viermonatiges Ringen um diese für das südamerikanische Regime überlebenswichtige Geldspritze gegeben. Sie bedeutet auch nichts anderes als eine Hinauszögerung der drohenden Zahlungsunfähigkeit Chiles, das sich damit anderen lateinamerikanischen Staaten wie Mexiko, Brasilien oder Costa Rica anschließen würde, indem es durch Umschuldungsverhandlungen seinen eigenen Bankrott eingestehen müßte.

Der IWF-Kredit ist an einige Bedingungen geknüpft, die eine wachsende Besorgnis der transnationalen Kreditgeber über die Rückzahlungsschwierigkeiten einer steigenden Zahl von Schuldnerländern zum Ausdruck bringen. Während Wirtschafts- und Finanzminister Rolf Lúders - soeben von einem Trip durch Westeuropa zurückgekehrt - den 900-Millionen-Kredit als Besen versteht, mit dem er das Haus saubermachen will, spricht das chilenische Finanzsystem wieder in Ordnung bringen und damit bei der transnationalen Bank für neues Vertrauen sorgen, deutet nicht nur das lange Zögern des IWF daraufhin, daß sich Chile in nur wenigen Monaten wieder in einer vergleichbaren Situation um Mittel aus dem internationalen Kreditsystem wird bemühen müssen. Die chaotische Wechselkurspolitik seit August 1982 hat nicht nur nachträglich die Zuverlässigkeit des chilenischen Monetarismus noch mehr in Frage gestellt, sondern auch die jahrelang fast stagnierende Inflation - den Vorzeigerfolg der Junta - wieder aufleben lassen und damit zu immensem Preisanstieg geführt.

Eins ist völlig klar: für den Diktator Pinochet ist eine solche Kreditspritze im Moment unbedingt lebenswichtig. Die sich ständig verschlimmernde Wirtschaftskrise mit ihren katastrophalen Auswir-

kungen macht inzwischen vor keiner gesellschaftlichen Gruppierung mehr halt. Am härtesten sind, wie bei Krisen des kapitalistischen Systems üblich, die Arbeitnehmer betroffen. Die Arbeitslosigkeit, die während der gesamten Regierung der Militärs sehr hoch war, betrifft heute mehr als jeden Dritten Chilenen im arbeitsfähigen Alter, zählt man zu den 28% von Regierungskreisen ausgewiesenen Erwerbslosen noch die in der staatlichen Arbeitsbeschaffung PEM für einen Hungerlohn von umgerechnet etwa 60 DM pro Monat Beschäftigten (bei einem dem unsrigen vergleichbaren Preisniveau) und die vielen fliegenden Händler in den großen Städten hinzu, die faktisch ebenfalls arbeitslos sind. Viele Arbeiter, die noch eine Anstellung haben, sind Lohnkürzungen ausgesetzt. Die Verelendung in den Armensiedlungen wird immer offensichtlicher und viele Bewohner dieser Stadttrandviertel sind heute darauf angewiesen, die Ernährung in Gruppen aus mehreren Familien, den sog. "ollas comunes", wenigstens notdürftig zu sichern. Zudem entstehen zunehmend Gruppen von Arbeitslosen, die sich zur Lösung ihrer Probleme zusammenschließen, dabei aber ebenfalls kaum über die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse hinausgelangen.

Die nach der Freigabe des Dollarkurses, der jahrelang auf den Gegenwert von 39 chilenischen Pesos festgelegt gewesen war, ausgelöste rasante Anstieg der US-Währung bewirkte nicht nur einen bedeutenden Ausverkauf der staatlichen Reserven durch Kapitalflucht, sondern viel spürbarer einen inflationären Preisschub im Inland, der naturgemäß die ärmeren Bevölkerungsschichten wesentlich härter traf als alle anderen: nach offiziellen Angaben betrug die Inflationsrate zwischen September '81 und September '82 11,3%, während die Lebenshaltungskosten der unteren sozialen Schichten im gleichen Zeitraum um 19,6% anstiegen. Der 1982 durch die wirtschaftliche Rezession hervorgerufene, 15%ige Rückgang des Bruttosozialproduktes sowie die zur Verbesserung der Handelsbilanz um etwa 40% gesenkten Importe gehen zu Lasten der Nachfrage im Inland und bewirken eine Kürzung der Regierungsausgaben, des privaten Konsums und der Investitionen - gerade letzteres führte gemeinsam mit dem gleichzeitig durch die Rezession hervorgerufenen Rückgang des Zuflusses von Auslandskrediten zu den verheerenden sozialen Folgeerscheinungen.

Die in der letzten Zeit festzustellenden Bemühungen des Präsidenten Pinochet und seiner Frau um Popularität unter den Armen wirken eher wie Hohn angesichts der Tatsache, daß die Regierung nur knapp 7,3 Millionen Dollar (480 Millionen Pesos) monatlich zur Linderung der Arbeitslosigkeit bereitstellte, wogegen sie den großen Konzernen und allen Unternehmern, die sich in Dollars verschuldet haben, täglich über 8 Millionen (522 Millionen Pesos) schenkte. Dies geschieht dadurch, daß die Regierung den großen Kreditnehmern, die sich aufgrund der relativ niedrigen Zinssätze auf dem internationalen Kreditmarkt in Dollar verschuldet haben, um dieses Kapital bei extrem hohen Zinsen von bis zu 70% jährlich an das inländische Finanzsystem weiterzuleiten, einen Dollar-Vorzugskurs von 59 Pesos gegenüber einem Tageskurs von rund 70 Pesos pro Dollar gewährt. Da die großen, im Ausland verschuldeten Unternehmen ihre Rückzahlungen und Einkünfte in der chilenischen Landeswährung erhalten, subventioniert der Staat den Konzernen praktisch deren Auslandskredite.

Doch damit nicht genug. Um das chilenische Finanzsystem zu retten, handelte das neoliberale Ökonomieamt der Regierung mit einer Reihe inländischer Banken, deren uneinbringbare Kreditforderungen teilweise Kapital plus Reserven weit überstiegen (Banco de Chile 132%, Banco del Trabajo 154%, Banco Osorno y La Unión 238%), einen Ver-

trag über die Abtretung dieser Außenverpflichtungen aus, die in den Bilanzen der Banken sonst hätten abgeschrieben werden müssen, was unweigerlich zu deren Konkurs geführt hätte. Nach diesem Vertrag treten die Privatbanken ihre uneinbringbaren Kredite gegen auf zehn Jahre befristete, zinslose Schuldverschreibungen an die chilenische Zentralbank ab.



Nichts weiter als eine ebensolche Behandlung verlangten die landwirtschaftlichen Produzenten im Süden des Landes. Angesichts der sich häufenden Zwangsversteigerungen von Landbesitzungen zahlungsunfähiger Landwirte durch die ebenfalls in den Zugzwang der Kreditrückzahlung gelangten Banken, deren Gläubiger also, griffen die Produzenten zur aktiven Selbstverteidigung und verhinderten die zwangsweise Veräußerung ihrer Besitzungen. Zudem forderten sie ein generelles, zinsloses Moratorium aller Kredite für zehn Jahre, so wie es den Banken zugestimmt worden war. Es kam zu teilweise gewaltsamen Aktionen, und der Vorsitzende der Vereinigung der Weizenproduzenten, Carlos Podlech, wurde des Landes verwiesen. Das Beispiel der Selbstverteidigung gegen unerfüllbare Zins- und Tilgungsforderungen könnte Schule machen, denn dem Protest der Landwirte schlossen sich auch Kaufleute und Spediteure an, allesamt Gruppierungen, die aktiv am Militärputsch von 1973 beteiligt gewesen waren und dem neo-liberalen Wirtschaftskonzept anfangs zugejubelt hatten.

Die Opposition gegen die Regierungspolitik von Pinochet reicht heutzutage noch weiter, bedingt vor allem durch jeweils eigene ökonomische Interessen. Die beiden ehemaligen Kämpfer von "Patria y Libertad", der radikalen Opposition gegen die Volksregierung von Salvador Allende, Roberto Thieme und Pablo Rodríguez, Vertreter der nationalistischen Populismusbewegung, betrachten den Widerstand im südchilenischen Agrargebiet wohlwollend, wurde doch vor kurzem ihr an Pinochet gerichtetes Angebot der Beteiligung an einer Krisenregierung von diesem rundweg abgelehnt. Die traditionelle chilenische Rechte, nach einem ihrer exponiertesten Vertreter als "Alessandristen" bezeichnet, hat mit den Folgen des neo-liberalen Ökonomiekonzeptes hart zu kämpfen, trotz der inzwischen erfolgten Abwertung des Peso, da sie von einer immensen Kreditlast gedrückt werden und gleichzeitig die Nachfrage im Inland aus oben genannten Gründen drastische Rückgänge verzeichnet. Doch nicht nur die nationalistisch gesonnenen Teile der Bourgeoisie, die ihre Kritik sowohl gegen die Ökonomen der Regierung als auch gegen die sie wirtschaftlich bedrängenden Konzerne richten, stehen im Widerspruch zu den chigaoer Technokraten von General Pinochet, auch die Konzerne selbst, von Anbeginn des chilenischen "Wirtschaftswunders" Hauptträger und -nutznier des neo-liberalen Unterfangens, werden von letzteren beschuldigt, die wirtschaftliche Katastrophe verursacht zu haben. So hieß es in einer Rede von

Pinochet in Antofagasta: "Niemand kann übersehen, daß wir schwere Augenblicke erleben. Aber diese verschlimmern sich, weil viele Politiker und Finanzleute, die von sich sagten, Anhänger der Regierung zu sein, ihr wahres Gesicht gezeigt haben. ... Es darf nicht sein, daß, während sich die Regierung und die Chilenen bemühen, die bedrückende Wirtschaftslage zu bekämpfen, um wieder auf den Weg des Fortschritts zu gelangen, auf dem wir vorankamen, einige Wenige ihren politischen und ökonomischen Ehrgeiz steigern." Hauptadressat dieser Worte war Javier Vial, der Chef des ehemals prosperierenden, zweitgrößten chilenischen Konzerns BHC (Banco Hipotecario de Chile), zu dem auch die vom Staat im November 1981 in einer großangelegten Rettungsaktion intervenierte Banco de Chile gehörte. Seit dem Zeitpunkt der Intervention, gegen die er sich heftig gewehrt hatte, genau wie gegen die von der Regierung auch für diese Bank verordnete Abtretung der uneinbringbaren Außenverpflichtungen an die Zentralbank, steht Vial im Widerspruch zur Militärregierung und versucht über verwandtschaftliche Beziehungen und die Gründung neuer Finanzgesellschaften, die mühsam von seinem Konzern losgelöste Banco de Chile zurückzugewinnen.



Die Auseinandersetzung zwischen den Chicago-Boys im Wirtschafts- und Finanzministerium und den im Zuge der Durchsetzung des monetaristischen Modells aufgebauten Konzernen fand in der Liquidierung bzw. Intervention der wichtigsten Banken der beiden größten Unternehmensgruppen - Vial und Cruzat - ihren bisherigen Höhepunkt. Bedenkt man, daß die "pirañas" ihre Konsortien jeweils um eine Bank herum gruppierten, die den Kreditfluß in die zugehörigen Unternehmen sicherten - verbunden mit anderen Privatbanken, deren Hauptaktionär sie wurden - sind die Auswirkungen der Schließung dieser Konzernzentren leicht auszumalen: die Produktivität der chilenischen Volkswirtschaft wird weiter sinken. Doch das ist nichts Neues und war ohnehin zu erwarten, bei Beibehaltung des neoliberalen Systems. Mit den Bankliquidierungen sind in erster Linie die beiden größten, aufgrund ihrer gegenseitigen Verflechtung jedoch auch alle anderen Unternehmensgruppen in ihrer Existenz bedroht, vor allem durch die Tatsache, daß die Banken einen beachtlichen Teil ihrer Kredite an Unternehmen derselben Gruppe vergeben haben, der auch sie angehören, die sogenannten relationierten Kredite, die neben den uneinbringbaren Außenverpflichtungen das Finanzsystem am stärksten belastet haben. So können denn auch mehrere Unternehmen wegen Zahlungsunfähigkeit ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, und die Zahl der Konkurse wird somit weiterhin rapide ansteigen. Doch über die ungeheure Ratlosigkeit von Unternehmern und Sparern sowie die erheblichen Verluste der Aktionäre hinaus wird der staatliche Eingriff in das Bankwesen auch sehr spürbare Folgen für die Gesamtbevölkerung haben: da vor etwa zwei Jahren das Sozialversicherungssystem in Chile rücksichtslos privatisiert wurde und sich gerade die Konzerne im Aufbau privater Versicherungsinstitutionen hervorgetan haben, müssen nun viele Chilenen gänzlich um ihre Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung fürchten. Hier zeigt sich mit besonderer Offensichtlichkeit die Menschenverachtung des monetaristischen Wirtschaftsmodells der Chicagoer Schule.

Ein besonderer Clou in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Konzernen ist die Tatsache, daß der bisherige Superminister Rolf Lüders zu Beginn dieser Krise noch Chefmanager bei BHC war und bis zum Ende seiner Regierungsmitgliedschaft enge Beziehungen zu dieser Unternehmensgruppe aufwies, ein Umstand, der sich zweifelsohne negativ auf seine weitere Ministertätigkeit ausgewirkt hat. Mangelnde Erfolge - woher sollten sie bei Festhalten am Neoliberalismus auch kommen - und auftretende Widersprüche zu ganz orthodoxen Chicago-Boys taten ein Übriges zur Absetzung Lüders'. Sein bisheriges Doppelministerium wurde wieder aufgegliedert; Carlos Cáceres übernahm das Wirtschaftsministerium und der neue Finanzminister heißt Manuel Martín Sáez.

Es gibt in Chile tatsächlich noch einige Leute, die die innenpolitischen Ursachen der Wirtschaftskrise völlig ausblenden und nur die weltweiten Rezession als Erklärung zulassen, d.h. die Schuld nicht etwa im monetaristischen Konzept Milton Friedmans suchen, sondern eher in einer nicht ausreichend konsequenten Anwendung dieses Wirtschaftsprogramms, dessen Menschenverachtung und Festbeschreibung sozialer Ungerechtigkeit in Chile so offensichtlich ist wie bisher in keinem anderen Land der Welt.

Im 10. Jahr der Militärdiktatur — Ergebnisse und Perspektiven

Chile durchlebt gegenwärtig die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte seit 1930. Sie begann sich bereits im Jahre 1981 abzuzeichnen und verschärfte sich während des letzten Jahres immer mehr. Gleich zu Anfang dieses Jahres hat sie mit dem Zusammenbruch der bedeutendsten Finanzgruppen neue, katastrophale Ausmaße angenommen. Der so sich abzeichnende Zusammenbruch des neoliberal-monetaristischen Modells der Junta-Wirtschaftspolitik hat nun zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen um den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs im bürgerlichen Lager geführt.

Diese Auseinandersetzungen haben eine politische Krise zur Konsequenz, die in ihren Resultaten mit Sicherheit weit über die schlichte Ablösung der bisherigen "wirtschaftspolitischen Mannschaft", d.h. der Chicago Boys der Friedman'schen Schule, hinausgehen wird - möglicherweise bis zur Ablösung Pinochets selber, wenn dieser sich nicht rechtzeitig von seinen wirtschaftlichen Vordenkern trennt.

In der Tat, mit der Intervention wichtiger Banken und der Zahlungsunfähigkeit einiger wichtiger Industrieunternehmen haben die Zusammenbrüche nun das Herzstück der chilenischen Wirtschaft erreicht: Die Finanz- und Industriegruppen des "Pirañas" bezeichneten neuen Finanzbourgeoisie wie z.B. Cruzat-Larrain und Vial. Hier sind nun eben nicht noch ein paar Unternehmen mehr pleite gegangen, sondern genau die Gruppen, die vom monetaristischen Modell der Militärregierung in den letzten Jahren am meisten profitiert hatten.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik orthodox monetaristischen Zuschnitts hatte eh in den vergangenen Jahren bereits fatale Folgen für weite Teile der chilenischen Wirtschaft.

Außerordentlich niedrige Einfuhrzölle (einheitlich 10 o/o) und der auf 39 Peso festgelegte Dollarkurs, der praktisch zum Schluß (1. Halbjahr 1982) einer Importsubvention von über 50 o/o gleichkam, kennzeichneten die in extremer Weise auf den Welthandel orientierte Freihandelspolitik der Junta. Dadurch wurden die auf die Produktion für den Binnenmarkt orientierten Betriebe der chilenischen Landwirtschaft und Industrie unter äußerst ungünstigen Bedingungen der ruinösen Konkurrenz aus den USA und Ostasien ausgeliefert. Viele Betriebe waren diesem Konkurrenzkampf schon lange zum Opfer gefallen. Andere versuchten sich durch Kreditaufnahmen und Anpassungsinvestitionen auf die veränderten Bedingungen einzustellen und ihre Produktionsstruktur zu modernisieren. Dritte stellten die Produktion ein, stürzten sich - auch mit geliehenem Geld - ins Importgeschäft.

Auch der Konsum an Industriegütern auf dem Binnenmarkt konzentrierte sich im wesentlichen auf die Schichten, die auf Grund ihrer Position Zugang zum Kredit hatten, d.h. hauptsächlich Bürgertum und Mittelschichten. Große Mengen importierter Autos, Kühlschränke, Farbfernsehgeräte wurden umgesetzt - natürlich auf Kredit.

Der Kredit war daher seit etwa 1976 die zentrale Kategorie der chilenischen Wirtschaft, um ihn drehte sich alles. Die chilenischen Finanzgruppen, die auf dem internationalen Geldmarkt Kredite aufnahmen und sie dann im Inland vergaben, sicherten sich so die direkte und/oder indirekte Kontrolle weiter Teile der verbliebenen chilenischen Wirtschaft. Ihre Interessen bestimmten die Wirtschaftspolitik und sie schienen die großen Gewinner des Modells zu sein.

Bis im Mai 1981 der CRAV-Konzern zusammenbrach. Dieses Ereignis erschütterte das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte in die Stabilität der chilenischen Wirtschaft und damit ihre Kreditwürdigkeit erheblich. Darüberhinaus fiel es zusammen mit dem Ende der Geldschwemme auf den internationalen Finanzmärkten infolge der monetaristisch-restriktiven Politik der Reagan-Administration in USA und den zurückgehenden Zahlungsbilanzüberschüssen der arabischen Erdölexporteure.

Beides führte zu deutlichem Nachlassen der Kreditvergaben an chilenische Banken und Institutionen. Dazu kamen die zurückgehenden Deviseneinnahmen aus Exporterlösen auf Grund der Weltmarktlage.

Und genau an dieser Stelle brachen im Jahre 1981 die Widersprüche der neoliberalistischen Politik als Entwicklungsmodell für Chile auf und verwandelten sich in einen Kreislauf immer weiter sich vertiefender wirtschaftlicher Katastrophen.

Der gewaltige Schuldendienst für die in der Zwischenzeit auf über 17 Mrd. Dollar angewachsene Auslandsschuld führte angesichts der dramatisch zurückgegangenen Devisenzuflüsse aus Exporterlösen und Krediteinnahmen zu einem ständig größer werdenden Zahlungsbilanzdefizit. Dies hatte die rapide Abnahme der internationalen Devisenreserven der chilenischen Zentralbank zur Konsequenz. Diese nahmen 1981 um 1,5 Mrd. Dollar, oder die Hälfte ihres Anfangsbestandes, ab.

Dies wiederum hatte nach der Logik des monetaristischen Modells unmittelbare und fatale Folgen für den chilenischen Binnenmarkt:

- Der Kreditspielraum der Banken wurde durch das Ausbleiben neuer Auslandskredite ständig geringer und damit die (illusionäre) Kaufkraft der Mittelschichten, die mit ihrem Luxusgüterkonsum der Motor des Binnenmarktes gewesen waren.

- Die abnehmenden Devisenreserven mußten sich - ebenfalls nach den monetaristischen Spielregeln - auf dem Binnenmarkt in einem dramatischen Rückgang der umlaufenden Geldmenge niederschlagen, die im Jahre 1982 um mehr als 35 o/o abgenommen hat.

Diese zunehmende Geldknappheit hatte die jetzt fast allgemeine Zahlungsunfähigkeit in allen Franchen zur Folge.

In dieser Situation brechen die Widersprüche im chilenischen Bürgertum auf. Der Flock, der die soziale Basis der Militärherrschaft gebildet hatte, zeigt akute Auflösungserscheinungen.

Klar ist, daß das monetaristische Konzept, wie es die Wirtschaftspolitik der Militärregierung bestimmt hatte, am Ende ist. Keine der bürgerlichen Gruppen gibt ihm noch Kredit, für keine ist es noch eine akzeptable Perspektive. Aber im Grunde gibt es kein gemeinsames Konzept, wie die Wirtschaftslage stabilisiert werden könnte. Jede Gruppe reklamiert für sich die vordringlichste Hilfe.

Dabei treten auch die Akteure des Umsturzes von 1973 wieder in den Vordergrund: Podlech und Durán für die mit ihrer Produktion auf den Binnenmarkt orientierten Landbesitzer des Südens, Cumsille für die Einzelhändler, Villarín für die Transportunternehmer, Jara für die Taxifahrer und der große alte Mann der konservativen Industriellen, Jorge Alessandri.

Jede dieser Gruppen verlangt lautstark und drastisch die Lösung ihrer spezifischen Probleme. Wobei als gemeinsames Element vor allem der Widerspruch der übrigen Gruppen zum Finanzsektor in den Vordergrund tritt. Neben der allgemeinen Änderung des wirtschaftspolitischen Modells und Schutz und Anreizen für die nationale Industrie durch Zollschutz und Subventionen sind daher Zahlungsmoratorien und die Aussetzung der Zwangsvollstreckung fälliger Kreditschulden die allgemeinsten Forderungen.

Welche Gruppen sich in diesem Streit letztendlich durchsetzen werden und welche wirtschaftliche Kompromißformel die Grundlage für die nächste Regierung abgeben wird, ist unter diesen Umständen noch nicht vorzusehen. Auch ob diese Regierung mit oder ohne Pinochet als Galionsfigur gebildet wird, ist noch durchaus unsicher und wird im Wesentlichen davon abhängen, ob dieser sich rechtzeitig von der wirtschaftspolitischen Mannschaft der Chicago Boys abkoppelt.

Was sich aber in den bürgerlichen Gruppierungen mehrheitlich abzeichnet, ist die Tendenz, den Militärs durchaus auch in der Zukunft eine Schiedsrichter- (zwischen den Interessen der verschiedenen Kapitalfraktionen) und Repressionsfunktion (gegen die Opposition der Arbeiterschaft und der Linken) zuzuweisen.

Für die bürgerlichen Kräfte geht es in der gegenwärtigen Krise um ein genau begrenztes Ziel: das gescheiterte monetaristische Modell, d.h. die wirtschaftspolitische Mannschaft der Regierung loszuwerden und gleichzeitig die Sicherung ihrer Herrschaft zu betreiben. Dennoch schaffen die gegenwärtigen Widersprüche im bürgerlichen Lager und die daraus resultierende politische Krise ohne Zweifel eine Dynamik auf der politischen Szene Chiles, die in ihren Perspektiven weit über die limitierten Intentionen dieser Gruppen hinausgeht.

Das bedeutet nun sicher nicht, daß die Linke unmittelbar in der Lage wäre, die augenblickliche Krise ausnutzend, die Machtfrage zu stellen. Dazu fehlen der Linken heute einfach noch eine ganze Reihe von Voraussetzungen. Aber die Krise verbessert ohne jeden Zweifel die Bedingungen, genau diese Voraussetzungen zu schaffen, die Grundlagen programmatischer und organisatorischer Art für

eine mittelfristig auf grundlegende Umwälzungen zielende Politik zu entwickeln.

Die Basis für eine solche mittelfristig angelegte Politik ist ohne Frage gegeben.

Wesentliche Einbrüche in das Potential der Arbeiteropposition sind der Juntapolitik nie gelungen. Das drückte sich schon anlässlich des "Verfassungsplebiszits" im September 1980 in dem real wohl um 40 o/o liegenden, und in den Arbeitervierteln noch deutlich höheren, Anteil an Nein-Stimmen aus. Die Kräfte der Arbeiter-Bewegung sind demnach - ideologisch jedenfalls - intakt.

Anders sieht es auf dem Gebiet der organischen Strukturen der Arbeiteropposition aus. Sowohl die Parteien wie die Gewerkschaften sind von der Repression und der repressiven Gesetzgebung (z.B. Plan Laboral) schwer getroffen worden: nicht nur durch den Verlust wichtiger Persönlichkeiten, sondern eben gerade durch die weitgehende Zerstörung ihrer organischen Strukturen. Und diese wären natürlich für die Realisierung, d.h. die Mobilisierung des oppositionellen Potentials notwendig.

So sind gegenwärtig die praktischen Widerstandsaktionen wesentlich auf lokaler Ebene angesiedelt: sei es z.B. die Verteidigung der Strom- und Wasseranschlüsse in den Poblaciones, die wegen unbezahlter Rechnungen von der Versorgung abgehängt werden sollen, seien es die Gemeinschaftsküchen der Arbeitslosen in Gewerkschaften und Poblaciones oder die Mobilisierung auf betrieblicher Ebene um Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die reale Mobilisierung bleibt meist begrenzt und die zentralen Initiativen wie zuletzt am 2. und 15. Dezember bleiben - gemessen am allgemeinen Charakter der Misere und der potentiellen Größe der mobilisierbaren Gruppen - doch noch recht klein.

Unter diesen Umständen ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die Linke in die gegenwärtige Krise direkt als entscheidende Kraft einzugreifen in der Lage sein wird. Die zentrale Aufgabe, die sich für den chilenischen Widerstand unter diesen Umständen stellt, ist einerseits, die organischen Strukturen der Parteien und Gewerkschaften so zu entwickeln, daß sie tatsächlich in die Lage gesetzt werden, die Kräfte des Widerstandes durch zentralisierende Initiativen zu orientieren und zu koordinieren und darüberhinaus dann diesen durch die praktischen Initiativen konkrete organisatorische Formen auf höherem Niveau (regional und überregional) zu geben.

Solche übergreifenden Strukturen sollten es dann in mittlerer Frist möglich machen, die politische Dynamik, die durch die gegenwärtige Krise ausgelöst wurde, auszunützen und zentralisierte Initiativen zur Verteidigung der Arbeiterinteressen und zur Eröffnung neuer politischer Perspektiven zu ergreifen.

Aus der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Krise in Chile wird sicher nicht unmittelbar der Durchbruch der Arbeiteropposition hervorgehen. Aber wenn wir heute die aktuellen Ziele und Aufgaben richtig bestimmen, werden wir in der Lage sein, die Voraussetzungen zu schaffen, um neue Initiativen mit weiterreichenden Perspektiven in Angriff nehmen zu können.

NICARAGUA

Revolutionäre, Indianer und Unsereiner

Der folgende Artikel entstand aus der Diskussion während und nach dem Seminar "Kolonialismus in Zentralamerika im 19. Jhdt. am Beispiel der Miskito-Küste Nicaraguas" im Sommersemester 1982 am Lateinamerika-institut der FU-Berlin. Er stellt einen Beitrag zur Diskussion unseres Verhältnisses als Mitteleuropäer zu fremden Kulturen und Revolutionen (am Beispiel Nicaraguas) dar. Er wendet sich gegen eine Idealisierung und Romantisierung der Revolution als auch der "Indianer-Kultur", gegen eine Projektion unserer Träume auf andere Menschen.

Eigentlich sollte die Revolution in Nicaragua für alle sein und von allen getragen werden. Doch es gab von Anfang an keine gemeinsame Basis für die Schaffung der nationalen Identität, die angesichts der äußeren Bedrohung aus dem Norden notwendig ist, damit eine Revolution, die kaum begonnen hat, nicht auch noch von innen ausgehöhlt wird. Allein nationale Identität ist nichts per Dekret Verfügbares, sondern das Ergebnis eines historischen Prozesses, einer gemeinsamen Vergangenheit und Erfahrung. Für die Bewohner des westlichen Teils des Landes war dies jahrzehntelange Somoza-Diktatur, unter der die Miskito-Indianer in der vom übrigen Land isolierten Provinz Zelaya nicht so sehr gelitten haben. Und da fängt der Konflikt an. Da wollen die Sandinistas die Miskitos befreien, die gar nicht das Bedürfnis haben, sich von ihnen befreien zu lassen. Da erhitzen sich die Gemüter bis zu dem Vorwurf, die FSLN (Frente Sandinista de la Liberación Nacional) betriebe "Inneren Kolonialismus". Ein Vorwurf, der besonders hierzulande allzu leichtfertig erhoben wurde.

Wir wollen uns dieser verklemmten Diskussion in der Form nicht anschließen, sondern vielmehr versuchen, zu ihrer Entspannung beizutragen.

Wenn es um Indianisches geht, verklären sich meist die Gesichter. Da wird gute alte protestantische Innerlichkeit mit Manitu verbrämt und daraus "Neue Innerlichkeit" gemacht.

Bei den mehr politisch engagierten Indianerfreunden zeigt sich eine eher nach außen gerichtete Haltung: Besitzergreifendes Wohlwollen macht sich breit, ein - von wem auch immer - unterdrückter Indianer muß ja ein guter Mensch sein. Da wird der von imperialistischen Machtinteressen aufgeschwätzten Coca Cola Flasche in der Hand schon eher mal Verständnis entgegengebracht als beim BILD-Zeitungs-verhetzten Kleinbürger, denn der kann schließlich was dafür. Das ist sicherlich ein gut gemeintes Gefühl, mit Respekt hat das nichts zu tun.

Und als vor drei Jahren eine bitter erkämpfte Revolution endlich siegte, hat da wirklich jemand im Ernst am guten Willen der Sandinis-

tas, nunmehr geschmäht als neue Unterdrücker, gezweifelt? Doch wohl kaum.

Ganz selbstverständlich haben wir die Revolution in unser persönliches Weltbild integriert. Nicht ganz zu unrecht, da der Feind, der uns alle bedroht – ob wir nun mit vollem oder leerem Bauch abgeschossen werden, tut nichts zur Sache – schließlich der gemeinsame ist. Und bei aller politischen Gemeinsamkeit haben wir übersehen, daß es einen tiefgreifenden kulturellen Unterschied gibt zwischen einem hochentwickelten kulturprotestantischen Land wie dem unseren und einem zutiefst katholischen Mestizenland wie Nicaragua. Daß viele der Ideen zur Schaffung eines menschenwürdigen Daseins aus derselben Quelle kommen, mag ja ein Anknüpfungspunkt sein, aber eine europäische Schwalbe macht noch keinen lateinamerikanischen Sommer.

Daß ein Bus mit sechs- oder achtstündiger Verspätung oder ein Schiff entgegen der festen Zusage des Kapitäns heute zu fahren, erst übermorgen loslegt oder schlimmer, schon gestern, hat nichts mit Politik zu tun; daß die Menschen in einem lateinamerikanischen Land herzlich und gastfreundlich sind, hat nichts mit Politik zu tun. Daß wir das übersehen haben, schon eher. Was haben wir heimatlose Wirtschaftswunderkinder uns gefreut über die erste siegreiche Revolution auf dem lateinamerikanischen Kontinent! Es ging also doch.

Und schon damals sahen etliche die Schwierigkeit, die kommen würde, nämlich alle diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen gemeinsam gegen etwas gekämpft hatten, auch für etwas Gemeinsames unter einem Hut zu halten, und zwar unter einem solchen, unter dem auch wir uns wohlfühlen könnten.

Diejenigen, für die eine Revolution so eine Art Jüngstes Gericht ist, sind am schnellsten abgesprungen, hier wie dort, haben sich mit traumwandlerischer Sicherheit der nächsten Revolution angeschlossen, die da kommen soll, denn was haben sie davon, Carlos Fonseca zu glauben, der sagte, wir machen die Revolution für die Generation nach uns.

Nun gut, die politischen Träumer vermässeln uns die Realpolitik, die – hinreichend bekannt – in einem ausgebluteten Land wie Nicaragua nicht eben ein Pappenstein ist, was denn auch viel Verständnis für unpopuläre Entscheidungen der FSLN aufkommen ließ zu dem ohnehin vorhandenen Vertrauensvorschuß.

Scheinbar plötzlich ergab sich ein Problem, mit dem kaum jemand vorher gerechnet hatte. Eine optimistische Parole der Sandinistas ("Der Gigant erwacht") wurde Wirklichkeit, doch der Gigant, die Provinz Zelaya, forderte nun auch Autonomie, wollte sich durchaus nicht integrieren lassen.

Woher auch sollten die Sandinistas aus dem Westen wissen, daß die somozistischen Herrscherlinge der Atlantikküste sich zumeist in Miami vergnügten, während ihre Kollegen von der pazifischen Seite durch ihre brutale Präsenz beim Volk keine Fragen über das Feindbild aufkommen ließen. Woher sollten sie wissen, daß ihr Held, dessen Namen sie trugen, bei weiten Teilen der Miskito, eher Unmut erzeugt hatte, als er mit seinen Leuten in den 20er und 30er Jahren die Niederlassungen der nordamerikanischen Konzerne angriff und so zum Teil Möglichkeiten der Lohnarbeit für die Miskito einschränkte. Und sie konnten nicht verstehen, daß ihnen, den Befreiern, ein tiefverwurzeltes Mißtrauen entgegengebracht wurde, das Mißtrauen nämlich gegen alles Spanisch-Katholische.

Ein alter Mythos der Miskito, die auch in ihrer traditionellen Religion an die Unsterblichkeit der Seele glaubten, besagt, daß im Jenseits jedes Volk, ebenso wie auf der Erde, ein eigenes Land habe, und

daß sie, die Miskito, dort mit den Engländern leben würden, niemals mit Spaniern. Eine Hölle zur Vergeltung irdischer Sünden kannten sie nicht. Das Schlimmste, was sie sich vorstellen konnten, war, den Spaniern in die Hände zu fallen. Von den englischen Piraten, mit denen sie seit Mitte des 17. Jhdts. freundschaftliche Kontakte pflegten, hatten sie nichts zu befürchten.

Man machte Geschäfte miteinander, die zunächst für beide Seiten gleichermaßen profitabel waren. Die Miskito bestückten die Schiffe der Engländer mit Lebensmitteln und erhielten dafür neben europäischen Konsum- und Gebrauchsgütern zwar miserable, aber doch funktionstüchtige Gewehre, funktionstüchtig genug jedenfalls, um damit raubend und mordend in die Gebiete ihrer Nachbarn, der Sumu, einzufallen. Diese Feindschaft der Nachbarn war zwar schon älter als die Freundschaft der Miskito mit den Engländern, aber die Waffengleichheit war dahin. Zudem wurde das – nicht erbliche – Amt des Kriegshäuptlings in dieser Gesellschaft ohne institutionalisierte Macht im Zuge des Kontakts mit den Engländern stark aufgewertet, dadurch, daß diejenigen Mitglieder der Kriegerkaste, die im Besitz von Feuerwaffen waren, einen überproportionalen Prestigegewinn erfuhren. *politische

Insofern trafen die Engländer, die sich inzwischen als Kolonialmacht in der Region etabliert hatten, ganz ins Schwarze, als sie 1687 den ersten Miskitokönig in Amt und Würden hoben, der sowohl ihnen als auch den Miskito als Alibi diente bei weiteren Raubzügen und Tributforderungen, der aber auch als Mittelsmann fungierte in einem Handelsnetz, das sich zwischen Engländern, Miskito und Sumu etabliert hatte. Es war also keineswegs so, daß die Briten mit ihrem Königsspektakel, das sie naturgemäß nicht so ernst nahmen, wie die Miskito selbst, in ein politisches Vakuum gestoßen wären, vielmehr bauten sie – wohl unbewußt – auf bestehenden Strukturen einer Gesellschaft auf, in der, typisch für dieses Kulturareal, der Kampf um sozialen Aufstieg, um Prestige, ein zentrales Moment des täglichen Lebens war.

Doch darf die Tatsache, daß die Miskito offenbar von dem Kontakt mit den Engländern profitierten, nicht darüber hinwegtäuschen, daß die äußerlich elegantere Form des britischen Kolonialismus ("indirect rule") im Gegensatz zur Kanonen- und Flinten-Politik der Spanier genauso verheerende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der Miskito-Gesellschaft hatte.

Doch mit den Engländern verschwanden Mitte des 19. Jhdts. auch die Könige, wenngleich nicht die Idee eines Königs, und für all die Dinge, an die die Miskito sich mittlerweile gewöhnt hatten, mußten nun andere Quellen aufgetan werden. Die sprudelten bald reichlich aus dem Norden des Doppelkontinents. Im Zuge eines wirtschaftlichen Aufbauprogramms und der endgültigen Eingliederung des ehemaligen britischen Protektorats Miskitia in den nicaraguanischen Nationalstaat unter der Präsidentschaft des Liberalen José Santos Zelaya (1893-1903) siedelten sich nordamerikanische Unternehmen zu extrem günstigen Bedingungen an der Atlantikküste an.

Den "american way of life" mit vollen Regalen in den eigenen Geschäften und dem schnellen Geld brachten sie mit. Geld! Das war der entscheidende Unterschied. An die Stelle der englischen Tauschpartner waren die nordamerikanischen Verkäufer getreten. Die Miskito verpachteten ihr Land an die Konzerne oder verdingten sich als Arbeiter in den Bergwerken. Die Welt der Konzerne war ein Staat im Staate, völlig abgeschlossen vom Rest des Landes, mit eigenen Häfen, Flugplätzen, Schulen, Elektrizitätswerken und einer eigenen Kommunalverwaltung.

Die nordamerikanischen Bosse wurden von den Miskito mit einer Mischung aus Angst und Bewunderung meist so beschrieben: sie verfügen über unermesslichen Reichtum, haben Einfluß auf Frauen, sind ungeheuer mächtig etc.. Diese nebulösen Verklärungen mögen befremden, doch werden sie erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Ausländer, in den entsprechenden Ansiedlungen zumeist versteckt hinter Hügeln oder sonstigem Sichtschutz residierten, zum Anderen auch kaum Kontakt zu den Arbeitern im täglichen Arbeitsprozeß hatten. Die Drecksarbeit der brutalen Interessenvertretung ließen sie nämlich die Ladinos, die (welch ein Zufall!) spanisch-sprachigen Vorarbeiter machen.

In der Isolation hatten die Konzerne das Wertsystem geprägt. Die Miskito, überall das Schlußlicht in den internen Hierarchien, sahen sich nicht veranlaßt, sich als Klasse oder Schicht zu organisieren; jeder versuchte für sich, innerhalb der Hierarchie aufzusteigen.

Gesang bei der Trennung von der Geliebten
von Ben, dem Sohne des Pablo zu Cap Gracias
à Dios

Ich werde weit fortgehen, sehr weit.
Sehr groß ist meine Betrübniß.
Ich werde dir bringen Perlen zum Schmuck von weit her
Dir Kleidung zum Schmuck aus der Ferne.
Der Ostwind weht schon frisch und stark.
Betrübt werde ich deinen Namen rufen.

(um 1840)



Tasba Pri: in der neuen Ortschaft Wasminona (März 1982)

Im Zeitraum zwischen Mitte der 40er bis Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts wanderten die nordamerikanischen Konzerne ab, teils wegen verfallener Rohstoffpreise, teils wegen erschöpfter Vorkommen in den Minen. An der Atlantikküste breitete sich Lethargie aus und Hoffnungslosigkeit unter den Zurückgelassenen, vom Geld abhängigen Miskito. Die us-amerikanische Anthropologin Mary Helms will gar eine "Philosophie der Armut" festgestellt haben.

Das war - grob umrissen - die Situation, die die Sandinistas vorfanden, als sie im Siegestaumel an die Atlantikküste kamen.

Anfangs verständigte man sich noch, denn darüber, daß etwas geändert werden mußte, waren sich alle einig. Mit der Gründung von MISURASATA (dt. etwa Miskito, Sumo, Rama, Sandinista vereint) verlieh man der zukünftigen Koalition eine Organisation und einen Namen. Bis dahin waren die Fronten noch klar. Das änderte sich mit der Realpolitik; die in Spanisch begonnene Alphabetisierungskampagne scheiterte und mußte in Englisch und Miskito wieder aufgenommen werden. Heftiger Streit entzündete sich an der Landfrage und auch daran, in wessen Verantwortung die restlichen Bodenschätze ausgebeutet werden sollten.

Daß sie plötzlich alle Genossen waren, denen gleichermaßen alles gehörte, sagte den Miskito nichts. Ihre kulturelle Identität war nicht der Staat Nicaragua. Die Sandinistas hatten Fehler gemacht, waren unsensibel und unvorbereitet an die Sache herangegangen. Und plötzlich entpuppte sich die "Indianerfrage" als Ventil für lange angestauten Unmut gegenüber der FSLN. Enttäuschungen über den Verlauf der Revolution, verschwommene Kategorien von Gut und Böse, Zweifel an der Redlichkeit der Sandinisten, mit anderen Worten: Die Schwierigkeiten mit der Solidarität fanden hier ihren Kristallisationspunkt.

Für uns herrschten damit wieder klare Verhältnisse, die alten Freiheitskämpfer waren die neuen Unterdrücker und das immer schon dagewesene Unterdrücktsein der Indianer erinnerten wir uns schleunigst. Der FSLN gegenüber reagierten wir zunächst einmal mit Liebesentzug, und plötzlich schwamm alles auf der Indianerwelle des Rio Coco, linkes Teibholz ließ sich selig davontreiben.

Da war er wieder, der Indianer: edel, hilfreich, nichts als das Wohl seiner Mitmenschen im Kopf, von kollektivem Geist beseelt, naturverbunden, kurz: ein guter Mensch, dem geholfen werden muß. Das Besteckenste aber ist, daß er eine eigene Kultur hat.

Beim Schritt von der Romantisierung der Revolution zur Romantisierung der Indianer fand nämlich eine Verschiebung statt, von vornehmlich politischen zu eher kulturellen Implikationen bei der Betrachtung der Probleme. Den Sandinistas unterstellten wir selbstverständlich dieselbe Kultur wie unsere eigene, deshalb konnten wir ihre Politik kritisieren. Bei den Miskito setzten wir eine andere Kultur, die "Indianerkultur" voraus, die für uns eine Stufe höher auf der Leiter der Ideale steht. Deshalb konnten wir ihre Politik nicht kritisieren. Und nun verlangen wir von den Sandinistas den Kulturrelativismus gegenüber den Miskito, den wir wiederum ihnen (den Sandinisten) verweigerten.

Doch was blieb war ein schales Gefühl. Viele fanden sich nicht mehr zurecht im Dickicht der wechselnden Solidarisierungen. Die Ansicht, daß es für die Miskito völlig einerlei sei, ob sie von Somoza und US-Imperialisten oder aber von der FSLN unterdrückt würden, konnten nicht alle teilen. Die Revolution war doch wichtig. Wir konnten sie doch nicht einfach so im Stich lassen, trotzig und schmolend reagieren wie ein beleidigter Liebhaber, dessen allzu hochgesteckte Ideale und Gefühle verletzt waren, der sich zudem alleingelassen fühlte mit dem moralischen Kater nach der ersten Liebesnacht.

Das klassische Dilemma! Einige lösten es, indem sie sich neue Revolutionen (ohne Indianer) suchten, andere, indem sie sich neue Indianer suchten, die gegen einen eindeutigeren Feind zu kämpfen hatten, und dann gab es noch die Gruppe derjenigen, die nun nicht mehr Carlos Marx aus dem Ärmel schüttelten, sondern mit Carlos Castañeda und den Schamanen über den Rand des Canyon schauten.

Die Grenzen sind - wie immer - fließend. Daß die Sandinistas, nicht die Miskito, die Machthaber und Träger der politischen Entscheidungen sind, ist klar. Von daher könnte der Vergleich unseres und ihres Verhaltens unangebracht erscheinen. Aber überlegen wir, was es für Folgen haben kann, wenn wir, die wir uns doch berufen fühlen an jeder Revolution teilzuhaben, leichtfertig unsere Solidarität entziehen, nur damit für uns die Kategorien von Oben und Unten wieder stimmen. Die Gefahr, daß die heute von vielen als neue Unterdrückter Geschmähten selbst wieder zu Unterdrückten werden ist, ohnehin schon groß genug.

Wir unterstützen blindlings die Autonomieforderungen der Miskito für ein Gebiet, das sie als ihr traditionell angestammtes bezeichnen, welches sie aber tatsächlich doch auf nicht eben vornehme Art ihren Nachbarn abgejagt haben. Wo bleiben die Solidaritätskomitees für die von den Miskito ausgebeuteten und unterdrückten Sumu!? Man könnte diesen Faden endlos weiterspinnen, das ist aber keine Lösung.

Eines der Hauptmerkmale unserer Projektion ist das Bild vom guten, vom unschuldigen Indianer. Gibt er sein letztes Geld für Coca Cola, ein Kofferradio oder gar einen Plastik(!)eimer aus, sitzt ihm der Kulturimperialist im Nacken. Schießt ein Miskito einen Sumu ab, steht der Kolonialist mit der Knarre in der Hand hinter ihm. Eine Entschuldigung für solches Verhalten finden wir in jedem Fall. Mit uns, unseren geliebten Kleinbürgern und den Sandinistas gehen wir da nicht so zimperlich um. Die machen wir knallhart verantwortlich für alle Taten und Untaten. Und wie gesagt, es geht schließlich um was Höheres, es geht um etwas, was uns an den Indianern so sehr fasziniert, weil wir selber so wenig davon zu haben glauben: es geht um Kultur. Die Vorstellungen was denn Kultur nun eigentlich sei, bleiben indessen diffus. Hier bei uns wie auch auf Seiten der Miskito, die bei der von uns vehement unterstützten Forderung nach kultureller Selbstbestimmung und Wahrung der eigenen Traditionen sicher nicht die ehemals vorhandene Arbeitsteilung im Sinn haben, ebensowenig wie festgelegte Heiratspräferenzen und Wohnfolgeordnungen. Wir unterstellen den Miskito eine Kultur, die sie gar nicht mehr haben und auch nicht mehr haben wollen. Wie würden wir reagieren, wenn jemand sagte, ab sofort wird der Gebrauch des Eigennamens abgeschafft, wird jeder nur noch definiert über die Gruppe, zu der er gehört, unter weitgehender Preisgabe der eigenen Individualität, alles Dinge, die unter anderem die Stärke und das Funktionieren einer solchen Kultur ermöglichen, überdies Bestandteile der traditionellen Miskitokultur. Bei der Romantisierung von Kultur - im Übrigen ein Bestandteil unserer traditionellen Kultur - erliegen wir leicht der Vorstellung, es genüge ein loser Zusammenschluß menschenfreundlicher Individuen auf freiwilliger Basis, um den gesellschaftlichen Austausch am Leben zu erhalten. Unser Wunschbegriff einer Kultur des nicht Normierten und des nicht Normierbaren wird einer Stammesgesellschaft, auch der der Miskito in der Form in der wir sie ihnen unterstellen, nicht gerecht. Würden wir jedoch die Miskito ohne Verbrämungen betrachten, so sähen wir uns enttäuscht in unserer Sehnsucht nach kultureller Eindeutigkeit, ebenso, wie wir von den Sandinistas enttäuscht waren, weil sie unsere Erwartungen von politischer Reinkultur nicht erfüllten.

Die Miskito begründen ihre Forderungen nach kollektiver Landnutzung mit dem Alten und dem Neuen Testament. Sie sind Christen, genauer: Angehörige der Böhmisches Brüdergemeinde. Selbstverständlich ist der Protestantismus heute ein Bestandteil ihrer Kultur. Deshalb verzeihen wir ihnen. Im eigenen Land sind wir solchen Vereinen nicht so freundlich gesonnen, wohl wissend, daß sie ungeheure politische Potentiale binden mit ihrer institutionalisierten Innerlichkeit. Im Protestantismus gibt es keine Verwandtschaftsverbände nach altem Muster, da die Missionare den Miskito die Ehe zwischen Verwandten verboten und gleichzeitig verursachten, das christianisierte Miskito ihren Kindern

die alten Verwandtschaftstermini nicht mehr beibrachten, was zum Teil dann doch zu Verwandtenehen führte, die die traditionellen sowie die neuen Ge- und Verbote unterliefen.

Eine neue kulturelle Identität entstand: die Gemeinschaft aller Angehörigen der Moravierkirche, Brüder und Schwestern im Herrn, seien sie nun Miskito, Europäer oder Nordamerikaner.

Die Entwicklung zur Auflösung des Verwandtschaftsverbandes wurde durch die Anwesenheit der US-Konzerne entscheidend begünstigt. Die Miskito, gewöhnt an westliche Gebrauchs- und Konsumgüter, mußten sich, um in den Besitz des zum Erwerb dieser Güter notwendigen Geldes zu gelangen, entweder als Lohnarbeiter verdingen, wobei sie ihre Aufgaben in der Nahrungsbeschaffung vernachlässigten oder aber sie mußten die Grundlagen ihrer Subsistenz, wie Schildkröten, verschiedene Anbaufrüchte oder Jagdwild auf den Markt bringen, wobei gleichermaßen der Export und der Binnenmarkt gemeint ist. Mit der Einbindung von Nahrungsmitteln in den Markt sinkt jedoch ihr sozialer Wert. Die Geldwirtschaft läuft den traditionellen Verteilungsmustern quer. Dadurch wird ein Trend zur Kleinfamilie mit ökonomischer Autarkie begünstigt, denn da man Nahrungsmittel lieber verkaufen will als sie an Verwandte weiterzugeben, verliert der Verwandtschaftsverband seine ökonomische Funktion. Nur noch teilweise werden heute die auf Subsistenzebene erzeugten Güter in mehr oder weniger geringem Umfang nach traditionellen Verteilungsmustern innerhalb der Verwandtschaft weitergegeben.

Mit der Abwanderung der nordamerikanischen Konzerne stellte sich für die mittlerweile in die Geldwirtschaft eingebundenen Miskito ein großes Problem: die Möglichkeiten zur Lohnarbeit sind knapp geworden und somit auch das Geld. Und nun versucht man - notgedrungen - zur traditionellen Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, da "auf Kosten der Ökologie das Ökonomische von Sozialen getrennt" worden war, ergeben sich hier Schwierigkeiten. Um an Geld zu kommen, mußten Überschüsse produziert werden. Dies gelang unter anderem durch die Einführung marktgerechter Monokulturen, die allerdings die Auslaugung des Bodens und die Verbreitung von Pflanzenschädlingen begünstigte. Außerdem wurden die Zeiten der Brache von früher 15-20 auf 3-4 Jahre verkürzt. Schildkröten, früher wichtigste Subsistenzgrundlage der Küstenmiskito, und verschiedene Fischarten sind in der Region im Aussterben begriffen, seit sie auf den Markt kamen. Verordnungen der Sandinistas zum Schutz der Schildkröten entzündeten aber nur einmal mehr den Zorn der Miskito gegen die Regierung. Darüber hinaus ist die kulturelle Grundlage des Wirtschaftssystems, zu dem die Miskito nun zurückkehren wollen, zerstört, die Organisation ihrer Gesellschaft in funktionierenden Verwandtschaftsverbände. Nach welchen Kriterien sollen die in der Subsistenz erzeugten Güter verteilt werden?

Wie auch immer man sich nun dem Konflikt Sandinistas/Miskito stellt, ob man z.B. unsere Beschreibung der Miskito für fehlerhaft und übertrieben hält, ist eine Sache. Uns hingegen geht es in erster Linie darum, zu einer kritischen Betrachtung der Situation zu animieren, die allerdings - so meinen wir - voraussetzt, daß wir uns von dem Tabu freimachen, im Indianer immer nur den "guten Wilden" zu sehen bzw. zu suchen.

Gelingt uns dies nicht, so bleiben wir auch weiterhin in unserem klischeehaften Denken und unseren Vorurteilen stecken.

Wo positive Vorurteile hinführen können, konnte man z.B. anhand der Indianerromantik der Jugendbewegung der 20er und 30er Jahre sehen, wo nämlich bei einem Teil der Leute anfängliche Indianerromantik durch Germanenmythen ersetzt und schließlich in Rassismus verkehrt wurde. So weit muß es bei uns nicht kommen. Unsere Beschäftigung mit anderen Kulturen kann dem entgegenwirken. Doch müssen wir uns vor einer mit positiven Vorurteilen belegten Betrachtungsweise genauso hüten, wie

vor einer mit negativen Vorurteilen durchsetzten. Hinzu kommt bei einer einseitigen Beschäftigung mit fremden Kulturen die Gefahr, daß wir unsere eigene aus den Augen verlieren, aber nur in Kenntnis unserer eigenen Realität können wir positive Veränderungen bewirken.

Was fasziniert uns eigentlich so sehr an den Indianern, daß wir sie auf einen Sockel setzen und uns nicht mehr trauen daran zu rütteln? benutzen wir etwa die Indianer um unsere Träume personalisieren zu können? Angesichts unserer zugebauten Umgebung schöpfen wir die Kraft für Widerstand aus unseren Träumen. (Leider nutzen viele nach nicht einmal diese Chance, sondern verbleiben für immer in ihrer Traumwelt.)



Träume zu haben ist sicherlich notwendig; doch was passiert, wenn sich unsere Träume nicht nur auf Phantasmen begründen, sondern einen durchaus realistischen Hintergrund haben? Was passiert, wenn wir einmal tatsächlich unserer "platonischen Liebe", in die wir soviel investiert hatten, begegnen? Stellen wir uns den Problemen oder scheuen wir eine Auseinandersetzung und ziehen uns immer mehr in unsere Traumwelt zurück? Im Falle Nicaraguas kommen wir mit letztgenannter Haltung auf keinen Fall weiter. Denn dieser setzt voraus, sich sowohl mit den Sandinistas als auch den Miskito und all den gegenseitig begangenen Fehlern kritisch und vorurteilsfrei auseinanderzusetzen. Wer dies nicht kann, muß sich darüber im Klaren sein, daß er die Miskito (wie viele andere Indianergruppen auch) nur einseitig für seine eigenen Träume ausnutzt, ohne sich für deren Realität und Probleme ernsthaft zu interessieren.

An Nicaraguas Nordgrenze neue Indianerumsiedlung

»Wie gigantische Ameisenkolonnen«

Eine erneute Umsiedlungsaktion, mit der die sandinistische Regierung jetzt das gesamte von Miskitoindianern bewohnte Grenzgebiet am Rio Coco leergefegt hat, wurde im Dezember bekannt, als ein Hubschrauber der nicaraguanischen Luftwaffe abstürzte und 75 Miskitokinder dabei den Tod fanden. Der folgende Bericht aus Nicaragua erhellt den engen Zusammenhang zwischen Umsiedlungen und den Kämpfen an der Grenze mit Honduras, an denen auch eine "Miskito-Guerilla" teilnimmt. Auf ihren Hintergrund als religiöse "millenarische Bewegung" geht er genauso ein, wie auf die sich andeutenden Folgen der Indianerumsiedlung: Hispanisierung, Proletarisierung in staatlichen Agrarbetrieben, endgültiger Verlust der ohnehin schon mit anderen Kulturen vermischten indianischen Identität.

Nachdem im Januar 1982 rund 8000 Miskito vom mittleren und unteren Lauf des Grenzflusses Rio Coco zwangsweise in die neue Modellsiedlung Tasba Pri evakuiert worden waren, hat seit Ende November am oberen Flußlauf die zweite Umsiedlung stattgefunden. Laut der FSLN-Zeitung "Barricada" sind sechzehn Dorfgemeinschaften umgesiedelt worden, die "wie gigantische Ameisenkolonnen" durch den tropischen Bergwald der Isabela-Kordillere im Departement Jinotega, im nordwestlichen Teil der Atlantikregion marschierten. 1160 Menschen liefen sechs Tage lang von Yakalpani nach Wiwilí, 2372 zwölf Tage lang von San Andrés nach Amaka, und 1800 sind in 56 Helikopterflügen evakuiert worden. Insgesamt hatte ein Zensus 7410 umzusiedelnde Miskito ergeben.

"Und zwischen Tränen bieten sie der Revolution ihre Arme an" - so "Barricada" am 13. Dezember. Ob sie ihre Arme zum Kaffeepflücken so freiwillig anbieten, bleibt offen - ihre Tränen jedoch gelten ganz sicher den 75 Miskitokindern, die am 9. Dezember bei einem Helikopterabsturz der sandinistischen Luftwaffe in der Nähe von Ayapal den Tod gefunden haben. Die Kinder aus den Dorfgemeinschaften Raiti und Bocay waren nur ein bis fünf Jahre alt, sie, sowie neun Frauen starben in dem brennenden Wrack; die vier Besatzungsmitglieder, drei weitere Kinder und eine Frau überlebten die Katastrophe unverletzt. Das Verteidigungsministerium gab sofort ein Communiqué heraus, der staatliche Radiosender "La Voz de Nicaragua" sprach von "Mord", von einem "Massaker". Kulturminister Ernesto Cardenal beschuldigt Reagan und den israelischen Verteidigungsminister Sharon (der zur selben Zeit zu einem offiziellen Besuch in Tegucigalpa ist), Urheber des Unglücks zu sein. Ob der Hubschrauber tatsächlich beschossen worden ist (wie eine halbe Stunde später ein zweiter Helikopter, der sich aber in Sicherheit bringen konnte), soll eine Untersuchungskommission des sandinistischen Heeres klären. Aber die Anklage ist davon unabhängig:

Auf der Trauerkundgebung am 11. Dezember in Managua sagte Comandante

Daniel Ortega, Koordinator der Regierungsjunta vor 25000 Menschen:
 "Alle sind sie Opfer dieses ungerechten Krieges der Yankees und Somo-
 zisten, die die Revolution verhindern wollen." Die Argumentation stimmt:
 Ohne militärische Bedrohung von Honduras aus, keine Umsiedlungen und
 militärisches Sperrgebiet in der gesamten Grenzregion.

Nordamerikas geheimer Krieg

"Amerikas geheimer Krieg. Ziel: Nicaragua" Am 8. November vergangenen
 Jahres erscheint diese Titelstory des sonst gar nicht ~~sandinisten-~~
 freundlichen US-Nachrichtenmagazins Newsweek. Sie bringt ins Rollen,
 was alle liberalen und linken Publikationen zuvor nicht vermochten:
 Daß in den Vereinigten Staaten endlich die Gefahr eines neuen Chile,
 wenn nicht gar eines neuen Vietnam in Zentralamerika wahrgenommen
 wird. Detailliert enthüllt Newsweek die Aktivitäten des US-Botschaf-
 ters in Honduras, John Negroponte, der einen offenen Krieg zwischen
 Honduras und Nicaragua provozieren will. Mit der Newsweekstory, haben
 offenbar einflußreiche Kreise der Reagan-Regierung selbst diese
 Strategie einer offenen bewaffneten Invasion gekippt. So makaber es
 klingt: Gerade sie verschaffte nämlich den Sandinisten internationale
 Publizität und Unterstützung. Stattdessen setzen die USA jetzt mehr
 auf eine ständig latente militärische Bedrohung für Nicaragua, um die
 Bevölkerung zu verunsichern und der FSLN nur noch den Weg von Kriegs-
 ökonomie und finanziellem Bankrott offenzulassen.

Anti-sandinistische Kämpfer:

Somozisten, Ex-Sandinisten und Indianer

Am 30. November stellt in Mexiko der lateinamerikanische Journalisten-
 verband FELAP der Öffentlichkeit ein Videoband vor. Fast eine Stunde
 erzählt darauf der Argentinier Hector Francés, ehemaliger Agent des
 argentinischen Geheimdienstes, was er als - wie er sich selbst nennt -
 "Koordinator der antisandinistischen Konterrevolution in Zentral-
 amerika" erfahren hat. Francés geht von 3000 Somozisten in Honduras
 aus (verteilt auf die Lager Danlí, El Paraíso, Las Trojas, Nawasbila,
 Puerto Lempira und Mocorón), weiterhin von 2000 bewaffneten Miskito
 und 800 Kämpfern in Costa Rica. Dazu kämen noch tausende von Guerilla-
 kämpfern in Nicaragua selbst, die sich in zwei Lagern nahe der Gold-
 minen von Bonanza und Siuna an der Atlantikküste und vierzehn mili-
 tärischen Zellen in ganzen Land organisiert hätten. Nach Aussage des
 Ex-Geheimdienstlers wollen sie versuchen, im Nordosten ein "befreites
 Gebiet für eine Gegenregierung" zu erkämpfen. Durch Terrorpropaganda
 und das Eingreifen der Miskito-Guerilla sollte die Bevölkerung verun-
 sichert und die sandinistischen Streitkräfte aufgesplittet werden.
 "Mit einer Beteiligung der Miskito will man außerdem provozieren, daß
 physische Repression gegen ihre Dörfer ausgeübt wird. Sie wird ge-
 braucht, um die konterrevolutionären Kräfte öffentlich als Verteidiger
 der Rechte der Indianer hinstellen zu können."

Im Juli und August 1982 gab es die bisher heftigsten bewaffneten
 Auseinandersetzungen, an denen mehr als tausend anti-sandinistische
 Guerrilleros, allen Anzeichen nach in ihrer großen Mehrheit Indianer,
 beteiligt waren. Danach wurde es still an der Atlantikküste, und erst
 Ende Januar - gleichzeitig mit den unweit der Grenze stattfindenden
 nordamerikanisch-honduranischen Manövern - flammten wieder Kämpfe auf,
 diesmal in der Gegend um Bismuna, nahe dem Mündungsdelta des Rio Coco.
 Daß sich die Hauptkampfbzone im letzten halben Jahr weiter nach West-
 en vorlagert hat, ist direktes Ergebnis der ersten Indianerumsiedlun-
 gen. Das sandinistische Heer konnte seine Stellungen 50 km nach Süden
 zurückziehen und bekam so eine freie Schußzone. In den Anfang des

Jahrhunderts abgeholzten Pinien savannen kann sie die Guerilla heute
 verfolgen, ohne selbst nach Honduras einzudringen.

15 km von der Grenze entfernt, steht dort das Flüchtlingslager Moko-
 rón. 10000 Miskito sind hier vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge
 (UNHCR) registriert, von insgesamt 12000 in Honduras. Der UNHCR-Vertreter
 bei der Regierung in Honduras drängt mittlerweile darauf, das überfüllte
 Lager von Mokorón aufzulösen und die Indianer weiter in Landesinneren
 anzusiedeln. Das von der protestantischen Hilfsorganisation World
 Relief (USA) in UNO-Auftrag betreute Lager soll damit dem Zugriff
 der anti-sandinistischen Guerilla entzogen werden. Aber die Lagerlei-
 tung, die immer noch den mit den Somozisten verbündeten Steadman
 Fagoth als MISURASATA-Führer anerkennt, hat sich bislang geweigert, das
 vollkommen auf Lebensmittelschankungen angewiesene und die Insassen
 zur Apathie verdamme Lager aufzugeben. Kürzlich hat allerdings
 - laut einem Bericht der costaricanischen Zeitung La Nación vom 12.
 12.82 - auch Fagoth angekündigt, die Flüchtlinge würden sich 150 km
 entfernt von der Grenze am Rio Patuka bei Las Vegas ansiedeln.

Die "contra" - so sagt man in Nicaragua kurz für die anti-sandinis-
 tische "Konterrevolution" - ist heute fraktioniert in die von Somo-
 zisten geführten Organisationen in Honduras und in Florida einer-
 seits, die bürgerlichen und zum Teil auch ex-sandinistischen Parteien
 und bewaffneten Gruppen in Costa Rica andererseits. Entlang dieser
 Trennungslinie sind auch die anti-sandinistischen Miskito gespalten.
 Steadman Fagoth, ehemals Vertreter MISURASATAs im Staatsrat, steht
 für das Bündnis mit den Somozisten in Honduras. Brooklyn Rivera,
 früher Koordinator von MISURASATA, hat sich mit Alfonso Robelo, Eden
 Pastora und den Brüdern Chamorro-Rapacciolini zur Dachorganisation
 ARDE ("Revolutionäre-Demokratische-Allianz") zusammengeschlossen.
 Auch er scheint bewaffnete Kämpfer an der Atlantikküste zu haben,
 tritt aber derzeit wieder für einen Dialog mit der FSLN ein: um re-
 gionale und kulturelle Autonomie der Indianer und der afroamerikanischen
 Creoles, explizit innerhalb des nicaraguanischen Nationalstaates.
 In Costa Rica ist Rivera jedoch isoliert von den Miskito-Dorfge-
 meinschaften, den Flüchtlings- und Militärlagern von Fagoths Guerilla
 in Rús-Rús, Leimus, Auwasbila, Auka und Suhi, die er wiederum vom nord-
 amerikanischen Imperialismus gesteuert sieht. Absurd ist ander-
 seits seine Anschuldigung, die Helikopterkatastrophe sei "ein Ma-
 növer der neun sandinistischen Kommandanten" gewesen. Die Kinder seien
 auf der Erde ermordet worden, anschließend sei dann die "Farce des
 Unfalls für die internationalen Presseagenturen gestellt worden".

"Heiliger Krieg" der Indianer ?

Noch immer ist in den meisten Dorfgemeinschaften der Einfluß des
 Mannes groß, der nur den bewaffneten Kampf gegen die "Sandino-Kom-
 munisten" und für die Unabhängigkeit der Miskitoküste von Nicaragua
 gelten läßt. Steadman Fagoth ist eben nicht nur politischer Führer,
 sondern hat gewissermaßen prophetische Bedeutung. Nach den wenigen
 vorhandenen Informationen zu urteilen, wird die Miskito-Guerilla
 ideologisch nicht von der fundamentalistischen Mährischen Kirche be-
 stimmt, sondern konstituiert sich als eine millenerische Bewegung, aus
 religiösen Motiven gespeist. Die Vertreibung der Juden aus Palästina
 und ihre Rückkehr ins gelobte Land ist dabei die eigene zukünftige
 Geschichte; das Millennium (eigentlich das tausendjährige Reich der
 Offenbarung des Johannes, die Red) jedoch soll morgen schon anbrechen.
 "Mit der Bibel in der einen Hand und dem Gewehr in der anderen wer-
 den wir Widerstand leisten", sagt Wilbur Dixon aus der Lagerführung
 von Mokorón. So wird denn die Bedeutung der auch in Miskito sendenden



Brooklyn Rivera spricht auf einer MISURASATA'-Versammlung in Tuapi (Juli 81)

Radiostation "15.September" verständlich, des einzigen Massenkommunikationsmittels an der Miskitoküste. Sie sucht das Überleben der ethnischen Identität an den religiösen (jedoch nicht missionarischen!) und militärischen "Befreiungskampf" zu binden. Ethnische Militanz hat sich hier in millenarische verkehrt. Nicht um Entkolonisierung und Selbstbestimmung geht es, sondern die Projektion ihrer Gemeinsamkeit (die segmentären Gesellschaften nur in Krisen bewußt wird) wird auf die Übernatürliche Ebene "externalisiert", und entfremdet ihnen damit die zuvor machtlosen Führer. Wie Pfarrer, Älteste und Dorfführer auf diesem Umweg auch reale politische Macht bekommen können, hat sich in der sozialen Extremsituation des Flüchtlingslagers Mokoron als Ghetto gezeigt.

"Dieser naive Nativismus hat beim Miskito-Volk eine Mobilisierung für den "Heiligen Krieg" erzeugt. Aber solche Mobilisierungen sind sehr instabil und werden langfristig das Volk neutralisieren. Es wird sich frustriert fühlen, wenn es sieht, daß seine Erwartungen nicht erfüllt werden." (Envio, Dezember 1982, S.24). Die unmögliche Erfüllbarkeit des diesseitigen Milleniums wird die übersteigerten Wünsche und Erwartungen aber nicht für alle Anhänger dechiffrieren. Das Scheitern derartiger Bewegungen führt meist zur Rückkehr zum alten orthodoxen Glauben (hier zum Protestantismus) und/oder zu einer revitalistischen kulturellen, vielleicht sogar politischen Bewegung (wie es MISURASATA 1979 und 1980 war) und, dann allerdings für wenige, in religiösen Sektarismus, der das Millenium wieder ins Jenseitige projiziert.

Regierungspolitik an der Atlantikküste

"In der ersten Zeit haben wir den Irrtum begangen, unsere Träume über die Atlantikküste ein wenig zu idealisieren. Die Realität hat uns gelehrt, daß es dort zehn Monate im Jahr regnet, so daß wir noch nicht einmal die Materialien für Schulen und Gesundheitszentren herbeischaffen können und daß es nicht genügend Arbeitsplätze das ganze Jahr über für alle Brüder gibt, die in diesem Gebiet leben." William Ramirez, früher Minister des inzwischen aufgelösten Atlantik-Küstenministeriums INNICA, ist jetzt ziviler Chef der Regionalregierung an der nördlichen Atlantikküste mit Sitz in Puerto Cabezas. Sein früherer Vizeminister, der Creole Lumberto Campbell wurde als

Regionalverantwortlicher in Bluefields für den südlichen Bereich eingesetzt. Alle Regierungsinstitutionen an der Atlantikküste sind neu geordnet worden, und jetzt wird für jede Dorfgemeinschaft ein Delegierter der Regionalregierung ernannt.

Am 8. Dezember sind die ersten Agrarreformtitel an der Atlantikküste sechs neu gegründeten Kooperativen in der Nähe von Puerto Cabezas übergeben worden. Dagegen ist die Lösung der Landfrage, wie sie die Regierung in einer feierlichen Erklärung am 12.8.1981 bekanntgegeben hat, bislang nicht konkretisiert worden. Danach sollten die indianischen Dorfgemeinschaften Rechtstitel über den traditionell von ihnen bearbeiteten Boden erhalten.

Tasba Pr1

Das Siedlungsprojekt für die ersten vom Rio Coco evakuierten Miskito ist gerade ein Jahr alt. Wie sieht Tasba Pri ("Freies Land") heute aus? Welche Folgen hatte die für eine militärische Strategie notwendige Umsiedlung für die Indianer? Zur Zeit sind Besuche von Journalisten und Untersuchungskommissionen nicht möglich. Aber das für das



Tasba Pri: Feldarbeit (Mai 82)

Ausland geschriebene Bulletin "Envio", das vom Historischen Institut der Jesuitenuniversität UCA in Managua herausgegeben wird und der FSLN-Politik nahe steht, versucht eine Zwischenbilanz:

"Die Dorfgemeinschaften reorganisieren sich in jeder Neusiedlung. Die Familien strukturieren sich in einer anderen Form als vorher, da nach der Evakuierung viele junge Männer die Grenze nach Honduras überquert haben und viele Frauen hier allein leben, Mütter ohne Ehemann, Kranke und Alte. Ein langer Anpassungsprozeß wird erforderlich sein, die Verwandtschaftsbeziehungen wieder herzustellen und Familien zusammenzuführen. Der größte Unterschied ist das urbane Phänomen. Nie haben sie so dicht zusammengelebt und auf solche Art. Noch sind die Neusiedlungen "von oben" zusammengestellt. Noch gibt es keinen Keim genuinen sozialen Lebens."

Andererseits seien die Versuche kollektiver Produktion zwar schwierig, ökonomisch aber erfolgreich. Neben dem Anbau von Grundnahrungsmitteln ist die Anlage von Zitrusplantagen in Tasba Pri geplant. - "Das Verhältnis zum Staat wird direkt durch die Frente hergestellt. Die schwierige militärische Situation vermittelt ihnen teilweise eine negative Wahrnehmung der FSLN. Die verschiedenen Ministerien beginnen, Miskito-Personal als Repräsentanten in den Neuansiedlungen zu benennen. Dies ist ein großer Erfolg."

Hispanisierung und Proletarisierung

Für die Betroffenen der jüngsten, gerade abgeschlossenen Evakuierungen wird es kein zweites Tasba Pri geben, keine mit hohen personellen und finanziellen Kosten verbundenen Projekte wie die neuen Miskito-Siedlungen am Rio Kukalaya. Soweit bisher bekannt, werden die Sumu- und Miskitoindianer der zweiten Umsiedlungswelle auf "staatliche Produktionseinheiten" - Staatsgüter, die keine kooperative Organisation haben - verteilt. "La Aurora" zum Beispiel, mit bisher 25 festen Arbeitern, bekommt fünf Familien mit 32 Personen, die sich "inzwischen", so "Barricada" am 11.12.1982, in die Kaffee-Ernte integriert haben. "El Quetzal", das bisher 500 Kaffeeplücker hatte, nimmt 150 Miskito-Familien aus San Andrés de Bocay auf. Damit wird den zerrissenen indianischen Dorfgemeinschaften nur der Weg unvermittelter Hispanisierung bleiben. Sie, die nicht mehr auf ihrem angestammten Land leben dürfen, das durch den Grenzkrieg von heute auf morgen verloren ist, werden nun für den Agrarexport unter Bedingungen einer Kriegswirtschaft arbeiten müssen. Als proletarisierte Landarbeiter aber haben sie die materielle Basis ihrer indianischen Identität schon verloren. Die Destruktion ihrer Kultur und Sprache wird zwingend.

"Die Miskito-Bevölkerung, die zerstreut auf schlechtestem Boden lebte, erreichte (vor der Revolution) nicht einmal eine kulturelle, eine Stammesmentalität... Ihre kulturelle Verlassenheit grenzte oft an's Primitive." Dieser offene Hispanozentrismus steht im großen Leitartikel der "Barricada" vom 13.12.82, der die Umsiedlungen rechtfertigt. Während die meisten Tieflandvölker immer noch kleiner werden und vom Aussterben, vom Genozid, bedroht sind, gibt es heute in Nicaragua und



Mährische Kirche in
Puerto Cabezas (Mai 82)

Honduras, an der historischen Miskitoküste, schon etwa 200.000 Miskito - die größte Tieflandethnie ganz Lateinamerikas (im riesigen brasilianischen Amazonasbecken rechnet man nur 250.000 Indianer). Sie, die ein "kolonialer Stamm" sind, eine rassische Mischung von entlaufenen schwarzen Sklaven und alten indianischen Völkern, können sich gegenseitig als Miskito nur identifizieren, wenn sie in ihrer Miskito-Sprache miteinander reden. Ihre Sprache und ihre Religion - der Protestantismus der Mährischen Brüdermission, auch wenn heute schon ein Drittel zum Katholizismus konvertiert ist - ihre Geschichte als Indianer, die nie versklavt waren, die Kolonialherren hatten, aber bisher die Selbstverwaltung ihrer Dörfer besaßen, sowie ihre Zugehörigkeit zu einer Dorfgemeinschaft, sind es, wodurch sie selbst sich als Miskito kenntlich machen.

Heute ist ihre autochthone indianische Kultur längst zu einer Mischkultur geworden, dennoch bleibt es eine außereuropäische und nicht lateinamerikanische Kultur. Frantz Fanon schreibt über den Kolonisierten, daß der Herr den Knecht "macht": zu seinem entmenslichten Arbeitsochsen zum Zwecke der Ausbeutung. Diese Geschichte zugleich hinter sich zu lassen und sich dennoch für die Aufhebung (im doppelten Sinn) der kulturellen Traditionen, also der eigenen kulturellen Verschiedenheit starkzumachen, in einer endlich selbstbestimmten Zukunft - Darum muß es den Miskito gehen, wenn sie nicht zwischen einer nationalen Revolution und einer international organisierten Konterrevolution zerrieben werden wollen. Wenn diese auch behauptet, auf Seiten der Indianer zu stehen: Die indigenen Völker in Nicaragua streiten für Entkolonialisierung, nicht für eine Neuauflage des somozistischen Neokolonialismus an der Atlantikküste. Ethnische Militanz ist hier Kampf gegen die kulturelle Zerstörung, die auch eine Form des Ethnozids ist.



Plakat in Bluefields: "Schlag das Buch auf, erhebe die Faust!"

GUATEMALA

Rolle der evangelikalen Sekten im Counterinsurgency-Programm Rios Montts

"Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet."
(Römer 13,1)

"Überall im Lande wachsen jetzt die Versammlungshäuser der evangelikalen Sekten wie Pilze aus dem Boden," berichtet ein Guatemalteke, der nach Jahren wieder einmal einen Besuch zu Hause verbrachte. "Ganze Heerscharen von freiwilligen Helfern verteilen religiöse Traktate in Bussen, auf öffentlichen Plätzen und Märkten, sammeln Geld, werben mit Megaphonen, verwickeln Passanten in Gespräche. So was hat man früher in diesem Ausmaß nicht erlebt."

Protestant zu sein, galt zwar schon immer als ein Gütezeichen innerhalb bestimmter Berufskreise der Verwaltung und Banken etwa, z.B. bei Buchhaltern und Kassierern sowie fachlich qualifiziertem Führungspersonal von Betrieben. Es stand für Zuverlässigkeit, Genauigkeit und Unbestechlichkeit. Protestanten haben darüber hinaus den Ruf, besonders loyal zu sein und ambitioniert. Sie beteiligen sich nicht an Streiks und politischen Oppositionsbewegungen. Doch bis vor nicht allzu langer Zeit war der Protestantismus nur bei einer Minderheit von 8 bis 11% vertreten. Das ist seit dem Militärputsch vom 23. 3. 82 anders geworden.

"Es ist gegenwärtig sozusagen 'in', Protestant zu sein, schließt unser guatemaltekeischer Informant, "besonders in Militärkreisen."

Nicht wenige Offiziere, die zur Ausbildung in Counterinsurgency in den USA weilten, kehrten als Protestanten zurück. Dieser Prozeß begann schon vor 1976. Rios Montt selbst konvertierte während seiner Zeit als Leiter der 'interamerikanischen Schule der Verteidigung' in Washington zur evangelikalen Sekte 'El Verbo', 'Kirche des ganzen Wortes', die mittlerweile in Guatemala über 1200 Anhänger verfügt. Vorher war sie fast unbekannt.

Wie ist dieser Trend zu verstehen?

Ein Grund, sicher von nicht geringer Bedeutung bei den Militärs, die in Guerillabekämpfung ausgebildet werden, mag darin zu suchen sein, daß puritanisches Weltverständnis ihren Gewissenskonflikt gegenüber der Armut in weiten Bevölkerungsteilen ihres Landes entlastet. Während die katholische (und europäisch-protestantische) Kirche größtenteils von der Lehre der Barmherzigkeit ausgeht, vermitteln die evangelikalen Sekten der USA ein Bild selbstverschuldeten Elends aufgrund eines 'falschen Glaubens'. Religiöse Ideologie verbindet sich hier mit Rassismus und Antikommunismus und bietet als Alternative zur Armut den 'american way of life'.

Dies aber ist nur ein Aspekt, wenn auch ein sehr zentraler innerhalb der psychologischen Kriegsführung gegen den revolutionären Widerstand des guatemaltekeischen Volkes. Viel profaner und von materiellen

und existentiellen Überlegungen begründet ist der Glaubenswechsel bei vielen durch die Tatsache, daß, seitdem mit Rios Montt der Protestantismus sozusagen hoffähig geworden ist, ein entsprechendes Bekenntnis Vorteile mit sich bringt: im Kampf um den Arbeitsplatz (bei derzeit 50%iger Arbeitslosigkeit) werden neuerdings Angehörige einer protestantischen Kirche bevorzugt. - Und bei der ungebrochenen Willkür von Militär und Staatsorganen kann es u.U. lebensrettend sein, sich als Protestant auszuweisen.

Doch obwohl es im opportunistischen Sinne klug ist, sich einer der 200 evangelikalen Sekten im Lande anzuschließen, vollzieht sich unter der Oberfläche traditioneller religiöser Toleranz ein immer breiter werdender Riß. Und nicht wenige, die vordergründig bereit wären, den allgemeinen Trend mitzumachen, äußern bereits jetzt ihre Angst vor einer künftigen Abrechnung an den evangelikalen Überläufern, wenn die Tage Rios Montts vorbei sind.

Denn es häufen sich schon die Fälle des Machtmißbrauchs in den protestantischen Kreisen um den selbsternannten Präsidenten. Und wenn 'Radio Mundo' in Guatemala unlängst von einem 'heiligen Krieg' gegen die Subversion sprach, werden viele womöglich dieses Wort zurückgerichtet haben gegen die neuen Machthaber von Gottes Gnaden, wie sich Rios Montt selbst gerne darstellt und verehren läßt.

Es ist ohne Zweifel ein gefährliches Spiel, das er da treibt.

Programmatik der evangelikalen Sekten auf dem Lande

Die amerikanischen Missionare kommen mit Hilfsprogrammen für die arme Bevölkerung auf den Dörfern. Indem sie Impfaktionen anbieten oder Hygienekurse abhalten, Alphabetisierungsgruppen einrichten und anschließend noch kostenlos Bibeln verteilen, gewinnen sie allmählich das Vertrauen der in erster Linie randständigen Teile der dörflichen Sozialstruktur: arme Ladinos (Mestizen) und halbproletarische bzw. besitzlose indianische Campesinos.

Durch die enge familiäre Lebensweise der Indigenas kann mit Eintritt eines Einzelnen zu einer der oft zahlreich nebeneinanderher bestehenden Sekten in einem Dorf u.U. eine recht ansehnliche Mitgliederschaft gewonnen werden.

Die faktische Folge ist damit eine Aufspaltung der Dorfgemeinschaft in eine traditionelle, der katholischen Kirche verbundene Zentralgruppe, sowie eine oder mehrere verschiedene kleine Randgruppen, die jeweils ihrer Sekte verpflichtet sind und künftig auch von dieser nahezu total in Beschlag genommen werden, so daß der potentielle Zusammenhalt mit der Dorfgemeinschaft brüchig wird.

Ein sekundärer Gewinn, wenn auch nicht immer die Regel, ist, daß die so den neuen Missionaren hörige Gemeinde tendenziell zum Informationszuträger hinsichtlich der Formierung des Widerstands auf dem Lande geködert werden kann. Dies ist auch der Grund, weshalb prinzipiell und überall der CIA ein Interesse an der Unterstützung und Verbreitung der evangelikalen Sekten hat.

An einem protestantischen Durchschnittssonntag

... vergeht der Morgen mit Singen, Beten, Laienpredigten und persönlichen Bezeugungen der Hilfe Gottes, zu der im Prinzip jedes Mitglied aufgerufen ist. Mittags wird im Beisein der Verwandten gekocht, gegessen und gesungen, und am Nachmittag kommt der Missionar zur Predigt und gegebenenfalls zur Taufe des neu bekehrten Mitglieds. Dann zieht die Gemeinde an den See oder an den Fluß.

Am Abend wiederholt sich noch einmal dasselbe wie am Morgen. Mit-

unter wird ein Film gezeigt vom Leben in der Mutterkirche der USA.

Wie ein Delegierter von Amnesty unlängst berichtete, der einem solchen Filmvortrag beiwohnte, wirken die Zuschauer hernach beschämt und von Minderwertigkeitsgefühlen bedrückt. Das ist auch die Absicht. Denn so kann die Illusion aufgebaut werden, daß falscher Glaube zu Armut und 'richtiger' Glaube zu Wohlstand führt. Und an diese Illusion knüpft sich die trügerische Hoffnung der Armen, durch Gefügigkeit Gottes Gnade und Segen teilhaftig zu werden. Denn soziale Empörung ist vor Gott nicht wohlgerällig. (Und vor den Herrschenden noch weniger.)



Sozialstruktur der Indigenas

Die Indianer Guatemalas sind ein Volk der Beherrschten; ihre soziale Identität ist Produkt einer 450-jährigen Geschichte der Kolonialisierung und Unterdrückung, sie ist vielfach gebrochen vielleicht, aber wieder zusammengewachsen, indem sie Merkmale des ihnen auferlegten Zwangs integriert hat. Dieses Phänomen, als Synkretismus bezeichnet, zeigt sich auf vielen Ebenen. Hier nur ein paar Beispiele dazu:

- ihre bunte, typische Kleidung wurde ihnen, so ist die offizielle Meinung, von der spanischen Konquista aufgezwungen. Doch sie haben sie akzeptiert und deren Herstellung zu einzigartiger Kunstfertigkeit und Schönheit entwickelt. Sie tragen sie bewußt, und die Mütter achten darauf, daß ihre Söhne (auch wenn sie sich in der Stadt mitunter deswegen schämen) die Tradition fortsetzen.
- ihre Sprachen haben sie seit der spanischen Eroberung bewahrt, obgleich die Zahlwörter spanisch sind (was praktisch ist im 'internationalen' Warenaustausch beispielsweise zwischen Quiché und Pokomchi).
- die *cofradía*, der Rat der Ältesten des Dorfes, der *Principales*, ist einer der Hauptpfeiler der indigenen Sozialstruktur, entscheidend

im zeremoniellen, kulturellen und kommunalpolitischen Leben der Gemeinschaft. Dennoch ist sie spanischen Ursprungs (span.: Laienbruderschaft).

- und ihre tiefe Religiosität folgt der katholischen Lehre, obwohl es nebenher Zeremonien gibt, die nichts mit dem katholischen Glauben zu tun haben, und Heilige, die in keinem katholischen Lehrbuch genannt werden.

Santiago Atitlán zum Beispiel

Die Vorbereitungen der Osterwoche, der größten Festzeit ganz Lateinamerikas, kreisen in Santiago um den Heiligen Maximón. In der katholischen Kirche des Dorfes steht seine Statue, geheimnisumgeben, denn sein Gesicht ist von vielen Tüchern verhüllt, und niemand außer dem jährlich wechselnden und von der *Cofradía* gewählten Zeremonienmeister der Osterprozession hat je sein wahres Antlitz gesehen. Nur er darf am Tage vor Karfreitag die bunten Tücher abnehmen, die dann einer rituellen Waschung unterzogen und zum Trocknen in die Sonne gelegt werden.

Da treffen Delegationen aus den umliegenden Dörfern und von der Küste ein, die sich an der Zeremonie beteiligen, und es ist Aufgabe des Zeremonienmeisters, die Menge zu bewirten. Insofern ist sein Amt - zwar außerordentlich ehrenvoll - aber nicht billig.

Während der Osterprozession wird auch das hölzerne Standbild des Gekreuzigten im Zug mitgetragen, aber das Fest, so hat es den Anschein, gilt eigentlich Maximón.

Maximón ist ein autochthoner Heiliger der Indigenas, auch wenn er, gelegentlich auf Fotografien(!) abgebildet, mit Anzug und steifer Melone aussieht wie der Fleisch gewordene Uncle Sam persönlich. "Aber das ist ganz unwichtig," erklären die Indigenas, "denn Maximón hat viele Gesichter." -

Er hält die moralischen Bande der Welt zusammen, d.h. das Gemeinschaftsleben der Indianer. Und er liebt Schnaps und Zigarren. Beides wird ihm noch heute an den wenigen Naturkultstätten geopfert. Eine Tatsache, auf die die zum evangelischen Glauben konvertierten Indigenas gelernt haben, mit einer gewissen Geringschätzung herabzusehen.

Kirche und Revolution

In dem oben beschriebenen Sinne ist auch der katholische Priester des Dorfes nicht mehr und nicht weniger als ein besonderer *Principal*, den man um Rat fragt.

Es ist diese flexible Form des passiven Widerstandes, der es den Indianern Guatemalas möglich gemacht hat, als Volk 450 Jahre der Unterdrückung hindurch zu überleben.

(Verstehen Sie das, Herr General Ríos Montt? Oder vielleicht erklär ich's nochmal mit einem Vers von Berthold Brecht aus dem Gedicht 'Von der Entstehung des Buches Tsoteking auf dem Wege des Laotse in die Emigration': "... daß das weiche Wasser in Bewegung, mit der Zeit den mächtigen Stein besiegt. Du verstehst, das Harte unterliegt!")

Und mit der Zeit haben die Priester in den ländlichen Gemeinden begriffen, daß ihre Arbeit nur dann noch einen Sinn hat, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert werden.

Ebenso haben die politisch-militärischen Widerstandsorganisationen gelernt, daß sie die Indianischen Gemeinschaften nur dann erreichen,

wenn sie ihre tiefe Religiosität in Betracht ziehen.

Und die Indigenas haben begriffen, daß sie nur dann ihre Situation verändern können, wenn sie sich zum Widerstand organisieren.

Logisch, daß die Generäle nun einen Feldzug gegen die Religion (mit ihrer Religion) führten, um diese Einheit des Widerstands zu treffen.

Ein kurzer historischer Rückblick

Als 1870 Rufino Barrios, der 'Reformer' genannt, die Macht der katholischen Kirche zurückdrängte, große Teile ihrer Ländereien zwecks Intensivierung des Kaffee-Anbaus privatisierte und ausländische Ingenieure und Investitionskapital ins Land holte, öffnete er Guatemala auch dem Einfluß nordamerikanischer Sekten. In Bezug auf Religionsfreiheit wurde Guatemala eins der fortschrittlichsten Länder Lateinamerikas.

Einen zweiten Aufschwung evangelikaler Missionstätigkeit erlebte das Land um 1960 mit der Konsolidierung der neuen Militärdiktatur. Die protestantischen Hilfswerke, ein gigantisches Trojanisches Pferd, inzwischen mit einem Milliarden-Jahresetat (Newsweek), mit Hilfe dessen die USA ihre kapitalistische Ideologie und konterrevolutionären Spitzeldienste exportierten, arbeiteten mit den Militärs eng zusammen. Sie begannen, ihre Arbeit in den indianischen Gemeinden des zentralen Hochlands zu intensivieren.

Nachdem sich 1968 die lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellin/Kolumbien für die Stellung der katholischen Kirche an der Seite der Armen und Unterdrückten aussprach, entwickelten die USA mit dem Rockefeller-Plan ein missionarisches Großprojekt der Evangelikalen im Gegenzug.

Das Erdbeben Anfang 1976, das weite Gebiete Guatemalas zerstörte und ca. 22 000 Menschen das Leben kostete, war dann der ausschlaggebende Anlaß für eine erneute Invasion US-amerikanischer Sekten. Seitdem stieg die Zahl ihrer Mitglieder von 300 000 auf ca. 1,8 Millionen - 22% der Bevölkerung. Am 100. Jahrestag der protestantischen Kirche Guatemalas Anfang November 82 nahmen 750 000 an einer landesweiten Sternfahrt in die Hauptstadt teil. (Newsweek)

"El Verbo" und das Netzwerk der evangelikalen Sekten

'Evangelisch' ist ein unscharfer Begriff, der alle religiösen Richtungen außer der katholischen umfaßt.

Z. B. die lutherischen oder reformierten Gemeinden, wie wir sie aus Europa kennen, ebenso wie die gestandenen US-amerikanischen Glaubensgemeinschaften der Presbyterianer und Baptisten, der Methodisten, Nazarener und Quaker.

Unter ihrem jeweiligen Namen gibt es auch in den Ländern Lateinamerikas Gemeinden, die je nach Bedürftigkeit von ihrer Zentralorganisation unterstützt werden, direkte Zweige sozusagen des nordamerikanischen Stammes.

Und daneben wuchern und wachsen neue Triebe, Glaubenshäuser mit eigenem Namen, die jedoch zur großen Gemeinschaft der Baptisten, Methodisten etc. zählen. Reiche Gemeinden, darunter wie z.B. die 'Iglesia de Belen', 'die Kirche Bethlehems', zu deren Mitgliedern beispielsweise die Familie Granai gehört, Teilhaberin des Bankhauses 'Granai und Thompson' in Guatemala-City, oder Familie Villagran-Kramer, ehemals Vizepräsident der Ära Lucas, der 1980 ins US-amerik. Exil ging und von dort den Völkermord der guatemalteckischen Militärs anklagte....

Und arme Gemeinden, deren finanzielle Unterstützung gegebenenfalls von den Missionswerken der Mutterkirche kommt, im Falle der baptistischen Kirche die mächtige 'Mission Centralamericana' in Guatemala.

mundo unido'.

Eine besondere Stellung haben die protestantischen 'iglesias independientes', die finanziell unabhängigen Gemeinden, inne, die aus Prinzip finanzielle Zuwendungen ablehnen, um ihre Selbständigkeit zu wahren. Sie sind zumeist auch die sozial kritischeren - und die verfolgten.

Doch in Gottes Garten gedeihen viele Gewächse, darunter Spezies wie die Zeugen Jehovas, Mormonen, Adventisten und Pfingstler, auch 'wiedergeborene Christen' genannt, und Fundamentalisten; letzteres ist ein Exemplar, das so traurige Blüten trug wie die der 'Ukiah-Valley-Sekte' des Reverend Jim Jones, der 1978 im Urwald Guyanas den kollektiven Selbstmord seiner Anhänger befahl. (Akwasasne Notes)

Und ein nicht minder trauriger Auswuchs dieses Stammes ist die Sekte 'Gospel Outreach', 1970 in Eureka/Kalifornien gegründet.

Nach dem Erdbeben 1976 in Guatemala entsandte sie Hilfe zum Wiederaufbau der zerstörten Dörfer. In dieser Zeit gründete sie in Guatemala die Gemeinde 'El Verbo', der Rios Montt angehört. Heute unterstützt sie aktiv sein Genocid-Programm.

Teilnahme der Fundamentalisten am Counterinsurgency - Programm

Es ist bekannt, daß das US-State Department in den Putschplan vom 23. 3. 82 eingeweiht war. (New York Times, 25.3. 82) Noch nicht ausgeleuchtet ist, inwieweit die USA aktiv daran mitgewirkt haben. Doch es ist klar, daß der entscheidende Mann feststand, der den Plan 'Befriedung und Ausrottung des Kommunismus' zu Ende führen sollte (Ein 240 Seiten starkes US-Geheimdokument, das von Elias Barahona y Barahona im Sept. 1980 der Presse übergeben wurde, nachdem er 2 Jahre unerkannt als Mitglied der Widerstandsorganisation EGP im Innenministerium Guatemalas tätig war).

Und besser als unter seinem Vorgänger Lucas, sollte es Rios Montts Auftrag sein, die Liquidierung des Befreiungskampfes in Guatemala zwar mit allen Mitteln, doch möglichst lautlos durchzuführen.

Erstaunlich war von Anfang an die Präzision der Propagandamittel, über die Rios Montt verfügte, weil für guatemalteckische Verhältnisse untypisch. Inzwischen weiß man mehr über die Hintermänner dieser psychologischen Kriegsführung. Sie sind in den Reihen der fundamentalistischen Sekte zu suchen, die auch die entsprechenden Gelder zusammentrommeln.

Da wäre James Degolyer zu nennen, einer der neuen geistigen Berater Rios Montts und US-amerikanischer Public Relation Manager. (NYTimes) Ferner Carlos Ramirez, Oberhirte von 'El Verbo' und geistlicher Ratgeber, der auf Werbekampagne durch die USA geschickt wurde, um das Image des Völkermordregimes aufzupolieren und die Kriegskassen zu füllen. Dann Pat Robertson, prominentestes Mitglied der US-amerikanischen Pfingstgemeinde und Chef des Christian Broadcasting Network. Er schickte ein Filmteam ins Hochland Guatemalas und zeigte eine 3-teilige Serie über die 'Verbrechen der Guerilla' an der indianischen Bevölkerung in seiner evangelikalen TV-Show "The 700 Club".

Francisco Bianchi, Spitzenbevollmächtigter für Public Relation des Präsidenten, gewann auf good will tour in den USA Jerry Falwell, prominenten US-Fernsehprediger und Kopf der landesweiten Bürgerbewegung "Moralische Mehrheit", ein glühender Antikommunist ebenso wie Billy Graham, Massenprediger wie er selbst, und Bill Bright, Kopf der Bewegung "Christen auf Kreuzzug an den Universitäten". William Midden-dorf, US-Botschafter bei der 'Organisation Amerikanischer Staaten', war mit von der Partie. Sie alle inclusive Pat Robertson wandten sich in Hunderten von Bittbriefen an ihnen fromm geneigte Gruppen und Gemeinden, um sie zur Propaganda und Spenden für Rios Montt aufzufordern.

Und während die guatemaltekeische Kommission für Menschenrechte am 9. 12. 82 in Mexico das Regime Rios Montt anklagte, daß seit dem Putsch über 10 000 Menschen umgebracht, mehr als 100 Dörfer vernichtet und 1,5 Millionen Menschen vertrieben wurden;

und am 4. 12. 82 die dritte Kommission der UNO Rios Montt dieser Verbrechen beschuldigte,

oder am 8. 12. 82 die American Anthropological Association die Regierung der USA mitschuldig sprach und sie bezichtigte, illegal seit 1977 über 20 Hubschrauber an Guatemala ausgeliefert zu haben,

klangen noch die Worte Carlos Ramirez', des persönlichen Seelsorgers Rios Montts, nach, der öffentlich verkündete, 'er brauche segensreiche Hubschrauber ('mercy helicopters'), um in die Dörfer zu kommen und seinen Brüdern zu helfen'. (Akw. Notes)

Derweil bot PAN Am an, im ungenutzten Frachtraum ihrer Maschinen kostenlos Güter jeglicher Art nach Guatemala zu transportieren. (Akw. Notes - vielleicht auch bakteriologische Waffen? - vgl. dazu u.a. El Dia, Mex., 6.7. 82)

Des weiteren hat sich Bob Means, US-Koordinator für das Missionswerk von Gospel Outreach, 'International Love Lift', zum Ziel gesetzt, bis Ende 83 10-20 Millionen Dollar zusammenzubringen, um eine Karavane von mind. 1000 LKW mit Nahrungsmitteln, Werkzeugen, Medikamenten und Ausrüstungsgütern auf eine Public Relation Tour durch die USA nach Guatemala zu schicken. Gedacht ist dabei vor allem an den Publicity-Effekt, um Kritiker unter den einflußreichen Persönlichkeiten des Landes umzustimmen und weitere Organisationen zur Nachahmung anzuregen.

Und 'Youth with a Mission', ein weiteres evangelikales Hilfswerk, rüstet 2 Schiffe mit Hilfsgütern für Guatemala aus.

Bill Brights von 'Christian Campus Crusade' denkt an eine Missionierung der 'roten Studenten' an der nationalen San Carlos Universität in Guatemala. (Ob die Studenten bis dahin wohl vergessen haben, wer seit 1978 über 6000 ihrer Kommilitonen und Uni-Bediensteten umgebracht hat? -vgl. siag)

Dies alles sind nicht nur fromme Pläne; die Berichte mehren sich inzwischen, daß Vertreter von International Love Lift und Youth with a Mission bereits aufs engste mit den entsprechenden militärischen Stellen zusammenarbeiten und daß Evangelisten der fundamentalistischen Sekte ihre Arbeit in den strategischen Dörfern und den Zivilpatrouillen aufgenommen haben.

Schließlich geht es um handfeste imperialistische Interessen, oder wie Bob Means von ILL-Programm in einem Begleitschreiben zu seinen Bittbriefen unmißverständlich sagt:

"Indem wir dies tun, wollen wir die marxistische Position aufweichen und ihre Möglichkeiten vermindern, um uns die reichen guatemaltekeischen Ölvorkommen, Titanium und andere wertvolle Rohstoffe zunutze zu machen." - Gehts noch deutlicher? - (Covert Action)

Quellen: Newsweek, 29. 11. 82

siag-press

Informador de Guatemala, Nr. 27

Akwesasne Notes, Winter 82

El Dia, Mex. 5.12. 82

Covert Action, Nr. 18, 1982

Das Volk hat ein Recht auf bewaffneten Widerstand

Ende Januar tagte in Madrid drei Tage lang das internationale "Ständige Völkertribunal" Zeugen und Sachverständige schilderten, was seit Jahren Alltag ist in Guatemala. Zum Abschluß seiner Beratung veröffentlichte das Tribunal, dem 15 Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern, unter ihnen mehrere Nobelpreisträger angehören, den Schlußbericht. Darin wird die Militärregierung Guatemalas des Völkermordes und der systematischen Verletzung der Menschenrechte angeklagt. Mindestens 50.000, wahrscheinlich aber über 100.000 Morde wurden dem Bericht zufolge seit 1954 in Guatemala verübt. Besonders schwer betroffen seien hiervon die Indianer.

Abrichtung und Gehirnwäsche

Hinter einer Leinwand, die ihn verbarg, hörte man die Stimme des Ex-Sergeanten der guatemaltekeischen Armee, Pedro Ruiz:

"Der Leutnant selbst brachte uns bei, wie man Frauen vergewaltigt. Vorher gaben sie uns Drogen, die bewirkten, daß wir uns sehr stark fühlten, wie ein richtiger Macho. Und dann schlugen sie uns, bis wir bluteten, aber man spürte gar nichts. Das kam von den Drogen.- Mit 17 habe ich mich bei der Armee gemeldet. Ich war froh, endlich Schuhe zu bekommen. Ich bin Indianer aus dem Quiché. Ich dachte daran, endlich richtig zu essen zu bekommen. Es dauerte eine Weile, bis mir auffiel, daß sie den Hunden Fleisch gaben, während wir nur Bohnen und Reis bekamen."

Zeuge Pedro, ebenfalls Indianer, erzählt, welche Methoden bei der Gehirnwäsche angewandt werden, damit sie, die Indianer, ihre eigenen Leute umbringen. So wie er es tat.

Und Juan schildert, wie er in die Zivilpatrouillen gezwungen wurde und was er da erlebte: "Wir saßen gerade mit zwei Kindern beim Essen. Da kamen die Soldaten. Einer der Jungen konnte entweichen, den anderen griffen sie sich und brachten ihn um. Dann suchten sie und fanden den zweiten Jungen. Der war 5 Jahre alt. Sie schlossen ihn im Haus ein und zündeten das Haus an. Der Junge verbrannte"-

Der Präsident befahl das Massaker

Das Tribunal beschuldigte die Regierung Guatemalas der Unterdrückung der Bevölkerung und des Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in der UN-Charta verankert ist. Darüberhinaus werden die Methoden, mit denen die Regierung ihren Krieg gegen die vereinigte Guerilla führt - d.h. Terror gegen die Zivilbevölkerung - als Kriegsverbrechen im Sinne der Genfer Konventionen bezeichnet.

Das Ausmaß an Folter, Mord und Verschleppung - geplant und ausgeführt oft von hohen Staatsbeamten - sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit entsprechend der Anlagen in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Der ehemalige Pressesekretär des guatemaltekeischen Innenministers, der Journalist Elias Barahona y Barahona berichtet beispielsweise, daß das Massaker vom 31.1.1980 in der spanischen Botschaft in Guatemala City direkt vom damaligen Präsidenten, General Lucas Garcia angeordnet worden war. 37 Menschen kamen dabei ums Leben. Eine Abordnung von Indianern hatte das Botschaftsgebäude gewaltlos besetzt, um gegen die Regierung zu protestieren und die Weltöffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Lucas Garcia habe in Anwesenheit des Außenministers, des Propagandasekretärs und Barahona selbst mit den Worten "Holt die Bauern raus - egal wie", angeordnet, das Gebäude zu räumen.

Die Armee habe draufhin das Haus in Brand gesetzt.

Telephonische Vermittlungsversuche des spanischen Außenministers wurden dabei ebenso übergangen wie die des spanischen Botschafters. Zu den Opfern des Massakers gehörten auch die Botschaftsangehörigen.

Rios Montt und Komplizenländer verurteilt

In seinem Schlußbericht erhebt das Tribunal schwere Vorwürfe gegen die USA und bezeichnet sie als Mitschuldige aufgrund ihres entscheidenden Einflusses auf die guatemaltekeische Regierung.

Ebenso werden die Regierungen von Israel, Argentinien und Chile angeklagt, da sie als wichtige Waffenlieferanten bzw. Militärausbilder behilflich seien bei der Unterdrückung des Volkes und den Verbrechen der Regierung.

Wie das Tribunal ausdrücklich feststellt, halten Völkermord und Menschenrechtsverletzungen auch unter der Regierung General E. Rios Montt weiter an. "Das Volk hat jedes Recht auf Widerstand - auch auf dem bewaffneten Widerstand - um sich vom Völkermord zu befreien", urteilt das Tribunal.

Niemand kann sagen, er hätte nichts gewusst

Das "Ständige Völkertribunal", gegründet 1979 vom Vorsitzenden des 2. Russell-Tribunals (über Lateinamerika) hat in der Vergangenheit bereits die Lage in Brasilien, Uruguay, Bolivien, Argentinien, Chile, El Salvador, Afghanistan und Zaire angeprangert.

So namenhafte Persönlichkeiten wie die Schriftsteller Eduardo Galeano, Nobelpreisträger Rafael Alberti, der argentinische Friedensnobelpreisträger A. Perez Esquivel und der Erzbischof von Cuernavaca (Mexiko) Sergio Mendez M. gehören dem Tribunal an.

Wie weit ihre Stimme gehört wird, bleibt abzuwarten. Aber weder SPD-Abgeordnete wie Herr Herterich noch die CDU-Sprecher des Auswärtigen Amtes oder der Deutsche Botschafter in Guatemala können sich hinter der Überzeugung "der Verbesserung der Situation der Menschenrechte in Guatemala seit Amtsantritt Rios Montt" verschansen, wenn es doch darum geht, die guten Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Guatemala zu rechtfertigen.

Und vom Papst, der demnächst Guatemala einen Besuch abstattet, ist eine klare Stellungnahme fällig. Um ihm dies nachdrücklich ans Herz zu legen, haben die Tribunalmitglieder einen Brief und das Schlußdokument an das Oberhaupt der Katholischen Kirche gesandt.

Nachtrag: ...und so sieht es die BRD

Die Delegation der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen enthielt sich der Stimme bei der Beschlußfassung L 75 (Januar 83) in der die Menschenrechtsverletzungen der guatemaltekeischen Regierung verurteilt wurde. Sie sprach hingegen von offensichtlichen Bemühungen Guatemalas auf dem Weg der Menschenrechte. Diese Auffassung vertritt auch Dr. Murtius vom Auswärtigen Amt in seinem Schreiben an den Aktionskreis Dritte Welt e.V./Konstanz. Die gleiche Position wurde von der westdeutschen Delegation bei der UN auch hinsichtlich der Verurteilung der chilenischen Regierung eingenommen.

Wegen dieses ungeheuerlichen Zynismus ruft das Guatemala Komitee in Köln dazu auf, gerade während des Wahlkampfes die Politik der BRD anzuprangern und entsprechende Briefe an die Bundstagsabgeordneten des Bezirkes und an das Auswärtige Amt zu schreiben. (Adenauerallee 99-103, 53 Bonn 1)

MEXIKO

Ländliche Entwicklung in Mexiko — Beobachtungen

Mit 80 Mrd US Dollar belegt Mexiko einen traurigen Spitzenplatz in der Liste der verschuldeten Länder.

Unter den Auspizien des Internationalen Währungsfonds soll nun ein restriktives Sparprogramm des neuen Präsidenten de la Madrid Mexikos Wirtschaft wieder ins Lot bringen. Dies allerdings wird im Wesentlichen davon abhängen, ob eine durchgreifende Umstrukturierung in der ländlichen Entwicklungspolitik stattfindet.

Die bisherige Strategie, dem kleinbäuerlichen Sektor verbilligte Kredite bereitzustellen, die jedoch zu keiner Abnahme der Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse führte - 1980 mußten 25% der Grundnahrungsmittel importiert werden - läßt sich mit der neuen Politik des Subventionsabbaus und der Importbeschränkungen nicht mehr vereinbaren.

Staatlich festgelegte Kreditzinsen von 12 bzw. 19% für den Anbau der Basisprodukte Mais und Bohnen bei einer gleichzeitigen Inflationsrate von damals 50% waren sicherlich alles andere als ein Anreiz für ein aktives Kreditengagement von Banken im ländlichen Raum.

Die staatliche Agrarbank (Banrural) mußte daher ihr Kreditgeschäft durch Zuschüsse der öffentlichen Hand finanzieren; konnte ihr Angebot jedoch schon 1982 nicht mehr nennenswert ausweiten. Die privaten Geschäftsbanken versuchten, dem staatlichen Zwang, an Kleinbauern Kredite vergeben zu müssen, durch vielerlei Mißbräuche zu entgehen.

Ein in dieser Hinsicht limitiertes Kreditangebot bei wachsender ländlicher Bevölkerung machte seitens der Banken eine Kundenselektion notwendig, die sich, ganz gleich ob staatliche oder private Bank, an dinglichen Sicherheiten ausrichtete, d.h. wohlhabende, oft für den Export produzierende Bauern, die auch Zugang zu normalen Krediten gehabt hätten, erhielten die subventionierten Kredite, die armen Kleinbauern gingen leer aus.

Staatliche Förderungsprogramme, die dem Kleinbauern einen Rückzahlungserlaß von 30% der Kreditsumme versprochen, waren mit der Auflage gekoppelt, gewisse "Technologiepakete" (verbesserte Sorten von: Saatgut, Dünger, Insektiziden, Herbiziden u.a.) in die landwirtschaftliche Produktion einzusetzen.

Kleinbauern, die an diesen Programmen teilnahmen, sahen jedoch, daß die ertragreicheren Sorten wesentlich anfälliger waren und neben höherem Ertrag ebenso höhere Produktionsrisiken mit sich brachten.

Fehlende oder unzureichende Beratung führten bei einem Großteil dieser Kleinbauern zu katastrophalen Ernteeinbrüchen. Korruption

und Repression gegenüber der ländlichen Bevölkerung, wie sie tagtäglich von der linken mexikanischen Presse denunziert wurde, waren

eine weitere Beeinträchtigung eines effizienten Kapitaltransfers. Die großen "Versickerungseffekte" bei der staatlichen Agrarbank sowie die Verknüpfung von politischer und ökonomischer Macht, die in Unterschlagungen, verbilligten Krediten oder kostenlosen Lieferungen von landwirtschaftlichen Inputs an die Großgrundbesitzer ihren Ausdruck fanden, hatten zur Konsequenz, daß die Kleinbauern allen staatlichen Programmen äußerst mißtrauisch gegenüberstanden, zu schlecht waren ihre über die Jahre hinweg gesammelten Erfahrungen.

Ein Beispiel dieser sogenannten institutionalisierten Korruption ist die Agrarbank in Torreón, im Norden Mexikos. Die Agrarbank besaß dort einen monopolartigen Einfluß bei der für die Weiterverarbeitung wichtigen Schätzung der kleinbäuerlichen Baumwollerträge. Zu niedrige Schätzungen bedeuteten für den Kleinbauern unzureichende Reservierung von Lager- und Verarbeitungskapazitäten in der staatlichen Fabrik. Zusatzgenehmigungen waren mit Zeit- und Ertragsverlust verbunden.

Hier gab es also genaue Geldquoten zwischen dem Bankvorgesehenen und seinen Agraringenieuren, die diese bei den Kleinbauern für eine korrekte Schätzung einzutreiben hatten, natürlich unter Einbehaltung eines Eigenanteils.

Neben den politischen gab es auch gesellschaftliche Probleme, die die Entwicklungsfinanzierung beeinträchtigten.

In vielen ländlichen Gegenden Mexikos werden die sozialen Beziehungen innerhalb der Dorfgemeinschaft durch die Existenz von "Kazikenfamilien" bestimmt. Diese seit Generationen einflußreichen Familien entscheiden über den Beitritt zu Kreditprogrammen und sind nicht selten Nutznießer staatlicher Förderung zuungunsten der dörflichen Gemeinschaft.

Außerdem erregte der Fall eines solchen Familienclans mit einem Grundbesitz von über 10.000 ha in der Provinz Chiapas. Durch die Bezahlung von Revolverhelden übte die Familie in ihrer Gegend politische Funktionen aus und waltete nach Gutdünken. Der überwiegende Teil der Mexikaner sind Mestizen, ebenso ist ihre Kulturwelt eine Mischung aus indianischen und europäischen Normen und Werten.

Der und der überragende wirtschaftliche Einfluß der Vereinigten Staaten sind wohl Ursachen dafür, daß für einen Großteil der Mexikaner die Imitation der Nordamerikanischen Konsumwelt als die Form menschlicher Verwirklichung angestrebt wird.

Dies wurde bemerkbar bei der Arbeit von Sparfonds, die im kleinbäuerlichen Bereich mit Kleinstsparsparbeträgen operierten und deren Ausbau oftmals durch Ausgaben für modische Luxusartikel (Marlborough, Coca-Cola, Jeans, Fernsehen etc.) behindert wurde. Letztlich beruhte die Mangelhaftigkeit des Kapitaltransfers auch auf der wenig angepaßten Kreditoperation.

Neben der an dinglichen Sicherheiten orientierten Kreditpolitik ließen die umfangreichen und komplizierten Antragsformulare so manchen Kleinbauern vor einem Gang zum Kreditinstitut zurückschrecken. Analphabeten unter den Kleinbauern standen vor einem schier unüberwindlichen Hindernis.

Intensive Beratung von mit entsprechender Sensibilität agierendem Bankpersonal wäre in solchen Fällen nötig gewesen. Statt dessen führten falsch ausgefüllte Anträge oder laienhaft kalkulierte Pro-

jekte zur Ablehnung oder zu einer niedrigen Kreditgewährung. So mußten Projekte, für die eine zu geringe Kredithöhe angesetzt worden war - dies passierte z.B. durch die Erhöhung der Energie -

entweder abgebrochen oder über private Wucherkredite zwingenfinanziert werden. Lange Wartezeiten bei der Antragsbearbeitung verursachten in vielen Fällen eine unpünktliche Kreditbereitstellung, so daß günstige Aussaattermine verpaßt wurden. Die nur für sechs Monate vergebenen Produktionskredite versperrten dem Kleinbauern ferner die Möglichkeit, günstige Verkaufszeiten nach der Ernte abzuwarten. Vielmehr mußte er sich mit niedrigen Verkaufspreisen zur Zeit der Ernte begnügen, da die Rückzahlung drängte.

Das weitgefächerte Banknetz gestaltete den Bankbesuch für viele Kleinbauern zur Tagesreise. Anfahrtswege von 30 km zur nächstgelegenen Bank, die mit Bus, Fahrrad oder Eselskarren zurückgelegt werden mußten, konnten natürlich auch ein Ausschlusskriterium vom normalen Kreditgeschäft sein.

Diese Analyse der Hemmnisse der ländlichen Entwicklungsstrategie Mexikos ist sicherlich unvollständig und in vielen Punkten zu oberflächlich. Trotzdem zeigt sie aber, daß zu einseitig auf die bloße Bereitstellung von verbilligtem Kapital gesetzt wurde.

Eine etwas bessere Strategie besitzt die Fundación Mexicana para el Desarrollo Rural. Zwar bietet diese, sich aus privaten Spenden finanzierende Stiftung, keine Lösung in Hinsicht auf Besitzverteilung, Korruption und Repression, zeigt aber, daß neben dem Kapitaltransfer in besonderem Maße die Entwicklung des menschlichen Bewußtseins gefördert werden muß.

Die Stiftung arbeitet mit von ihr organisierten kleinbäuerlichen Gruppen in insgesamt 27 ländlichen Zentralen für Beratung. Alle diese Zentralen, die meist mit landwirtschaftlich oder sozial ausgebildetem Personal besetzt sind, verfügen über einen Fonds, welcher für die von Banken an Kleinbauern vergebenen Kredite garantiert. Ferner besitzen sie eine autonome Entscheidungsbefugnis, so daß eine schnelle und flexible Arbeit möglich ist. Folgende zwei Grundsätze lassen sich aus der Arbeit der Fundación hervorheben:

(1) Die freie, bewußte und verantwortliche Partizipation der Kleinbauern.

Freie Beteiligung seitens der Kleinbauern bürgt dafür, daß nur solche Projekte (z.B. kurzfristige Produktionskredite für Saatgut, Dünger u.ä. oder langfristige Kredite für Zugtiere, Traktoren, Brunnen und Wasserpumpen etc.) realisiert werden, die von der freien Entscheidung der Kleinbauern getragen werden; eventuell auch zuungunsten technisch und ökonomisch vorteilhafterer Projekte.

Eine bewußte Beteiligung gewährt eine effizientere Projektdurchführung. Auf jeder Projektstufe finden dabei Lernprozesse statt, die die Kleinbauern zu kritischem Denken und Handeln anregen sollen: anfangen bei der Organisation der Gruppe, über Projektevaluierung und Kreditbeantragung bis hin zur Kreditrückzahlung.

Verantwortlichkeit sollen die Kleinbauern letztlich ihrer Umwelt gegenüber beweisen. Denn Ziel der Arbeit der Stiftung ist es nicht, wohlhabende, kleinbäuerliche Gruppen heranzubilden, sondern Gruppen mit einem möglichst großen Multiplikatoreffekt, die also ihr "neues Wissen" an die Gemeinschaft weitergeben.

(2) Der subsidiäre Hilfscharakter

Die Hilfestellung der Stiftung soll von vorübergehender Dauer sein, sie soll nur die schlummernden Kräfte wecken und somit

Initiator für einen, einmal in Gang gesetzt, sich selbst tragenden Entwicklungsprozeß sein. Benötigen die Kleinbauern die Hilfe der Stiftung nicht mehr, können sie sich mit ähnlich fortgeschrittenen Gruppen zu einem "Centro Campesino" zusammenschließen, mit welchem sie auf einer höheren Ebene den Entwicklungsprozeß fortsetzen können.

Die Aufgaben, die dem Berater bei dieser anspruchsvollen Strategie zukamen, waren sehr weit gefächert und erforderten eine hohe menschliche Sensibilität: man denke nur an die bei der Gruppenbildung notwendige Lenkung positiver oder negativer Führungsansprüche gewisser Kleinbauern.

Von Vorteil war es daher, daß in den einzelnen Zentralen vorwiegend örtliche Fachkräfte arbeiteten, die in verschiedenen Fachgebieten ausgebildet waren.

Die Fundación Mexicana para el Desarrollo Rural hat seit ihrer Gründung im Jahre 1969 ständig an Bedeutung gewonnen. Inzwischen ist die Zahl der von der Stiftung in 27 Zentralen und drei "Centros Campesinos" organisierten und betreuten Gruppen auf über 1200 gestiegen.



EL SALVADOR

„La Carta de Morazán“

Eine Produktion des Sistema Radio Venceremos

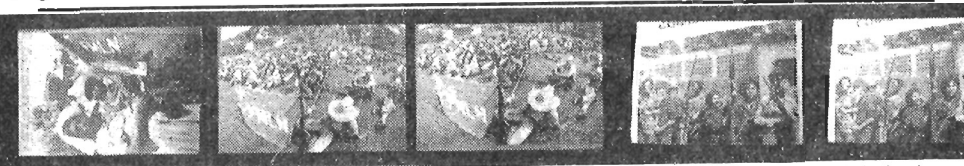
Der Film als Teil der Offensive im
Befreiungskampf

Ein Dorf im Nordosten El Salvadors. Lange schon gibt es keinen Militärposten mehr; die Guerilleros der FMLN gehen hier ein und aus. Dezember 1982. Hier hat es nie Fernsehen gegeben: es gibt keinen Strom und niemand hätte das Geld gehabt, einen Apparat zu kaufen. Und heute ist hier Fernsehen: die Guerilleros haben einen kleinen Monitor mitgebracht und die Videoanlage von RADIO VENCEREMOS, dem Guerillasender. Was die Bewohner von Meanguera sehen, ist die Welturaufführung des ersten Dokumentarfilms, den RADIO VENCEREMOS produziert hat: „BRIEF AUS MORAZAN“.

Einen Tag später wird der Film, in 16mm und feierlichem Rahmen, auf den 4. Lateinamerikanischen Filmfestspielen in La Habana aufgeführt und erhält den 1. Preis in der Sparte Dokumentarfilm.

Für die Bewohner von Meanguera ist es nichts Neues, Guerilleros zu sehen. Sie kennen sie seit Jahren, denn hier, in diesen Dörfern, entstand, was heute eine vieltausendköpfige Armee ist. Dennoch sind sie überrascht: in dem Film sehen sie, wie viele es sind, wie sehr sie schon Armee sind, wie sie agieren. Was sie vom Hörensagen schon wußten, jetzt sehen sie es: wie die Stadt eingenommen wird; wie die Soldaten sich reihenweise ergeben; sie sehen die ruhigen, entschlossenen Gesichter der Campesino-Guerilleros, von denen einige erst vor wenigen Monaten und voller Haß und Verzweiflung aus Meanguera in die Berge gegangen sind, um sich der Guerilla-Armee anzuschließen; sie sehen die ängstlichen, verständnislosen Gesichter der Soldaten, die Verwundeten, die Gefangenen. Sie sehen, wie eine ganze Kompanie innerhalb einer Stunde den Kampf auf- und die Waffen übergibt.





Radio Venceremos

Radio Venceremos ist der Radiosender der Befreiungsbewegung FMLN (Frente Farabundo Martí), der seit Januar 1981 in der befreiten Provinz Morazán im Norden El Salvadors besteht. Er ist der offizielle Sender der Guerillaorganisation im Krieg gegen die mörderische Diktatur der salvadorischen Militärs und die nordamerikanischen Militärberater.

Jeden Morgen und jeden Abend wird das einstündige Programm von der Landbevölkerung in Morazán gehört. In verschiedenen Teilen des Landes, wo die Kontrolle der Regierungstruppen und Polizei besonders stark ist, kann Radio Venceremos nur heimlich gehört werden. In den Städten ist das Radio manchmal die einzige Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Befreiungsbewegung. Seit einem halben Jahr wird das Programm vom Guapaberg aus in UKW für die Hauptstadt ausgestrahlt. Weitere UKW-Stationen sind im Aufbau. Radio Venceremos informiert nicht nur über den Kampf und seine Etappen, sondern auch über die Lage der salvadorischen Flüchtlinge in den Nachbarländern, die Situation in den befreiten Zonen, über die nationalen und internationalen politischen Ereignisse und die Solidaritätsbewegungen im Ausland. Die täglichen Sendungen dienen der militärischen und politischen Orientierung, die für eine Volksbewegung notwendig ist, um Aktionen zu koordinieren, Diskussionen in Gang zu setzen und um den Prozeß der politischen Bewußtseinsbildung zu fördern. Radio Venceremos ist also auch ein Instrument der politischen Auseinandersetzung mit dem Befreiungskampf und seinen Perspektiven.

Die Redaktion von Radio Venceremos bildet ein Kollektiv von fünf Personen, das für den Inhalt der Programme verantwortlich ist. Die Ausrüstung besteht lediglich aus einigen Tonbandgeräten, zwei Schreibmaschinen, zwei Kurzwellen- und einem UKW-Sender. Die Sender funktionieren mit tragbaren Dieselgeneratoren, die es ermöglichen, von den verschiedenen Orten aus zu senden.

Die salvadorische Bevölkerung hat keine Möglichkeit, sich über Zeitungen, das Fernsehen oder

das legale Radio zu informieren, da die Medien in Händen der Regierung sind und strenger Zensur unterliegen. Nur über Radio Venceremos erfährt sie, was sich in den Städten, Fabriken, Schulen und Gefängnissen abspielt.

Sistema Radio Venceremos

„La Carta de Morazán“ (Brief aus Morazán) ist der erste von Radio Venceremos produzierte Film. In weniger als zwei Jahren hat sich Radio Venceremos zu einem Mittelpunkt entwickelt, was die Orientierungs-, Informations-, Dokumentations- und Agitationsarbeit der Befreiungsbewegung betrifft. Radio Venceremos ist inzwischen die grundlegende Informationsquelle nicht nur im Landesinneren, sondern auch für die internationalen Medien. Durch diese Entwicklung und die internationale Unterstützung ist es möglich geworden, eine Filmkunst zu entwickeln, die den Befreiungskrieg in El Salvador dokumentiert. 1980 entstanden die ersten Filmprojekte und der Film „La Decisión de Vencer“ (Die Entscheidung zu siegen) gewann internationale Beachtung, der die bis dahin unbekannte Situation in den von der FMLN kontrollierten Zonen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machte.

Parallel dazu wurde das COMIN von der salvadorischen revolutionären Bewegung gegründet, das die Aufgabe der Informationsverbreitung im In- und Ausland übernommen hat und dem sich Kameraleute, Fotografen und Reporter anschlossen. COMIN organisierte die Aktivitäten verschiedener Filmteams in San Salvador bei Operationen der Regierungstruppen und innerhalb der von der FMLN kontrollierten Zonen. Aus diesem Zentrum ging bedeutendes Material hervor, das u.a. an Fernsehkanälen in Canada, USA, BRD, Frankreich, Mexico etc. ging. Teile dieses Materials wurden in den Filmen „El Salvador - El Pueblo Vencerá“ (1980) und „El Salvador - Otro Vietnam“ (1981) verarbeitet.

In diesen Jahren entstand das parteiübergreifende, engagierte Kino über den Kampf in El Salvador. Hierbei handelte es sich um das Werk von Gruppen und Einzelpersonen, die das Schema der sog. neutralen Objektivität des Künstlers, Journalisten oder



Regisseurs verlassen hatten, auch wenn sie Autoren geblieben sind: sie schrieben Drehbücher, reisten an Drehorte, organisierten die Herstellung und Herausgabe des Filmmaterials. Doch in dem Maße, wie sich der Krieg verschärfte, brauchte man umso mehr die Hilfe der revolutionären Organisationen, um einen Film verwirklichen zu können. In einem Dokumentarstreifen, gefilmt in einer Kriegszone wie Morazán, haben so viele Companeros politischer, militärischer und logistischer Strukturen Arbeit, Anstrengung und Risiko investiert, so daß sich niemand als Autor betrachten kann, es sei denn, die revolutionäre Bewegung selbst. Dies ist der entscheidende Schritt hin zu einer Kollektivität, die organisierte Eingliederung des Filmteams in die revolutionäre Organisation; es ist der vollständige Bruch mit dem Autorenkonzept.

Wer sich in die Guerillazone begibt, kann nicht auch in der Stadt filmen, denn das schließt legale Arbeit aus. Wer in der Guerillazone filmt, kann sie nicht verlassen, um den Film herauszugeben. Und die, die in den Städten den Feind filmen, müssen ihre „Deckung“ beibehalten, können sich weder in den befreiten Gebieten sehen lassen, noch auf Filmfestspielen oder bei Kreditvergaben für revolutionäre Filme. Vor dem Hintergrund dieser Problematik arbeiten Filmteams in Morazán, die Teil der Kriegsfront sind wie die mobilen Einheiten von Radio Venceremos, manchmal sind es dieselben Leute. Andere Teams filmen in der Stadt den Feind und wieder andere widmen sich der Herausgabe des Materials. Mit „La Carta de Morazán“ liegen die ersten Ergebnisse dieser kollektiven Arbeit vor.

Der Film „La Carta de Morazán“ kann im CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/54 00 12 ausgeliehen werden.



SOLIDARITÄT

Das argentinische Komitee für

Demokratie (BRD)

Am 31. Juli und 1. August 1982 fand in Frankfurt/Main ein argentinisches Treffen statt, bei dem verschiedene politische Strömungen der in der BRD lebenden Argentinier vertreten waren. Als Ergebnis dieser Veranstaltung wurde das ARGENTINISCHE KOMITEE FOR DEMOKRATIE (BRD) nach folgenden politischen Grundsätzen gegründet:

- Endgültige politische Entmachtung der Militärdiktatur.
- Gewährleistung aller demokratischen Freiheiten für alle Argentinier. Freie Wahl eines Parlaments.
- Aufhebung des "ökonomischen Plans" der Oligarchie. Verurteilung aller der an Korruption Verantwortlichen. Verstaatlichung aller reprivatisierten Unternehmen.
- Gewährleistung aller gewerkschaftlichen Freiheiten. Für das Streikrecht.
- Freiheit für alle gewerkschaftlichen und politischen Gefangenen, unabhängig ihrer gesetzlichen Situation. Lebendige Rückkehr aller Verhafteten bzw. Verschwundenen. Verurteilung aller dafür Verantwortlichen.
- Freie Rückkehr aller im Exil lebenden Argentinier.
- Für das Mitwirken Argentiniens an den Blockfreien Staaten.
- Internationale Verurteilung aller Staatsverbrechen, ohne Verjährung.
- Verurteilung der internationalen militärischen Zusammenarbeit gegen die Volksbefreiungsbewegungen.
- Grenzkonflikte sollen friedlich gelöst werden.
- Gegen den Rüstungswettlauf.
- Verurteilung aller Formen der Unterstützung der lateinamerikanischen Diktaturen seitens der Industrieländer.
- Verurteilung jeder Form von Faschismus oder Rassismus, ganz gleich in welchem Land der Erde.

Für die politische Arbeit in der BRD sieht das Komitee folgende Schwerpunkte:

- Verteidigung bzw. Ausbau des Asylrechts.
- Gegen den Rüstungswettlauf.
- Untersuchung bzw. Bloßlegung der ökonomischen Bindungen zwischen der BRD und Argentinien.

Hiermit gibt das ARGENTINISCHE KOMITEE FOR DEMOKRATIE (BRD) allen deutschen Organisationen, die an einer Zusammenarbeit Interesse haben, seine Gründung bekannt.

=====

Das Komitee gibt eine Zeitschrift, ARGENTINISCHE NACHRICHTEN, heraus, die 6 mal jährlich erscheinen soll. Kontakt- und Bestelladresse: ARGENTINISCHE NACHRICHTEN, c/o KSG, Beethovenstr. 28, 6 000 Frankfurt/M. 1

Solidarisches Fasten für den Frieden in Mittelamerika

Aufruf aus Nicaragua

Angesichts der Gefahr, daß die Vereinigten Staaten in Mittelamerika eingreifen, weil die Befreiungsbewegungen immer stärker werden, hat das Sekretariat christlicher Solidaritätsgruppen in Nicaragua 1982 alle Schwestern und Brüder der Welt aufgerufen, ein Weihnachten des Friedens und der Verhinderung der Intervention in Mittelamerika zu feiern.

Fastenaktion und Bewusstseinsbildung

Diesen Vorschlag griffen einige engagierte Christen in Göttingen auf und entschieden sich dafür, über die Weihnachtsfeiertage vom 23.-26.12.1982 eine Fastenaktion mit Bewusstseinsbildung durchzuführen. Ziel der Veranstaltung war es, eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen und über die aktuelle Situation in Mittelamerika und deren Problematik zu informieren, um das Bewußtsein hier für die Not und das Leiden der Menschen dort, aber auch für die Notwendigkeit des Kampfes zu schärfen.

Diese Protestaktion war für uns ein symbolischer und gleichzeitig ein solidarischer Akt, mit dem wir unsere persönliche Betroffenheit über die Situation in Mittelamerika ausdrücken wollten.

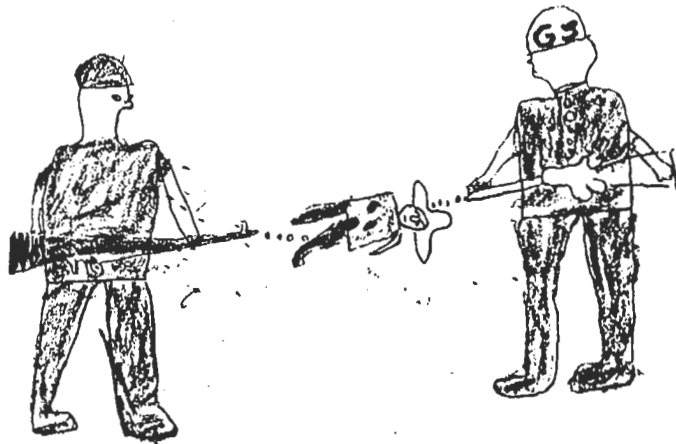
Im Angesicht dieser Situation feierten wir Weihnachten, das Fest der Geburt eines Menschen, der bewußt mit den Armen lebte und sich gegen jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung wehrte. Dafür wurde Jesus von den Herrschenden seiner Zeit zuerst verfolgt und schließlich ans Kreuz genagelt und hingerichtet.

Dasselbe geschieht auch heute noch mit Menschen, nur die Namen der Unterdrückten und der Unterdrücker haben sich geändert und die Folter- und Hinrichtungsarten wurden von den Herrschenden unserer Zeit "verbessert". Herodes heißt heute anders und der Kindermord findet nicht nur in Bethlehem, sondern auch und vor allem in Lateinamerika statt. Die Hinrichtungsmethode ist heute nicht mehr das Kreuz, sondern der elektrische Stuhl, das Maschinengewehr, der Hochsicherheitstrakt usw.. Neuerdings spritzt man in den Vereinigten sogar Menschen ganz "legal" ab.

Für die Aktion der Fastengruppe stellte die Göttinger Christophorusgemeinde solidarisch ihre Gemeinderäume zur Verfügung, in denen auch auf Matten und Luftmatrassen genächtigt wurde. Unsere Gruppe zählte etwa dreißig Personen, die aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik angereist kamen und in verschiedenen Solidaritätsgruppen mitarbeiteten. Unter uns waren auch zwei Genossen aus Nicaragua und Gilberto Ramirez, ein Katechet des Volkes von El Salvador. Er hatte gerade eine mehrwöchige Behandlung im Göttinger Klinikum überstanden.

Die Fastenaktion hatten die Teilnehmer aus Göttingen vorstrukturiert. Mit Plakaten und einem großen Artikel in der Lokalpresse wurde für die Aktion geworben. Dazu verteilten wir am Heiligabend Flugblätter vor einigen Kirchen.

Um die oben genannten Ziele der Bewußtseinsbildung zu erreichen, hatten wir eine Photoausstellung ausgeliehen, die die Situation der Frauen in Mittelamerika dokumentierte. Daneben wurde die Themenpalette durch eine Reihe von politischen Plakaten und Zitatenvervollständigt. Außerdem gab es wie üblich einen Bücherstand und eine mit beeindruckenden Bildern behängte Litfaßsäule. Die Bilder hatten salvadorianische Kinder in den Flüchtlingslagern von Honduras gemalt und spiegelten die furchtbaren Erlebnisse der Kinder wider. Dies alles waren Anknüpfungspunkte, um mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen.



Kinderzeichnung aus einem Flüchtlingslager in Honduras

Zu El Salvador zeigten wir zwei Filme, einmal "Revolution oder Tod" und außerdem "El Salvador - ein zweites Vietnam". Zum neusten Stand der Entwicklung in Nicaragua sahen wir einen Diavortrag und zwei Wochenschauen; hier wurde an verschiedenen Beiträgen gezeigt, wie gravierend u.a. die Umweltprobleme sind, die die Somoza-Regierung den Sandinisten hinterlassen hat und wie schwer es ist mit begrenzten Mitteln Gegenmaßnahmen einzu-

leiten. Ein guatemaltekischer Besucher, der eben aus seiner Heimat zurückgekehrt war, bot uns spontan einen Diavortrag zur Situation der Menschenrechte in Guatemala an.

In den anschließenden Gesprächen mit den Besuchern unserer Veranstaltungen zeigten diese oftmals große Betroffenheit über das Ausmaß der Unterdrückung und des Leidens in Mittelamerika. Dies zeigt einmal mehr, wie sehr unsere hiesigen Medien uns Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse in Lateinamerika vorenthalten.

Fruchtbar waren diese Diskussionen deshalb, weil uns gegen Ende einer Diskussion immer die gleichen Fragestellungen bewegten: Was haben wir mit den Vorgängen in Mittelamerika zu tun? Welche Rolle spielt die Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt? Wie setzt sie das Instrument der Entwicklungshilfe ein? Was wird sich bei einem Wahlsieg der CSU/CDU langfristig in der Entwicklungshilfe ändern? Wie können wir den Unterdrückten helfen?

Gottesdienst: "Weihnachten '82 - in Mittelamerika ist Krieg"

Mittelpunkt der Fastenaktion war der Solidaritätsgottesdienst. Er stand unter dem Thema: "Weihnachten '82 - in Mittelamerika ist Krieg". Gilberto war gesundheitlich wieder soweit hergestellt, daß er die Predigt selbst hielt. Er verdeutlichte uns die Verhältnisse in El Salvador, indem er seinen eigenen Lebensweg, seine eigene Sozialisation schilderte. Als Kind hatte er sein Elternhaus verlassen. Bis zu seinem Kontakt mit christlichen Basisgemeinden als 18jähriger war er eines von den Kindern, die sich an den Mülltonnen mit den Hunden um die Essensreste streiten. Gilberto wies daraufhin, daß viele Menschen zuerst den christlichen Basisgemeinden angehörten, dort politisiert wurden und sich erst dann dem bewaffneten Kampf der Befreiungsbewegung anschließen. Auch viele von denen, die heute leitende Funktionen in dem vom Volk kontrollierten Gebieten haben, waren vorher aktive Mitglieder der Koordination der Basisgemeinden von El Salvador (CONIP). Denn zu den Aufgaben der CONIP, die ein Glied der FMLN ist, gehört neben der Bibelauslegung und deren Anwendung auf ihr eigenes Leben auch die soziale Arbeit.

So wird das Land der Bauern zusammengelegt und gemeinsam bewirtschaftet, Schulunterricht erteilt und das Gesundheitswesen verbessert. Außerdem werden die bewaffneten Organisationen im Befreiungskampf von der CONIP unter anderem mit Lebensmitteln unterstützt.

Gilberto machte uns europäischen Christen klar, daß sich die Frage nach dem Pro und Kontra zum bewaffneten Kampf in der Situation des Widerstandes gegen ein gewalttätiges Regime nicht stellt. Die Übereinstimmung von Glauben und Handeln zwingt in der gegebenen Situation auch zum bewaffneten Kampf, d.h. viele der Widerstandskämpfer handeln aus ihrem Glauben heraus.

Lateinamerikaabend mit der Gruppe "El Caravan"

Die meisten Besucher kamen an unserem Lateinamerikaabend, den die Gruppe El Caravan mit ihrem Stück "Militares" gestaltete; in diesem wurde eindrucksvoll die Stupidität und Menschenverachtung der Militärs zum Ausdruck gebracht. Mit Salsa- und Reggaemusik klang dieser Abend aus.

Am 26.12.82 beendeten wir unser Fasten mit einer herrlichen Hühnersuppe, die uns chilenische Freunde zubereitet hatten.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

AIB- Antimperialistisches Informationsbulletin, 2/83

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Testfälle vor der Bonner Märzwahl / Südliches Afrika: Südafrikas Krieg gegen den ANC / ANC - Stellungnahme zu Koeberg / Brief aus Lesotho / Südafrika: Die Krise des Apartheid-Systems - Ansporn für die Befreiungskämpfer / Lesotho: Königreich von Pretoria Gnaden? / Gefahren der militärisch-stomaren Aufrüstung Südafrikas / Moçambique: Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks. Zur Diskussion um "Befreiungsbewegungen an der Macht"(1) / Libanon: Das ausgeklügelte Zerstörungswerk der Israelis / Fathi Arafat, Israels Krieg gegen unser Volk ist noch nicht zuende / Guatemala: Rios Montts "ehrenwerter" Krieg gegen die "Subversiven" / Nikaragua: Tomas Borge, Unser Volk ist einsatzbereit / Kolumbien: Die Guerilleros bleiben kampfbereit / Rückblick: Das Erbe Suche Batos / Rezension: Geschichte des Widerstandes in Palästina / Infodienst / Kurzinformationen / Kommentar: Die Gesellschaft für bedrohte Völker und der "Eurozentrismus"

Paraguay Rundbrief 40/83, c/o Inge Gräfe, Sandbergstr.45, 61 Dramstadt

Schwerpunktthema: Stroessner: Siebente Amtsperiode?

1. Vorgeschichte der Machtergreifung Stroessners/ 2. Eine kleine Biographie Stroessners/ 3. Die Rolle der USA/ 4. Säuberung / 5. Konsolidierung: Die "politische Öffnung"/ 6. Der sogenannte Aufbruch Weitere Themen: Waffenhilfe für Diktator Stroessner / Wahlen á la Paraguay: Die 6. Wiederwahl A. Stroessners 1983 / Gespräch mit Umberto Rubin anlässlich des Verbots, Fernsehsendungen über Behinderte auszustrahlen / Gejagte Jäger - Hinweise auf eine Ausstellung / Über die Situation der Behinderten in Paraguay / Ökologisches Ungleichgewicht in Paraguay / Dissertationen über Paraguay / Zeitschriftenschau

Istmo3 Feb'83, Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika, Coerdestr. 42, 44 Münster

Schwerpunkt: Ideologie und Praxis der "neuen deutschen" Entwicklungspolitik der Konservativen.

Desweiteren: Die NATO: Kriegsbündnis zur Durchsetzung der Weltherrschaft des Kapitals - Wirtschaftsinteressen der BRD in Zentralamerika? / Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik

Solidarität 74/75 '83, SKAAL, Postfach 2009, CH - 4001 Basel

1983 - Jahr der Kommunikation: u.a. Stellungnahmen von Medienschaffenden / Technologietransfer im Medienbereich - für wen? / Schweizer Radio International / Medienkolonialismus / Kommentar zur UNESCO-Konferenz in Paris / Chile: Nahrung aus dem Müll/ Afghanistan:Drei Jahre sowjetische Truppen und Zur Situation des Widerstands / Weihnachtswachlese aus Zimbabwe / Staatsterror in Zaire / Dossier Schweiz-Trikont / Bücher / Inhaltsverzeichnis 1982

Rundbrief 5 Dez.82, Dritte Welt Haus e.V. August-Bebel-Str,62 48 Bielefeld 1

Aktueller Kommentar / Aktionen / Projekte / Dritte Welthaus intern/ Gruppenberichte / Publikationen

Arbeitsheft Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit, Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9-11, 6 Ffm 60 Bornheim

REZENSIONEN

Gabriel García Márquez: Die Geiselnahme

Peter Hammer Verlag

García Márquez, der den meisten von uns vor allem als phantastischer Märchen-erzähler bekannt ist, genießt aber auch den Ruf eines engagierten Journalisten und Drehbuchautors. Von dieser Seite - als minutiöser Chronist - stellt er sich in "Die Geiselnahme", einem Drehbuch, das von einer spektakulären Geiselnahme 1974 in Managua, Nicaragua handelt, vor.

Ein Kommando der nicaraguensischen Befreiungsbewegung FSLN brachte während einer Party im Hause eines bekannten Geschäftsmannes eine Gruppe bedeutender Persönlichkeiten, darunter der Vetter des Diktators Somozas in seine Gewalt. Mit dieser Aktion, die einem heute in Nicaragua von vielen Leuten aus dem Volk immer noch mit großer Begeisterung erzählt wird, konnten 14 Genossen der FSLN aus den somozistischen Kerkern freigesprengt werden. Sie fand national und international große Bedeutung und leitete eine neue Phase des Befreiungskampfes gegen die Diktatur ein.

Mit großer Präzision und Liebe zum Detail begleitet Garcia Marquez die 13 Männer und 3 Frauen der FSLN bei ihren Vorbereitungen der Aktion, beschreibt die 4 spannungsgeladenen Tage im Hause Chema Castillos, Präsident der Bank von Nicaragua und Landwirtschaftsminister: Die Disziplin und Kaltblütigkeit der FSLNler aber auch ihre Bemühungen, ihre Gefangenen korrekt zu behandeln und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden; die Geiseln, Mitglieder der nationalen Großbourgeoisie, die angesichts ihrer bedrohten Lage und der Entschlossenheit ihrer Bewacher völlig ihre gepflegte Maske verlieren, unterwürfig und klein werden, trotzdem aber nicht auf ihren Snobismus verzichten; die Vertreter der Kirche, der Erzbischof von Managua und der apostolische Nuntius, die von dem Kommando als Vermittler angefordert werden und in zähen Verhandlungen versuchen, die Interessen der Diktatur zu wahren; Schließlich die im Gefängnis mißhandelten Genossen, die nicht wissen, wie ihnen geschieht, als sie endlich abgeholt werden.

Dazwischen eingeblendet Szenen aus dem damaligen Nicaragua: Managua, die vom Erdbeben 1972 zerstörte Hauptstadt, Elendsviertel, die Armut auf dem Land, die Ausbeutung und Repression der Diktatur, Informationen und Zahlen über das Ausmaß des Elends und des Terrors.

Antonio Skármeta, chilenischer Schriftsteller und selbst Drehbuchautor (Der Aufstand) schreibt über García Márquez im Vorwort: "Er übermitteln die Lust, Revolution zu machen". Stimmt! Trotz des Ernstes der Lage muß man manchmal ungewollt lachen über humorvolle Details, eine Beobachtung, die klar macht, daß es Menschen sind, die revolutionäre Geschichte machen, nicht Übermenschen oder gefühllose Roboter.

"Filme über Lateinamerika haben gewöhnlich die emotionalen oder repräsentativen Aspekte den analytischen gegenüber bevorzugt. Vom deutschen Publikum wird häufig geäußert, man brauche Geschichten mit mehr Informationen und besseren Grundlagen. Es kritisiert oft die Filme, die andere gedreht haben, vom Standpunkt des nicht gedrehten Films aus, den sie in ihren Köpfen haben. Dieses Drehbuch von García Márquez gibt ihnen die Möglichkeit, endlich den Film zu sehen, den sie selbst sehen möchten, und es hat den Vorteil, daß es-auf die Weiten des Geistes projiziert - jeder Kritik gegenüber immun bleiben kann." (aus dem Vorwort von Antonio Skármeta S. 13).

Es wäre trotzdem schön, auch den Film zu sehen!

Die Kinder von San José

San José ist eine der ärmlichen Barackenvorstädte von Caracas. Am Beispiel der Familie eines der Kinder von San José wird erzählt, wie das Viertel entstand, die Hütten immer enger zusammenstehen und schließlich kein Platz für Grün mehr bleibt.

Die Kinder in dieser Vorstadt San José haben für Ihre Spiele nur die Straße und da bekommen sie immer wieder Ärger: Die Autofahrer beschimpfen sie, ihre Drachen bleiben an elektrischen Leitungen hängen, ihr Ball fällt auf Dächer.

Die Kinder wünschen sich einen Spielplatz. Den wollen sie vom Bürgermeister fordern. Weil sie meinen, daß der Bürgermeister Kindern nicht zuhört, möchten sie ihre Eltern zum Rathaus mitnehmen. Aber die haben anderes zu tun.

So ziehen die Kinder allein mit einem Plakat und einer Liste ihrer Wünsche zum Rathaus. Aber der Pförtner sieht die öffentliche Ordnung gestört und ruft nach der Polizei. Gleichzeitig mit der Polizei kommen die Mütter der Kinder und durch den entstehenden Tumult wird der Bürgermeister aufmerksam. Aber erst nachdem auch eine Zeitung über die Forderung der Kinder geschrieben hat, wird ein freier Platz eingezäunt und ein Schild aufgestellt: "Hier errichtet der Stadtrat den Kinderspielplatz San José". Danach passiert nichts mehr, bis die Kinder erreichen, daß die Anwohner sich zusammensetzen und in einer Versammlung beschließen, selbst den Spielplatz zu bauen. Alle machen mit und vier Wochen später hängen die Kinder ein Schild an den Zaun des fertigen Spielplatzes: "Dieser Spielplatz ist für alle da!"

Dieses Kinderbuch ist von venezolanischen Autoren für Kinder geschrieben, die gerade lesen gelernt haben. Es ist gelungen, das Leben der Kinder von San José so darzustellen, daß auch europäische Kinder es sich gut vorstellen können. Gefördert wird das noch durch viele colorierte und schwarz-weiße Zeichnungen. Dabei wird vermieden, beim Leser mit erhobenem Zeigefinger Mitleid mit den armen Kindern in der Dritten Welt zu wecken. Vielmehr können aus den im Buch handelnden Kindern und den Lesern Freunde werden.

DIE KINDER VON SAN JOSE erzählt von Kurusa, gemalt von Monika Doppert, deutsch von Renate Nagel, 50 S. Verlag Benziger, Köln, 1982



Tagebuch der sandinistischen Revolution

Nicaragua im Juni 1979 - in wenigen Monaten haben sich unter dem Eindruck der wachsenden Repression Tausende von Jugendlichen in einer bunt zusammengewürfelten Armee für die Endoffensive organisiert. Alte Jagdflinten, Pflastersteine und selbstgebastelte Molotowcocktails sind ihre Waffen. Mit dem Schlachtruf "Freies Vaterland oder sterben" stürzen sich die "Muchachos", wie das Volk sie familiär nennt, der verhassten Nationalgarde Somozas entgegen. Ihr Beispiel zündet. Das jahrzehntelang geknechtete Volk erhebt sich - wird die Revolution gelingen, oder schickt "Onkel Sam" neuerdings Kanonenboote?

Francis Pisani, gewiefter Zentralamerikakenner und "Le Monde"-Korrespondent, hat die entscheidenden Wochen vor dem Sturz Somozas am 19. Juli tagebuchartig festgehalten. An vorderster Front, unter dem mörderischen Bombardements der somozistischen Luftwaffe, hat er den Mut und die Verzweiflung der jungen Frauen und Männer erlebt, die mit ihren tollkühnen Aktionen die Guardia das Fürchten gelehrt haben.

Aus zahllosen Interviews mit sandinistischen Kämpfern und Kommandanten, mit desertierten Nationalgardisten, aber auch mit ratlosen Grossgrundbesitzern fügt Pisani ein eindruckliches Puzzle zusammen, das tiefen Einblick in das Denken und Fühlen des nicaraguanischen Volkes vermittelt. Der glühende Wunsch das Joch der Diktatur abzuschütteln, schweisst Frauen und Männer im Kampf zusammen und bringt traditionelle patriarchalische Bastionen wie den Machismo ins Wanken. Da wird zum Beispiel geschildert, wie sich der somozistische Garnisonchef von Granada trotz seiner hoffnungslosen Lage weigert, vor der sandinistischen Kommandantin Monica Baltodano die Waffen zu strecken, oder wie Carmen, die politische Führerin eines mobilen sandinistischen Schocktrupps, von ihren männlichen Kampfgefährten lange nicht ernst genommen wird.

Die revolutionäre Disziplin obsiegte jeweils. Zu stark spürten die Muchachos die historische Bedeutung ihres Kampfes für das Land und ganz Lateinamerika. Sektiererische ideologische Streitigkeiten wurden zugunsten der Einheit beigelegt - wie sonst hätte die Schlacht um Managua gewonnen werden können! Doch was folgt auf den Siegestaumel nach der Machtübernahme? In den Schützengräben wird die nahe Zukunft des Landes - "das greifbare Glück" - diskutiert. Eine erdrückende Fülle von Problemen wird nach raschen Entscheiden rufen. Werden die vom jahrzehntelangen Kampf in den Bergen geprägten Comandantes diese enormen Aufgaben und Erwartungen gewachsen sein? Es gilt, dem verunsicherten Bürgertum die Angst vor dem Sozialismus zu nehmen und es für den Aufbau des ruinierten Landes zu gewinnen. Das Buch ist ein packendes Stück Zeitgeschichte über den Befreiungskrieg eines Dritten Welt-Volkes, vergleichbar vielleicht mit "Ches Tagebuch". Die vorliegende deutsche Ausgabe ist mit zahlreichen Fotografien und Chronologien aufgelockert. (Stefan Hartmann - Züricher "Tages-Anzeiger")

Francis Pisani: "Muchachos". Tagebuch der sandinistischen Revolution in Nicaragua. Rotpunkt-Verlag, 1981

Broschüre über die Repression und Freiheitskampf in Guatemala

Seit Mitte der 70er Jahre ist in Guatemala eine vorwiegend indianisch-bäuerlich geprägte Befreiungsbewegung entstanden. Die guatemalteckischen Campesinos wehren sich gegen fünf Jahrhunderte Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Erniedrigung. Doch wenn in der Bundesrepublik die Rede von Guatemala ist, dann bleiben die Ziele und der besondere Charakter dieser Befreiungsbewegung meistens im Dunkeln.

Anlässlich des Besuches zweier Mitglieder der guatemalteckischen Volksorganisation "Frente Popular 31 de Enero" (FP-31) haben die Solidaritätsinitiativen mit dem Befreiungskampf in Guatemala eine Informationsschrift herausgegeben, die zum einen die Entwicklung der Repression seit dem "Märzputsch" dokumentiert und zum anderen über Geschichte, Entstehung, Arbeitsweise und Besonderheiten der Widerstandsorganisationen informiert.

Die in Form einer Text- und Dokumentensammlung erschienene Broschüre vermag mit Eindeutigkeit zu belegen, daß all diejenigen, die behaupten, in Guatemala hätte sich die Lage der Menschenrechte aufgrund der Regierungsübernahme durch Rios Montt gebessert, Unrecht haben. Die neue Militärregierung unterscheidet sich von der alten dadurch, daß sie die Aufständischen "intelligent" bekämpft. Mit anderen Worten: Sie hat die Methoden der Repression verfeinert und effektiviert. Nach den Berechnungen Amnesty Internationals fallen dieser neuen Strategie mehr Menschen als je zuvor zum Opfer.

Die Verurteilung des von der Regierung betriebenen Völkermordes geht nicht immer Hand in Hand mit Zuspruch für die Befreiungsbewegung. Denn es besteht eine weit verbreitete Unsicherheit über Rolle und Charakter der revolutionären Organisationen. Nicht selten herrscht Zweifel an der Echtheit dieser Organisationen, verbunden mit der Befürchtung, diese arbeiteten lediglich den Interessen der Sowjetunion zu. Die fatale Ost-West-Optik, mit der nur allzu oft die Befreiungskämpfe in den Ländern der Dritten Welt beurteilt werden, droht auch im Falle Guatemalas großen Schaden anzurichten.

Die vorgestellte Broschüre möchte diesem Vorurteil durch eine genauere Darstellung des Widerstands in Guatemala begegnen. Geleitet von der Sympathie mit dem Befreiungskampf in Guatemala und im Interesse einer aufrichtigen Informationsarbeit wollen die Herausgeber mit dieser Broschüre allen Interessierten eine Argumentationshilfe geben, denen Völkermord und Befreiung in Guatemala nicht gleichgültig sind.

Broschüre: CUC/FP-31, Hrsg.: Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Guatemala, Bonn/Köln 1982, 36 Seiten, Din A 4, bei Abnahme von 10 Stck. 50% Rabatt. Bestellung bei: Guatemala Komitee Bonn, Fron-gasse 6, 5300 Bonn 1

links Sozialistische Zeitung lesen

Februar 1983:

neue wende

neue
informations
technologien

P. Ciupke:
Umgang mit neuen
Informationstechnologien

E. Nickelsen:
Bildungspolitik der CDU/CSU

F. Schlupp:
Kapitalismus
& Kommunikation

W. Fach:
Grüne Wirtschaft

P. Parin:
Psychoanalyse
als Gesellschaftskritik

J. Esser:
Arbed Saarstahl

K. Ege:
the new american way
of death

Monatlich 36 Seiten, DM 3,- ; Jahresabonnement DM 35,-
Anfordern bei: Verlag 2000 Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4,
Telefon 0611 885006.